

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.00 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 20 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustriertem Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3.50 Mark pro Quartal. Eingetragene in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1899 unter Nr. 7930. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Wochenschein täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechspaltigen Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf., „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1503.
Telegraphisch: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Dienstag, den 3. Oktober 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Hohenlohe-Miquel.

Die Vorgänge, die der inneren Politik der letzten Wochen ihr sittenbildliches Gepräge geben, kennzeichnen sich immer deutlicher als eine Auflehnung Preußens gegen das Reich, oder genauer: als ein schwächlicher Versuch des Reiches, die Uebergewalt und den Uebermut Preußens, als dessen Vasall das Reich erscheint, abzuschütteln. In der preussischen Politik herrscht Miquel und sein journalistischer Prophet Zedlitz. Die Politik des Reiches kann durch den Namen Hohenlohe bezeichnet werden. Die kriegführenden Parteien haben jede ihre Offiziosen, die in der Presse durch zielbewusste Stimmungsmacherei an entscheidender Stelle Einfluß zu gewinnen suchen.

Allerlei äußerst seltsame Erscheinungen werden durch diesen Coulissenstreit hervorgerufen. Vor ein paar Tagen — zur selben Zeit, als Miquel mit seinen Junkern beim Versöhnungsmahl saß — gab die „Norddeutsche Allgem. Zeitung“ einen scharfen Artikel der liberalen „Weser-Ztg.“ wieder, der daran erinnerte, wie die Konservativen allezeit die Maßregelung oppositioneller Beamten verlangt und durchgeführt haben, so daß man gar keinen Anlaß habe, es zu bedauern, wenn jetzt ein paar konservative Landräte auf Wartegeld gesetzt würden. Es war auffällig, daß das Regierungsblatt den Artikel reproduzierte, um so auffälliger, als das erst zehn Tage nach seinem Erscheinen in der „Weser-Zeitung“ geschah. Die „Kreuz-Zeitung“ bemerkt denn auch bitter:

„Mit diesem Verhalten ließe sich der Wunsch der Regierung, eine Besserung des Verhältnisses zu den Konservativen anzubahnen, schwer vereinigen. Wenn nicht etwa hier lediglich eine Ungeheuerlichkeit der offiziellen Presse vorliegt, so würde man in dem Abdruck dieses Artikels eine neue Herausforderung der konservativen Partei erblicken müssen.“

Die bündlerische „Deutsche Tageszeitung“ nannte den Abdruck einen „unschuldigen Privatfehler“. Das war er aber keineswegs; denn, wie jetzt bekannt wird, sandte das von der Regierung abhängige Wolffsche Telegraphenbureau die betreffende Nummer an die gesamte Provinzpresse mit einem auf den Artikel der „Weserzeitung“ hinweisenden Begleit-schreiben. Ein solches Verfahren ist bisher niemals von dem Bureau angewendet worden, und es ist daraus zu ersehen, wie viel Wert an gewissen Stellen auf das Bekanntwerden der gegen die Konservativen gerichteten Auslassungen gelegt wird. Der „Frankfurter Courier“ bemerkt zu dieser ungewöhnlichen Aktion:

„Es liegt eine Herausforderung der konservativen Partei vor, ein raues, aber festes Eingreifen in die Verleumdungssaktion Miquels mit seinen alten Freunden und zugleich die Thatsache, daß eine über das „W. L. W.“ unbedingt verfügbare mächtige Hand Herrn v. Miquel den Stuhl vor die Thür setzt. Wer das ist, darüber kann, wie die Dinge liegen, kein Zweifel sein. Weder die neuen Minister, noch ein anderes Regierungsmittel dürfte das wagen! Es kann nur der Reichszangler Fürst Hohenlohe sein, der seinem Vizepräsidenten in Preußen klipp und klar und vor ganz Deutschland zu verstehen giebt: ich habe Deine Zweideutigkeiten und Intriguen gründlich satt. Die Graf Eulenburg durch Caprivi in der „Kölnischen Zeitung“ bloßgestellt und vor achtzehn Jahren durch den Fürsten Bismarck im Herrenhause „gerommet“ wurde, so hat gestern Fürst Hohenlohe Herrn v. Miquel „abgewimmelt“. Einer von beiden wird das Ministerium sicher verlassen; welcher es sein wird, das wissen wir nicht. Da Fürst Hohenlohe jedenfalls vorsichtigeren Charakter ist als Graf Caprivi, so ist es wahrscheinlicher, daß er die Zustimmung der maßgebenden Stelle zu seinem Vorgehen besitzt.“

Die Schlußfolgerungen des Blattes mögen zu weit gehen, sicher ist, daß die für die Reichspolitik verantwortlichen Personen bemüht sind, die konservativ-Miquelsche Intimität zu stören. Nicht ohne besondere Absicht hat Fürst Hohenlohe die erste beste Gelegenheit benutzt — den Geographenkongreß —, das Wort vom Industriestaat öffentlich auszusprechen, das seit Caprivi's Tagen von den Agrariern nicht nur als eine persönliche, allein durch den Sturz dessen, der es ausspricht, zu führende Beleidigung, sondern auch als ein politisches Kapitalverbrechen empfunden wird. Das Wort vom Industriestaat war bestimmt, die von Miquel mit den Agrariern verhandelte Verjüngung zum Scheitern zu bringen.

Die Vertreter der Junkerschaft sind, auch darüber nicht im Zweifel, daß von Seiten der Reichsminister ihnen Gefahren drohen.

Aus diesen Befürchtungen heraus schreibt heute die Deutsche Tageszeitung:

„Einige gutnationale Blätter wundern sich, daß die konservativen und agrarischen Blätter einem „bloßen Gerücht“, daß Minister von Miquel Anzeiger der Beamtenmaßregelungen gewesen sei, so viel Gewicht beigelegt hätten. Dem gegenüber muß nochmals hervorgehoben werden, daß es sich nicht um ein bloßes Gerücht handelte, sondern um die positive Mitteilung eines Mannes, der mitrichtet sein mußte. Wir sind nicht berufen und halten uns auch nicht für verpflichtet, mehr zu sagen. Da nach gewissen Anzeichen die Krise noch nicht beendet zu sein scheint, wird vielleicht später eine solche Verpflichtung eintreten. — Den urasten Artikel der „Weserzeitung“, der von der „Nordd. Allg. Ztg.“ ausgedruckt worden war, weil er die heftigsten Vorwürfe gegen die konservative Partei enthielt, hat nun auch das offizielle „Wolffsche Telegraphenbureau“ an die Zeitungen versandt. Es wird uns versichert, daß die Anregung dieser Versendung von keiner preussischen Regierungsstelle ausgegangen sei.“

Keinlich äußert sich die „Konservative Korrespondenz“:

„Der Vizepräsident des Staatsministeriums soll beseitigt und mit ihm die Politik der Sammlung zu Fall gebracht werden. Vermutlich ist gerade der jetzige Zeitpunkt — unter Benützung der in konservativen Kreisen herrschenden Erregung — für sehr geeignet erachtet worden, diesem Ziele näher zu kommen.“

„Gatten nun die Unternehmer dieses Räntelspiels darauf gerechnet, die konservative Partei in ihre Aktion zu verwickeln und zu diesem Zwecke aufreizende Gerüchte in Umlauf gesetzt, so haben sie am letzten Ende doch die Erfahrung machen müssen, daß ihre Spekulation verfehlt war. Wir können in der That die feste Versicherung abgeben, daß die Konservativen nach wie vor Herrn von Miquel in seiner hoffentlich trotz aller Anstürme doch noch erfolgreichen „Sammlungspolitik“ kräftig unterstützen werden; stellt diese Politik doch den Ausfluß des besonders in der konservativen Bevölkerung freudig begrüßten „Vieselfelder Programms“ dar.“

Der Person des Herrn Vizepräsidenten des Staatsministeriums die hauptsächlichste Verantwortung für die belagerten, beklagenswerten Regierungsmaßnahmen gegen unsere Partei zuschreiben, ist unzulässig; zu dieser Annahme scheidet die bekannte Drohung des Herrn Ministerpräsidenten in der dritten Lesung der Kanalvorlage in einem zu schroffen Widerspruch. Die „Berliner Korrespondenz“ hat zwar versucht, in ihrer Nummer 88 der in dem Rechenschaftsberichte der konservativen Partei betreffend das Projekt des Rhein-Elbe-Kanals hervor gehobenen Thatsache zu widersprechen und in jener Erklärung des Fürsten zu Hohenlohe enthaltene Drohung in Abrede zu stellen; damit wird aber das nackte Faktum nicht aus der Welt geschafft.

Es genügt unseres Erachtens, um den drohenden Charakter der bezüglichen Weigerung festzustellen, vollständig, wenn wir darauf hinweisen, daß wenige Tage nach der Abstimmung über die Kanalvorlage, die bekanntlich unmittelbar nach der Rede des Herrn Ministerpräsidenten erfolgte, zwei Regierungspräsidenten, ein Hilfsarbeiter im Kultusministerium und 18 Landräte, die es mit ihrer Weigerung nicht vereinbaren konnten, für den Entwurf zu stimmen, zur Disposition gestellt worden sind. Daß dies lediglich wegen der Abstimmung der betreffenden Beamten geschähe sei, wird man ebenso wenig bestreiten können, wie die Thatsache, daß die Erklärung des Fürsten zu Hohenlohe eine Drohung enthalten habe.

Und in derselben Nummer schreibt das amtliche Organ der konservativen Partei unter der Spitzmarke „Anarchie unter den Offiziosen“:

„Ungezogenheiten von offiziöser oder pseudo-offiziöser Seite werden die Konservativen sich unter keinen Umständen gefallen, sie werden sich aber ebensoviele, wie dies beabsichtigt zu sein scheint, in eine gereizte Stimmung versetzen lassen.“

Wenn von einigen Seiten angenommen wird, die Publikation des „Weserzeitungs“-Artikels in dem reichsoffiziösen Organ sei aus Ungeheuerlichkeit erfolgt, so glauben wir dieser Zubilligung „mildernde Umstände“ entschieden widersprechen zu müssen. Der Umstand, daß das ebenfalls reichsoffiziöse „Wolffsche Telegraphen-Bureau“ auf die Wieder-gabe jener, die Konservativen schmähenden Auslassungen in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ schleunigst empfehlend aufmerksam gemacht und daß die zu Intriguen oft benutzte „S. O. L. Ztg.“ sich ebenfalls der Darbietung der „Nordd. Allg. Ztg.“ als bald bemächtigt hat, scheint uns zu beweisen, da der Vorstoß ein mit großem Vorbedacht geplanter war, und daß vielleicht sogar der Ursprung des „Weserzeitungs“-Originals auf „pseudo-offiziöse“ Kreise zurückzuführen ist.“

Jedes Wort in diesen Auslassungen ist auf die entscheidende Person berechnet; allein die Anspielung auf das Vieselfelder Programm, d. h. auf die bekannte Rede des Kaisers, beweist, welche Zwecke man verfolgt. Der preussische Miquel ist der Sammelpolitiker gegen den Umsturz, den die Reichsoffiziosen begünstigen. Sie Miquel — sie Hohenlohe, sie Preußen — sie Reich, sie konservatives Junkertum — sie liberale Bourgeoisie — es ist immer der gleiche Schlachtruf.

Die Gefahr für die Miquel-Deute scheint nicht ganz unbeträchtlich. Es verrät Miquels politischen Stil, wenn jetzt ein Hauptorgan der westfälischen Grubenbarone ganz besonders auf die Wichtigkeit der „Leitstrecke“ Dortmund-Rheinlanal hinweist, deren Annahme lediglich durch die Schuld der Liberalen gescheitert sei. Nächstens werden wir in diesen Blättern, welche die Geschäfte der Miquelschen Sammelbank treiben, lesen, der Kanal sei gar nicht durch die konservativen Gegner, sondern durch die liberalen Freunde abgelehnt worden.

Ein wichtiges Mittel für die Miquelsche Politik ist auch der Hinweis auf dunkle Intriguen, die zum Sturz des geliebten Agrarierministers angeponnen sein sollen. In dieser Intrigue wird nicht nur dem Centrum, den Liberalen, den Freisinnigen, sondern auch den Socialdemokraten eine Rolle angewiesen. Wir haben allerdings das Beweismaterial für das doppelte Spiel der preussischen Sammelleute erbracht — im Interesse der Wahrheit und der politischen Sittlichkeit. Ob aber Miquel auch diesen Bissen herunterzutun versteht oder ob er daran erstickt, ist uns ganz gleichgültig. Für uns, die wir die Dinge kennen, wirkt es als ein ebenso klownhafter wie einfältiger Scherz, wenn behauptet wird, wir hätten an einer Intrigue mitgewirkt. Es müßten auch unnatürlich bunne Leute sein, die sich gerade des „Vorwärts“ bedienen, um einen Minister zu stürzen, abgesehen davon, daß wir uns von niemandem und durch nichts benutzen lassen.

Es ist ein sehr durchsichtiges Spiel, wenn man jetzt darauf gesittigentlich hinweist, daß gerade der „Vorwärts“ — als ein Mitglied einer großen Verschwörung — die Zedlitzade aufgedeckt hat; man will dadurch die notwendigen Wirkungen

dieser Enthüllung neutralisieren. Der Kaiser soll Bericht über den Fall Zedlitz eingefordert haben — ein Grund mehr für die Catilinarier des Junkertums, um durch allerlei Ablenkungs-künste die eigene Schande zu verhüllen.

Wir glauben auch, daß die Miquelschen Erfolge haben werden. Wie heute nun einmal die Verhältnisse liegen, sind die Ehrlicheren immer die Schwächeren. In dem Kampf zwischen denen um Miquel und denen um Hohenlohe, zwischen dem ostelbischen Preußen und dem Reich wird die Sache des Junkertums triumphieren.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. Oktober.

Zum Magdeburger Majestätsbeleidigungs-Prozess.

Es wird uns aus Magdeburg vom 2. Oktober noch geschrieben: Die Bestürzung, in die die außergewöhnlich harte Verurteilung Schmidts die Parteigenossen versetzte, beginnt langsam zu weichen und ruhigerer Ueberlegung Raum zu geben. Man mißt die Befürchtungen, die man gehegt hat, mit der Gewißheit, die uns geworden ist, und grübelt über das, was nun kommen soll. Auf wenig hatten wir hier am Plage wahrlich nicht gerechnet; wenn wir hier jemals an Optimismus in dieser Hinsicht getraut haben, so ist er uns längst gründlich aussturiert worden. Die Parteigenossen nehmen hier vieles als selbstverständlich hin, was, einzelne Blätter des Königreichs Sachsen ausgenommen, in allen anderen industriellen Teilen Deutschlands eine nachhaltige Erregung der Parteikreise hervorrufen würde. Die Gewöhnung stumpft ab und was anderwärts helle, lodrende Entrüstung zeitigt, wird hier still im Empfindungsleben des Einzelnen beigelegt zu all dem übrigen, das täglich den Daß nähert und die Erbitterung ins Maßlose wachsen läßt. Der Klassenkampf hat in Magdeburg besonders scharfe Formen angenommen. Die Leidensgeschichte der „Vollstimmte“ ist der sprechendste Beweis; der Kampf der Reaktion gegen die „Vollstimmte“ hat die Genossen John, Schröter, Baumüller, Bahle und Victorius für Jahre ins Gefängnis gebracht, abgesehen von all den anderen hohen Strafen, die denselben über Parteigenossen verhängt worden sind; auf der Höhe dieses Kampfes ist schließlich unser Majestätsbeleidigungs-Prozess in die Annalen der Zeitgeschichte eingetragen worden mit der noch nicht dagewesenen Strafe von sieben Jahren einem Monat gegen Müller und Schmidt zusammen genommen.

Es atmet sich bang und bekümmert in einer Atmosphäre, in der dergleichen Entladungen möglich sind. Da die Spannung einmal vorhanden ist, haben wir auf zwei Jahre für Schmidt wohl so ziemlich alle gerechnet. Es war doch zu beachten, daß Schmidt nicht vorbestraft ist, während Müller schon ein umfangreiches Conto besaß, als er am denkwürdigen 9. Januar vor den Schranken erschien. Es ist das ein Widerungsgrund, der in der Strafrechtspflege, wie sie für das Deutsche Reich schematisch geschaffen ist, in allen sonstigen Fällen von ausschlaggebender Bedeutung ist. Das Moment versagte hier völlig. Den Richtern standen wohl die 4 Jahre 1 Monat des armen Müller vor Augen und sie erachteten, wie es in der Urteilsbegündung noch hieß und hier der Vollständigkeit wegen nachgetragen sein mag, die drei Jahre „in Ansehung der Verstrafung Müllers für angemessen“.

Die Richter sind darüber noch hinausgegangen und haben vom zweiten Abjag des § 95 Gebrauch gemacht: Schmidt wurde der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Ehrenämter verlustig erklärt. In einem engeren Kreise von Parteigenossen wurde nichts anderes erwartet; diese waren darüber nicht im Zweifel, daß Schmidt seines Reichstags- und Stadtverordneten-Mandats verlustig gehen würde.

Anderes in der breiten Masse der Parteimitglieder. Hier hatte man, durch die Gewohnheit gedrückt, wohl auf eine hohe Strafe, aber mit keinem Gedanken auf die Aberkennung der Mandate gerechnet. Hier hat die Verurteilung daher wie eine Bombe eingeschlagen. Und wenn es zum Wahlkampf in Calbe-Aischerleben kommt, so werden unsere dortigen Gegner erst erleben, was socialdemokratische Begeisterung und sozialdemokratischer Opfermut zu leisten im Stande sind, soweit allein schon die Magdeburger Parteigenossen in Frage kommen.

Hier beginnt die politische Wirkung unseres Majestäts-Beleidigungs-Prozesses. Wir zweifeln nicht daran, daß die Wirkung der Aberkennung des Mandats in Calbe-Aischerleben dieselbe sein wird, die die bürgerlichen Gegner in Jahre 1872 in Glauchau-Meerane, als Genossen Weber derselbe Richterspruch betroffen hatte, mit Schreden wahrnahmen. Denn das — gelinde gesagt — Erkennen über den Mandatsverlust beschränkt sich nicht etwa auf unsere Parteigenossen, es ist in die Reihen des Junkertums eingebracht, dem die doppelte Verstrafung dem doch zu hart erscheint. Selbst die Scharfmacher im Kreise, denen das Maximum von fünf Jahren Leant des Bedauerns entlockt hätte, sind betrübt über diese Seite des Gerichtspruchs. Wie bel ihnen nicht anders zu erwarten, aus egoistischen Motiven. Sie sprechen es unverblümt aus, daß das Urteil vom 29. September weit über Magdeburgs Festungswälle hinaus unserer Partei Anhänger und Wähler zuführen werde. In dem erschütternden Drama, dessen scenenmäßiger Abwicklung wir seit dem Eröffnungsakt am 9. Januar als Zuschauer beizwohnen, ist seine politische Wirkung das allein Erfreuliche neben all dem Niederdrückenden.

Auch in der ausländischen Presse wird das Urteil gegen Schmidt lebhaft besprochen. Versteht man in freieren Ländern überhaupt nicht die in Deutschland üblichen Verfolgungen wegen Beleidigung der Majestät, so muß ein Strafmaß von drei

Jahren und Überlieferung der politischen Ehrenämter wegen einiger unbedachter Worte völlig wie eine Kunde aus civilisationsfernem Lande scheinen. Die Beurteilung des Magdeburger Urteils in der ausländischen Presse können wir unter der deutschen Pressefreiheit nicht wiedergeben.

Aus Magdeburg meldet uns ferner ein Privattelegramm: Eine am Sonntag im Schmidt'schen Wahlkreis Calbe-Mischerleben abgehaltene, so zahlreich wie noch nie zuvor besuchte Vertrauensmänner-Konferenz hat beschlossen, einer demnächst einzuberufenden Kreisversammlung Schmidt als Reichstagskandidaten wieder in Vorschlag zu bringen. Der Beschluß wurde einstimmig gefaßt. Ueber das Urteil gegen Schmidt herrscht große Erregung. Der feste Vorschlag wurde ausgesprochen, den letzten Rest der Kräfte an die Wiedereroberung des Wahlkreises im ersten Wahlgang zu setzen. Schmidt erklärt in der heutigen „Vollstimme“ eine öffentliche Dankerklärung für die zahlreichen ihm zugegangenen Sympathiebeweise.

Kriegsaufmarsch in Südafrika.

Die Regierung will, wie es scheint, statt einer papernen Antwort auf die letzte Note Chamberlains den englischen Zumutungen durch den Einmarsch in Natal entgegenzutreten. Jede Stunde kann die Meldung bringen, daß der erste Schuß gefallen ist und der Krieg begonnen hat.

Seit der Nacht zum Sonntag ist die telegraphische Verbindung zwischen Durban und Pretoria unterbrochen. Eine Depesche aus Kapstadt besagt, daß am Sonntagabend ein Sonderzug Kapstadt verließ, um den britischen diplomatischen Agenten in Pretoria Greene mit dem Personal und dem Archiv der britischen Agentur nach Kapstadt zu bringen.

Die Boeren haben den Aufmarsch ihrer Milizen an der Grenze fast vollendet. Dem „Standard“ wird aus Newcastle (Natal) vom 1. Oktober gemeldet: Es haben ungewisslich wenigstens 20 000 bewaffnete Boeren, die mit Pferden reichlich versehen sind, an verschiedenen Punkten der Grenze von Transvaal, besonders in der Richtung von Natal, Aufstellung genommen. Sie machen kein Geheimnis daraus, ja rühmen sich, daß sie beabsichtigen, nächsten Mittwoch in Natal einzuziehen und alle Engländer ins Meer zu treiben. Es sieht wirklich so aus, als ob in Natal bedeutende Truppenmassen einsacken werden.

Das Kontingent von Pretoria ging am Sonnabend unter enthusiastischen Kundgebungen der Bevölkerung nach der Grenze ab. Einige Mitglieder des Volksraths, die bei der Abfahrt zugegen waren, riefen: „Das ist unser Ultimatum!“

Laut einer in Pretoria veröffentlichten Bekanntmachung sind alle Civil-Gerichtshöfe geschlossen und die Tagungen der Bezirks-Gerichtshöfe in verschiedenen Städten bis auf weiteres verschoben. — In Zululand, nahe der Grenze von Rhodesia und Transvaal, ist die Nachricht verbreitet, daß eine bedeutende Streitmacht der Boeren 50 englische Reiten von Pieter-Maritzburg zusammengezogen sei. Die Vorposten seien an allen Drifts am Limpopo aufgestellt.

Das deutsche Korps von Johannesburg, welches 300 Mann stark ist und unter dem Kommando des Grafen Zeppelin steht, erhielt Befehl, nach der Grenze abzuziehen.

Aus Kapstadt wird gemeldet: Zahlreiche Anzeichen sind dafür vorhanden, daß im Orange-Freistaat rege militärische Thätigkeit herrscht. In Brede, nach der Natal-Grenze gelegen, schreitet die Truppenkonzentration aufs schnellste fort. Aus dem Lager von Olouco ist hier ein Telegramm eingetroffen, nach welchem die Freiwilligen von Natal Labysmith erreicht hätten und eine Abtheilung derselben auf Galspinaar vorrückte, um die Grenze zu decken. Es erhält sich das Gerücht, daß diese Nacht bedeutungsvolle Vorwärtsbewegungen der englischen Truppen erfolgen sollen.

Die Regierung des Orange-Freistaates hat eine Circularnote an alle Eisenbahn-Angestellte, welche Engländer sind, gerichtet, worin sie erklärt, daß im Falle eines Angriffs Englands gegen Transvaal der Freistaat gemäss schiedsgerichtliche Sache mit Transvaal mache und daß insolge dessen sämtliche Angestellte verabschiedet werden. Diejenigen, welche bleiben wollen, werden, falls sie eine strenge Neutralität bewahren und das Land auf loyale Weise bedienen, hierzu die Erlaubnis erhalten.

Deutsches Reich.

Für die Handelskammer zu Berlin, deren Bezirk außer dem Stadtkreis Berlin noch den Regierungsbezirk Potsdam umfassen soll, wird jetzt das vom Minister für Handel und Gewerbe festgesetzte Statut zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Das Statut besagt, daß im Bezirk der Handelskammer drei Abteilungen gebildet werden, und zwar: 1. Für den Stadtkreis Berlin mit dem Sitz in Berlin. 2. Für die Kreise Charlottenburg, Niddorf, Schöneberg, Zehlendorf, Niedersiedel, Ober-Wannin, Weesow, Storkow, Angermünde, Templin und Prenzlau mit dem Sitz in Charlottenburg. 3. Für die Kreise Brandenburg, Potsdam, Spandau, Jüterbog, Luckenwalde, Land-Weitz, Ost- und Westhavelland, Ostprignitz, Westprignitz und Müppin mit dem Sitz in Potsdam. Die Zahl der Mitglieder der Handelskammer beträgt 60. Die Mitglieder der Kammer wie des Gesellenausschusses verwalten ihr Amt als Ehrenamt unentgeltlich, doch werden ihnen als Reiskosten und für die Zeitversäumnis Vergütungen gewährt. Der Handelskammer ist ein Gesellenausschuß beigegeben, der aus 14 Mitgliedern besteht. Diese werden von den sämtlichen Gesellenausschüssen der Innungen im Bezirk der Handelskammer gewählt. Unsere Parteigenossen werden also gut thun, sich bei Zeiten auf eine gemeinsame Vorschlagsliste zu einigen, damit, wenn die gesetzlichen Bestimmungen über die Handelskammer in Kraft treten, die Vorbereitungen zur Wahl getroffen sind.

Neue Oberpräsidenten. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ meldet an der Spitze des Blattes: Der Ministerialdirektor im Ministerium des Innern Dr. v. Bitter ist an Stelle des in den Ruhestand getretenen Oberpräsidenten Freiherrn v. Wilamowitz-Wöllendorf zum Oberpräsidenten der Provinz Posen, der Regierungspräsident in Bromberg v. Bethmann-Hollweg zum Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg ernannt worden.

Der Entwurf eines deutschen Verlagsrechts ist nach der „Allg. Ztg.“ im Reichs-Justizamt ausgearbeitet.

Für die Einführung chinesischer Diensthöfen begeistert sich die „Allg. Ztg.“ Dadurch werde die Diensthöfenfrage mit einem Schlage gelöst werden. — Die Ausführung der Elemente, die solche Pläne erkennen, nach China wäre die empfehlendste Segenleistung an das Reich der Mitte.

„Wir haben ihm nie getraut.“ Die „Dresdener Zeitung“ erzählt:

Die Partei, welcher der Rußm gebührt, als allererster Herrin Miquel richtig erkannt zu haben, ist die nationalliberale Partei,

seine eigens, in der man ihn allerdings am besten kennen mußte. Wir erinnern uns einer ganz bezeichnenden Episode aus dem Jahre 1878. Damals — Jordanbed war eben als Oberbürgermeister von Breslau nach Berlin berufen worden — waren die Breslauer auf der Suche nach einem Stadtoberhaupt. Die in jener Zeit in Breslau noch zahlreichen Nationalliberalen hatten Miquel zu ihrem Kandidaten erhoben und entfalteten eine eifrige Agitation für diese Kandidatur. Um der Sache mehr Nachdruck zu geben, wurde einer der hiesigen Führer der Nationalliberalen nach Berlin entsandt, um dort mit den Mitgliedern der fraktion Besprechungen zu pflegen und noch genauere Erundigungen einzuziehen. Der hiesige Abgeordnete erhielt nun bei seinem Besuche bei einem der ersten Führer der Fraktion die präcise Antwort: „Wollen Sie dort den Klügsten wählen, dann wählen Sie Miquel; und wollen Sie den Unzuverlässigsten wählen, dann — wählen Sie ebenfalls Miquel!“ Herr Miquel fiel denn auch bei der Wahl durch.

Von der Birnaer Wahl. Es war behauptet worden, daß bei der Birnaer Stichwahl die freisinnigen Wahlkreise in Reusstadt und Langburkersdorf in einem durch den ganzen Wahlkreis, insbesondere auch in Zeitungen verbreiteten Aufsatz, zur Wahl des Antisemiten Wege aufgefordert hätten. Jetzt wird von der Leitung der freisinnigen Volkspartei im Wahlkreis mitgeteilt, daß die Unterzeichnung jener Inserate mit „Die Wahlkreise der freisinnigen Volkspartei für Reusstadt und Langburkersdorf“ ein Wahlmanöver gewesen ist. Weder Wahlkreise der freisinnigen Volkspartei in Reusstadt, noch in Langburkersdorf, noch sonstwo haben den Aufruf perant. Derselbe ist auch ohne jede Namensunterchrift erschienen. Der Aufruf rühmt her, wie die stattgehabte Untersuchung ergeben hat, von Reusstädter Antisemiten und einem einzigen Wähler aus Langburkersdorf, der bei der Hauptwahl für Strohbach gestimmt hatte.

Aus Sachsen-Weimar. (Fig. Bericht.) Die beste Antwort auf das für die beabsichtigten Massenversammlungen, am Sonnabend aufgestellte Thema: „Ist die Socialdemokratie im Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach politisch rechtlos?“ hat die Polizei gegeben. Wo die Wirte nicht in letzter Minute und die Säle verweigerten, wurden unter den verschiedenartigsten Begründungen sämtliche Versammlungen verboten.

Das ist das deutsche Land, in dem Schiller seine revolutionäre Dichtung schuf! —

Aus Schwarzburg-Rudolstadt, 1. Oktober. (Fig. Ber.) Der heutige Sonntag wird unsere Genossen im ganzen Lande in voller Arbeit sehen, denn das erste Flugblatt zu den am 27. Oktober stattfindenden Landtagswahlen wird verbreitet und damit die Agitation offiziell begonnen werden. Unsere zwölf Wahlkreise haben vier Kandidaten besetzt und es ist Aussicht vorhanden, 3—4 Mandate zu erringen. Am härtesten dürfte das Ringen im 6. Kreise werden, da es dort gilt, Sattler Wilhelm, der durch falsche Angaben sich bei der vorigen Wahl die Stimmen unserer Genossen sicherte, zu Fall zu bringen. Von unserer Seite sind als Kandidaten aufgestellt: im 1. Kreise: Deformationaler Paul Mühl, Rudolstadt; 2. und 6. Kreise: Kammervorstandhalter Emil Hartmann, Rudolstadt; 3., 5., 7. und 8. Kreise: Friedrich Frölicher, Landwirth, König; 9. Kreise: Aug. Wötcher, Stadtverordneter; 10. Kreise: Franz Winter, Stadtverordneter; 11. Kreise: Ernst Finke, Kupfmacher; 12. Kreise: Ed. Köhlmann, Tischler; die vier letzten Genossen sind sämtlich aus Frankenhäusen. Unsere Partei ist wieder die erste auf dem Plan, da von den anderen Parteien und Kandidaten noch nichts zu sehen und zu hören ist.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung ist nach der „Vollst.-Ztg.“ im August und September in 10 Prozessen insgesamt auf 139 Monate Gefängnis erkannt worden. In sechs Fällen wurde eine Freisprechung beschlossen resp. das Verfahren eingestellt; außerdem waren drei Verhaftungen, eine Verurteilung (in Mecklenburg) und die Verurteilung einer Revision zu verzeichnen. In den ersten neun Monaten dieses Jahres sind insgesamt 246 Majestätsbeleidigungen bekannt geworden, wofür ca. 83 Jahre Gefängnis und außerdem Feststrafen verhängt wurden.

Majestätsbeleidigende Agrarier. Ein Verfahren wegen Majestätsbeleidigung ist gegen den Herausgeber der „Deutschen Agrarcorrespondenz“, Edmund Klapper, eingeleitet worden wegen seiner „politischen Briefe“, in denen er die Ernennung von Ministern forderte, welche gewillt seien, mit dem Kaiser zu ringen und ihn zu überwinden. Die Verhandlung findet am 17. Oktober statt. Den Gegenstand des Hauptverfahrens bildet — noch der Darstellung des Beschuldigten — die Gesamtheit seiner Briefe; also die darin gegebene eingehende Betrachtung der grundsätzlichen Stellungnahme des Staatsoberhauptes zur preussischen Verfassung, sowie die daran geknüpften Erörterungen der staatsrechtlichen Frage: ob in den Vorgängen vor und nach der Abstimmung über die Kanalvorlage — Beeinträchtigung von Abgeordneten und deren spätere Wahlregelung als Verantw. — nur eine politische Verletzung vorliege, aber doch gezielte zutreffende Handlung, oder ob darin vielmehr ein Verfassungsverstoß gegeben sei.

Ausland.

Das neue Kabinett in Oesterreich.

Die Kabinettsbildung ist, wie bekannt, vollendet. Die Ministerliste ist folgende: Graf Clary, Vorky und Ackerbau; v. Körber, Inneres; v. Mittel, Eisenbahn; Graf Kellner, Landbesitz; Oberlandesgerichts-Präsident v. Rindinger, Justiz; Sektionschef Anziaslud, Leiter des Finanzministeriums; Sektionschef v. Hofel, Leiter des Unterrichtsministeriums. Die Publikation der neuen Ministerliste soll am Dienstag erfolgen.

Aus Venedig wird vom 2. Oktober gemeldet: Der frühere Minister Ritter v. Voelk wurde telegraphisch nach Wien berufen und wird wahrscheinlich Minister für Galizien werden.

Die Klubs der deutschen Fortschrittspartei und der deutschen Volkspartei sind für Dienstag eingeladen, um zu beraten, auf welche Weise man der bisherigen Zerplitterung der deutschen Parteien entgegenarbeiten müsse und ob eventuell eine große einheitliche deutsche Partei gebildet werden könne.

Die Pest.

Oporto, 2. Oktober. Gestern sind hier zwei Pestfälle mit tödlichem Ausgange vorgekommen.

Paris, 2. Oktober. Dr. Calmette, der von Oporto zurückgekehrt ist, erklärte, daß die mit der Bakterien Impfmethode erreichten Resultate der Beunruhigung der Bevölkerung von Oporto Einhalt gethan haben. Dr. Calmette impfte innerhalb dreier Tage 423 Personen, um eine Erkrankung an der Pest bei denselben zu verhindern. 15 Pestkranke, die mit Serum behandelt worden sind, wurden alle geheilt.

Belgien.

Brüssel, 1. Oktober. Gestern abend fand hier ein antimilitärischer Umzug statt, welcher von den Socialisten organisiert war. Mehrere Hundert Personen durchzogen die Stadt. Ruhestörungen sind nicht vorgekommen.

Spanien.

Madrid, 30. September. Wie der „Agencia Fabra“ aus San Sebastian meldet, ist das Ministerium rekonstruiert. Sämtliche Minister bleiben auf ihren Posten mit Ausnahme des Kriegsministers Generalis Polavieja, welcher durch den General Azarraga ersetzt wird.

Madrid, 2. Oktober. Gestern fand hier eine große Kundgebung statt und zwar zu Gunsten der Revision des Prozesses von Montjuich. Mehr als 700 Personen nahmen am Umzuge teil.

Italien.

Rom, 1. Oktober. Auf den 20. November wird die Kammer einberufen. Sämtliche Gesetzentwürfe der letzten Session werden von der Regierung wieder vorgelegt werden. Sollte die Obstruktion wieder beginnen, so würde sofort die Auflösung der Kammer erfolgen.

Schweden.

Stockholm, 2. Oktober. Die Wahlen zur zweiten Kammer des Reichstages sind nunmehr beendet. Die Partei der Linken hat 18 Siege, die der Rechten 5 Siege gewonnen.

Rußland.

Große Unterschlagungen und schwere Mißbräuche in der Verwaltung der Samarland-Industrieller neuen centralasiatischen Bahn sind russischen Blättern zu Folge dieser Tage aufgedeckt worden. Die von der russischen Regierung unter dem Vorhitz des Ingenieurs Sijander zur Bekämpfung der Rechnungen ernannte Kommission hat die Thatfache festgestellt, daß schon bezahlte und dem Reichskontrollamt übergebene Rechnungen aus dem Amtsbureau nach und nach entwendet und von neuem wieder vorgelegt worden sind. Auf diesen Rechnungen sind bereits Madlerungen und Fälschungen entdeckt worden. Die Summe, um welche die Staatskasse betrogen worden, ist noch nicht festgestellt, doch ist sie zweifellos sehr erheblich. In diesem Zusammenhang haben sich die leitenden Beamten der Eisenbahnverwaltung Hand in Hand mit denen des Ober-Reichskontrollamtes beteiligt!

Serbien.

Belgrad, 1. Oktober. Der Expremier Miloje Varskariwitsch aus Kragujevac wurde wegen Hochverrats vom Standgericht zu 15 Jahren Haft verurteilt.

Ein königlicher Ukas hebt den über das Departement Belgrad verhängten Belagerungszustand auf. Das Standgericht stellt seine Thätigkeit ein.

Verhütung. In dem Heulketon „Ein Marsch durch die Weberggend“ ist durch einen Druckfehler der Inhalt etwas verändert worden. Langenbissau hat nicht, wie gedruckt, 1500, sondern mehr als 18 000 Einwohner. Da hierzu noch mehrere Tausend aus der Umgegend in die Langenbissauer Fabriken kommen, ist erst der sanitäre und wirtschaftliche Mithand des Ortes ganz zu verstehen. 1500 Menschen bei einander könnten unter Umständen ohne Kanalisation u. dergl. auskommen. Bei 20 000 wird der Mangel derselben zu einer schweren Gefahr. Der Erfolg dieses Mangels ist neben den jammervollen Ernährungsvorhältnissen, abentheuerlichen Wohnungen und übermäßiger Arbeit, daß jährlich auf 1000 Einwohner von Langenbissau 82 starben, während das mit Kanalisation versehene Matibor eine Sterbeziffer von 20,2 auf 1000 Einwohner aufweist.

H. W.

Partei-Nachrichten.

Zum Parteitag in Hannover. An die Delegierten zum Parteitag, die sich beim Parteivorstand

J. Kuer,

Berlin SW., Raybachstr. 9,

gemeldet haben oder durch die Vertrauenspersonen der betreffenden Kreise oder Orte gemeldet worden sind, wurden heute die Drucksachen (Berichte und Vorlagen) abgehandelt. Delegierte, die nicht angemeldet sind, können die Drucksachen in Hannover in Empfang nehmen.

Berlin, den 3. Oktober 1899.

Der Parteivorstand.

Von der Parteipresse. Die Elberfelder und Warner Genossen beschlossen, vom 1. Januar ab die „Freie Presse“ in das Eigentum der Partei überzuführen. Zur Ablösung von auf dem dortigen Verlagsgeschäft ruhenden Schulden verpflichtet sich die Partei, an Genossen Grimpe 8000 M. zu zahlen. Zur Verwaltung der „Freien Presse“ und des Buchhandels wird eine offene Handelsgesellschaft gebildet, die aus je zwei Genossen von Elberfeld und Warner und dem Reichstags-Abgeordneten Molkenbuhr bestehen soll. Die bereits gebildete Gesellschaft, unterzeichnet G. Stehr und Dr. Landmann, erläßt einen Aufruf an die Parteigenossen, sich an Sammlungen zu einem Prekfond, zu welchem Zwede Sammellisten ausgegeben werden, zu beteiligen.

Die englische Arbeiterbewegung hat einen schweren Verlust zu beklagen. Dieser Tage starb in London Tom Waccorby, Sekretär der englischen „Dorchester-Union“, die nach dem großen Doderstroil von 1880 gegründet wurde. In der neuen Gewerkschaftsbewegung spielte Waccorby eine hervorragende Rolle. Das mit den alten Gewerkschaften der Emancipationskampf der Arbeiter nicht erfolgreich zu führen sei, hatte er schon früh eingeschaut und für die Organisation einer politischen Arbeiterpartei gewirkt. Er gehörte zu den Gründern der „unabhängigen Arbeiterpartei“, war aber auch Mitglied der „Socialdemokratischen Föderation“ und ist bis zu seinem Tode thätig für die Verschmelzung beider Organisationen gewesen. Wie die meisten Arbeiter-Katapulten ist er jung gestorben — 40 Jahre alt. Ein Herzleiden raffte ihn plötzlich weg. Er hatte es seit Jahren gekannt, allein der Tod, den er vor sich sah, konnte ihn von der Erfüllung seiner Pflicht nicht abhalten.

Untersuchungen über Frauenarbeit.

Bekanntlich hat der Reichstag in seiner Sitzung am 22. Januar 1899 beschlossen:

„Den Reichsanwalt zu ersuchen, eine eingehendere Verichterstattung über die Beschäftigung verheirateter Frauen in Fabriken: Umfang, Gründe und Gefahren der Beschäftigung, Möglichkeit, Zweckmäßigkeit und Wege der Beschränkung u. in den nächsten Jahresberichten der Gewerbe-Aufsichtsbeamten zu veranlassen.“

Diese Resolution des Reichstages ist durch Verzicht des Bundesrats dem Reichsanwalt überwiesen worden.

Insolgedessen sind die Gewerbe-Aufsichtsbeamten angewiesen worden, in den Jahresberichten für 1899, und zwar in einem besonderen Abschnitt — am besten als Anhang zu Abschnitt II — an der Hand der in ihren Bezirken bisher gemachten Erfahrungsberichte die in Rede stehenden Fragen im Zusammenhang zu erörtern.

Die in der Sache ergangene Regierungsverordnung wünscht die Beantwortung der folgenden besonderen Fragen:

1. Wie groß ist die Zahl der in Fabriken des Aufsichtsbereiches beschäftigten verheirateten Frauen — nach Industriezweigen geordnet?

2. Welches sind die Gründe für die Fabrikbeschäftigung der verheirateten Frauen?

3. Wie lange dauert bei den in Fabriken beschäftigten Frauen die regelmäßige Arbeitszeit? Ist sie infolge

a) der Verlängerung der Wiltagspause (§ 187, Absatz 4 der Gewerbe-Ordnung),

b) der Einlegung anderweiter, besonderer Ursachen,

c) späteren Beginn oder früheren Schlußes der Arbeit — abgesehen von den Sonnabenden und den Vorabenden der Festtage — länger als die allgemeine Arbeitszeit der übrigen erwachsenen Arbeiterinnen des Betriebes?

4. Haben sich nach den im Bezirke gemachten Erfahrungen bei der Beschäftigung verheirateter Frauen in Fabriken — allgemein oder in einzelnen Industriezweigen — erhebliche Nachteile in gesundheitlicher, sittlicher oder sonstiger Beziehung herausgestellt, und worin bestehen diese Nachteile?

5. Empfiehlt es sich, die verheirateten Frauen, sowie sie ein Hauswesen zu besorgen haben, allgemein oder nur für einzelne Industriezweige

- a) von der Beschäftigung auszuschließen? oder
- b) ihre Zulassung von besonderen Bedingungen — z. B. von der Beibringung eines ärztlichen Zeugnisses, daß von der Beschäftigung in dem Betriebe eine Gefährdung der Gesundheit nicht zu befürchten steht, oder von dem Nachweise, daß Schwangerschaft und Nachgeburt nur abgesondert von männlichen Arbeitern beschäftigt werden — abhängig zu machen? oder
- c) sie allgemein oder während der Zeit der Schwangerschaft oder während sie nähren, kürzer als bisher oder mit häufigeren Pausen zu beschäftigen? oder
- d) sie hinsichtlich des Wöchenerlohens (§ 137 Abs. 5 der Gewerbeordnung) noch günstiger zu stellen?

Welche Wirkungen wären von solchen Beschränkungen zu erwarten?

a) für die Lebenshaltung der Arbeiterfamilien?
Ist insbesondere bei solchen Beschränkungen ein Ausfall im Verdienst zu erwarten, oder machen es die Verhältnisse des Bezirks wahrscheinlich, daß die verheirateten Frauen durch Beschränkung ihrer Fabrikarbeit einen Verdienstaufschlag nicht erleiden werden, indem entweder der Betriebsunternehmer für die verkürzte Arbeitszeit den bisherigen Lohn weiter zahlen würde, oder die Arbeiterinnen anderweit einen die Führung ihres Hausstandes nicht beschränkenden, Gesundheit und Sittlichkeit nicht gefährdenden gleichwertigen Verdienst finden würden?

b) für die männlichen Arbeiter? Ist insbesondere die Annahme begründet, daß deren Reizung, in den Ehestand zu treten, durch eine Beschränkung der Erwerbsmöglichkeit verheirateter Arbeiterinnen vermindert und dadurch eine Vermehrung des Konkubinats herbeigeführt werden würde? Ist diese Annahme besonders dann begründet, wenn es sich um Arbeiterinnen handelt, die während ihres ledigen Standes in Fabriken beschäftigt waren?

c) für die Betriebsunternehmer? Würde der Ausfall an Arbeitskräften un schwer durch Einstellung männlicher oder unverheirateter weiblicher Arbeiter ausgeglichen werden können?

Die Verordnung sagt jedoch, daß die aufgestellten Gesichtspunkte nicht auszuschließen sollen, daß die Berichterstatter noch weitere sachdienlicher aus ihrer Erfahrung gewonnene Fragen erörtern. Doch soll die Darstellung „so kurz wie möglich“ gefaßt sein.

Verzweigung für die Art, wie bei uns Untersuchungen über sociale Verhältnisse vorgenommen werden, ist die Frage, die sich auf Verminderung der Geschlechtsungen und Vermehrung des Konkubinats beziehen, namentlich wenn man berücksichtigt, daß die Darstellung so kurz wie möglich sein soll und daß die Gewerbeinspektoren es sind, die die Frage beantworten sollen. Wenn man es überhaupt für nötig hält, diese Seite der Sache zu untersuchen und ihrer Aufhellung einen Einfluß auf die Entscheidung hinsichtlich gesetzgeberischer Maßnahmen einzuräumen, dann müßte jedenfalls eine ganz andere, viel gründlichere Art der Untersuchung beliebt werden. Man müßte versuchen, Zahlen darüber zu gewinnen, ob die bisherigen Beschränkungen der Frauenarbeit irgend welchen Einfluß auf die Zahl der Geschlechtsungen bei den Arbeitern ausgeübt haben und man müßte durch Vernehmung Tausender von Arbeitern durch eine Kommission zu erfahren versuchen, ob und in welchem Maße die Beschäftigungsmöglichkeit der Frau die Verehelichung beeinflusst hat. Das wäre natürlich eine sehr weitläufige Untersuchung und bei alledem wäre noch zweifelhaft, ob die brauchbaren Grundlagen für Beantwortung der gestellten Fragen gewonnen würden.

Die Beantwortung aus der Erfahrung der Gewerbeinspektoren wird aber erst recht nichts ergeben, als die subjektive und vorgefaßte Meinung einiger Beamten, die noch dazu, wie die Erfahrung gelehrt hat, mit den Arbeitern sehr wenig Sympathie haben. Das zeigt aber, daß diese Frage überhaupt eine solche ist, die man bei derartigen Untersuchungen nicht stellen sollte und der man keinen Einfluß auf socialgesetzgeberische Maßnahmen einräumen sollte.

Der Polizeipräsident von Berlin hat das hiesige Gewerbegericht von dem Erlaß der Regierung in Kenntnis gesetzt und den Ausschuss für Gutachten und Anträge ersucht, ein Gutachten über die in Betracht kommenden Verhältnisse abzugeben.

Die Zahl der in Fabriken des Ausschichtsbezirks beschäftigten verheirateten Frauen — zu den verheirateten Frauen sind auch solche zu zählen, die verheiratet gewesen, aber verwitwet oder geschieden sind — ist bereits durch die Polizeireviere festgestellt worden.

Der betreffende Ausschuss des Gewerbegerichts wird sich unbedingt an seine Aufgabe machen und schon am 4. Oktober seine erste Sitzung in der Angelegenheit abhalten.

Für die Objektivität der zu erstellenden Berichte wäre es sehr nützlich, wenn allenthalben die bestehenden — leider sind es sehr wenige — Gewerbegerichte mit zur Beurteilung veranlaßt würden.

Der Polizeipräsident hat dem Gewerbegericht noch mitgeteilt, daß die Gewerbe-Aussichtsbeamten damit beschäftigt sind, möglichst viele Fabrikarbeiterinnen zu befragen.

Hierbei zeigt es sich übrigens, wie notwendig die Mitarbeit von Frauen bei der Gewerbe-Aussicht wäre. Es werden da eine Anzahl Fragen gestellt, über die die Arbeiterinnen einer Frau natürlich viel unbefangener Auskunft geben würden, wie einem Manne. Nur wenige Frauen werden gemeint sein, dem Fabrikinspektor über Schwangerschaft und dergleichen unbefangene und ausreichende Auskunft zu erteilen. Der Gewerbegerichts-Ausschuss sollte versuchen, durch Heranziehung weiblicher Vertrauenspersonen eine ergänzende Befragung hiesiger Fabrikarbeiterinnen zu veranstalten.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Zimmerer. Laut Vertrag beträgt die Arbeitszeit vom 1. Oktober ab nur noch 6 1/2 Stunden, und zwar ist um 5 1/2 Uhr Feierabend zu machen. Wir machen darauf aufmerksam und erwarten, daß diese Bestimmung allwärts genau innegehalten wird, umso mehr, als zur Zeit schon wieder eine ganze Anzahl Kameraden arbeitslos sind. Zuwiderhandlungen sind unverzüglich dem Verbandsbureau, Etalauerstraße 48, zu melden.

Die Reuner-Kommission.

Von der Agitationskommission der Händler geht uns die Mitteilung zu, daß die Freie Vereinigung der Händler — entgegen unserer kürzlichen Meldung — noch wie vor weiter bestesse.

Deutsches Reich.

Zur Ausföhrung der Steinmeien von Dresden und Umgegend. Die Staats- und sonstigen Behörden marschieren Arm in Arm mit dem Unternehmertum gegen die ausgesperrten Arbeiter! Wie schon früher mitgeteilt, hatten die Unternehmer an die in Frage kommenden Staats-, Stadt- und Kirchenshöden das Anstehen gestellt, daß ihnen um die Zeit, so lange die Ausföhrung dauert, die Lieferfristen verlängert würden. Daraufhin liegen die Ausschüsse dieser Behörden durch ihren Vertrauensmann ersuchen, den dreifachen Wünschen der Unternehmer nicht Rechnung zu tragen, da dann die Ausföhrung ganz von selbst ihr natürliches Ende finden müßte, wollen die Meister nicht die hohen Konventionalstrafen bezahlen und sonstige wesentliche Nachteile in den Kauf nehmen. Dieses Ersuchen der Arbeiter war mehr als berechtigt, doch was zeigt sich? Diese Behörden haben durch schriftliche Antworten sämtlich, mehr oder weniger direkt, den beschiedenen Wunsch der Arbeiter abgelehnt. Ganz besonders hat die Dresdenner Stadtbehörde, welche hauptsächlich in Frage kommt, ihre schon oft bewiesene Abneigung gegen Lohnkämpfe aufs neue und ohne Umhüllung dokumentiert haben. Von dieser Föhrde ging dem Vertrauensmann der Steinarbeiter der länderliche Bescheid zu, daß der Rat nach eingehender Beratung beschließen habe, den Steinmeiern z. B. eine der Dauer der jetzigen Arbeitseinstellung entsprechende Fristverlängerung

zu gewähren. Den gleichen Bescheid haben einige Kirchenbehörden, wenn auch etwas verbindlicher und unter dem Ausdruck des Bedauerns gegeben, während die Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen überhaupt nicht geantwortet hat. Natürlich können nach Lage der Sache die Aussperrten von dieser Föhrde ein Entgegenkommen nicht erwarten. Wenn aber die Arbeiter aus ihrem eigenen Antriebe die Arbeit niederlegen, streiken, dann wird gleich Peter und Paulus geschrien. Hier ist ganz offensichtlich wieder einmal der Beweis geliefert, daß Staat und Behörden ganz offen Partei für die Unternehmer und gegen die Arbeiter ergreifen. Die Phrase von den „Instanzen ausgleichender Gerechtigkeit“ wird in grelle Beleuchtung gerückt. Daß der Kampf seitens der Unternehmer mit aller nur möglichen Brutalität geführt wird, wird damit bewiesen, daß man auch gegen die ausgesperrten das System der schwarzen Listen anwendet. Ein Steinmeier, der in Wittenberg brieflich um Arbeit anfragte, erhielt den Bescheid, daß er nicht eingestellt werden dürfte, wenn er zu den Aussperrten gehöre. „Ich besomme in den nächsten Tagen eine Liste dieser Leute, und müßte Sie, falls Sie darin verzeichnet sind, sofort wieder entlassen“, schrieb der betreffende Unternehmer.

Tischner und Kofferarbeiter. Nach Striegau (Schlesien) ist der Zugang ferngehalten, da in der dortigen Kofferfabrik von Wiesenfeld Differenzen ausgebrochen sind.

Der Bochumer Maurerstreik ist bis auf weiteres vertagt worden. Die Ursachen dieses Beschlusses sind in der Indifferenz eines Teiles der hier Arbeitenden zu suchen, sowie in der Thatfache, daß ein großer Unternehmer die Hauptforderungen bewilligt hat und noch gegen 100 Mann einstellen will. Auch konnte bei der vorgeschrittenen Jahreszeit noch ernstlich um den Gehaltsunterschied nicht mehr gekämpft werden. Die Lohnforderung 43—45 Pf. pro Stunde haben überhaupt mehrere Meister bewilligt, damit ihre Dause nicht liegen bleiben. Erfolglos ist also der dreiwöchige Ausstand nicht verlaufen.

Der Zimmererstreik in Köln dauert fort, da die Einigungsverhandlungen gescheitert sind.

Kursland.

Die Drucker und Maschinenmeister Oesterreichs haben sich in sieben Versammlungen, die gleichzeitig in Wien, Prag, Brunn, Graz, Innsbruck, Salzburg und Linz tagten, für eine Erhöhung des jetzigen Tarifs ausgesprochen; auch wollen sie die Verhilingskata strenger durchgeführt wissen. In den Versammlungen wurden Delegationen gewählt, welche den Normaltarif der Gehilfen mit Nachdruck bei den Verhandlungen mit den Unternehmern vertreten sollen.

In Kreuzot ist am vergangenen Sonntag der Präsekt eingetroffen und hat eine Delegation der Arbeiter empfangen. Sodann hat der Präsekt dem Direktor Schnelzer folgende Bedingungen der Arbeiter unterbreitet: 1. Verlangen die Arbeiter für alle gleichviel ob fundierte oder nicht fundierte Arbeiter in- und außerhalb der Werkstätte vollständige Gleichstellung der Behandlung seitens der Aufsicht, 2. fordern sie vom Direktor, er müsse sich verpflichten, seinen Arbeiter wegen der Ausstandsbeziehung zu mahregeln; nur dann würden sie die Arbeit wieder aufnehmen.

Es wird ferner gemeldet, daß der Präsekt im eigenen, sowie im Namen der Regierung bei dem Direktor einwirken wird, damit dieser die Bedingungen annehme; andernfalls würde der Direktor für die kommenden Ereignisse verantwortlich gemacht werden.

Der 7. internationale Geographen-Kongress.

Das Hauptinteresse der Montag-Sitzung konzentrierte sich auf den Vortrag **Ransen** über die wissenschaftlichen Ergebnisse der norwegischen Polarexpedition 1893—1896, was sich schon äußerlich durch die weit zahlreichere Beteiligung zu erkennen gab. Während in der Vormittags-Sitzung der Versammlungsraum durch die gähnenden Bänken auf den Bänken, die vollständige Leere der hintersten Reihen, sowie der Tribünen sehr stark an seine eigentliche Bestimmung, der pressischen Gefesfabrikation zu dienen, erinnerte, war um 6 Uhr, als Ransen erwartet wurde, der Saal und die Tribüne von einer erwartungsvollen Menge bis auf den letzten Platz gefüllt.

Die Mehrzahl des Publikums, sprechlich die Damen, die etwa eine populäre Schilderung persönlicher Erlebnisse erwartet hatten, wurde vielleicht ein wenig enttäuscht; denn Ransen gab eine streng wissenschaftliche Uebersicht über die Wasserhältnisse des tiefen Polarbeckens, das er unvermuteterweise gefunden. Im einzelnen gehe ich hierauf heute nicht ein, da das später im Zusammenhang gesehen soll.

Der Vorsitzende der Abteilung, Herr v. Steinen, hob in seinem Danke an Ransen unter begeistertem Beifall der Zuhörer hervor, daß diese trockenen Tabellen und Querschnitte, diese Profile und Ordinate, die er gezeigt, von Ransen mit Einsetzung seiner ganzen Persönlichkeit und seines Lebens aus den fernsten Polargegenden geholt seien, und daß gerade dieser Umstand die Begeisterung für Fridtjof Nansen zu einer so allgemeinen mache.

Das Hauptinteresse war mit Ransens Vortrag erlosen. Der Saal und die Tribünen leerten sich rasch, obwohl noch sehr interessante Darlegungen folgten. Herr Wilson führte Bilder von der belgischen Südpol-Expedition vor, und dann führte Herr Zimmerer Bilder aus einer kleinasiatischen Forschungsreise vor, die zugleich als Anschauungsmittel für den Schulunterricht dienen sollten. Leider war es kaum mehr, als eine Vorführung der Bilder; einen Vortrag zu halten, verbot die vorgeschickte Stunde. Als ich gegen 10 Uhr den Saal verließ, war die Sitzung noch nicht beendet.

In der allgemeinen Sitzung am Vormittag sowie in der einen Nachmittagsgruppe wurde über eine Reihe von Forschungsreisen Bericht erstattet. Special vormittags wurden Reisen im Atlas, in den Riquellen, in Central-Asien und China, sowie die Jesup'sche Nord-Pazifik-Expedition behandelt. Leider sprachen einzelne Herren so leise, daß mehrfach nicht nur die interessantesten Einzelheiten vollständig unverständlich blieben, sondern nicht einmal zu verstehen war, von was für einer Reise die Rede war, resp. nach welchem Plan die betreffende Reise ausgeführt wurde.

Von den Vorträgen hebe ich den über die Jesup-Expedition hervor, welchen an Stelle des behinderten Professors Wood aus New York Herr Karl von den Steinen hielt. Der Name stammt von Mr. Morris A. Jesup, dem Präsidenten des „amerikanischen und naturhistorischen Museums“ in New York, welcher die Mittel gestiftet hat, um die ungeheure Mannigfaltigkeit der Sprachen und die große Ähnlichkeit der menschlichen Typen an der ostasiatischen Nordküste und an der amerikanischen Nordwestküste näher zu erforschen. Die Expedition, die auch jetzt noch in den betreffenden Gegenden sich aufhält, hat bereits manche interessante Resultate gefunden. So erstreckte sich nach den archäologischen Untersuchungen von Smith der Einfluß der lalifornischen Kultur nicht bis zum äußersten Norden; nördlich vom oberen Puget-Sund war die Kälteperiode unbekant, die Eder lieferte alles Hausgerät, und Lachs und Robben bildeten die Hauptnahrung. Die alte Kultur der Alaska-Eskimo war derjenigen der östlichen Eskimo ähnlicher als die heutige; sie weist auf eine Berührung mit den Indianern der nord-pazifischen Küste hin, mit denen sie sich auch nach ihren körperlichen Eigenschaften stark vermischt haben müssen.

Von den Nachmittags-Vorträgen erwähne ich den des Grafen von Ohlen, Ueber die neuesten Forschungen im Gebiete der Riquellen. Das Land, in welchem wir die Lösung des alten Rätsels über den Ursprung der Riquellen finden können, ist das Königreich Ruanda östlich vom Victoria-See, in welchem auch das Vorhandensein tätiger Vulkane unsere Beobachtung anregt, und das nach dem Vortrage auch Veredlung seiner klimatischen Verhältnisse bestimmt zu sein scheint, als Stielungsgebiet für die weiße Rasse eine wissenschaftliche Ausnahme unter den Ländern des tropischen Afrika zu bilden.

Der Vortragende schilderte dieses Land, das nach seinen günstigen klimatischen Bedingungen sowie der Mächtigkeit seiner Bevölkerung seiner Meinung nach eine große Zukunft hat, in eingehender Weise. Von Norden her ist das Ditienvoll der Bahama eingewandert, das auf unzähligen Herrschaften und Gehöften im Land zerstreut wohnt, während das Weiden der Herden und der Feldbau dem unterworfenen landeingelegenen Stamm der Bahutu überlassen ist. Diese haben sich mit den zwerghaftesten Bahama vermischt, wahrscheinlich der Urvölkerung des Landes, die zum Teil in Lavahöhlen der Vulkanen wohnen und das Wort des Aristoteles zur Wahrheit machen: „Der Nil kommt aus einem Lande, wo die Menschen klein sind und in Höhlen wohnen.“ Daneben findet man dort aber unter dem herrschenden Bahama-Stamm, der sich unvernünftig von den Unterworfenen erhalten hat, ein Volk von 6 1/2 und 7 Fuß Körperlänge, so daß die größten und kleinsten Menschen der Erde an den Nilquellen bei einander wohnen.

Sociales.

Gesundheitsverhältnisse im kaufmännischen Berufe. Ein bemerkenswertes Circular versendet die Münchener Ordnenklasse III, Es heißt darin u. a.: Das eingehende Studium des gesammelten Materials der nuntmehr seit 12 Jahren bestehenden Ordnenklasse III für das kaufmännische Personal hat ergeben, daß eine große Zahl der Krankheiten, insbesondere nervöse Erschöpfung, Blutharmut und in der weiteren Entwicklung Tuberkulose zc., auf Schwächen des Berufes zurückzuführen sind. Insbesondere hat eine im Juli 1897 erfolgte Umfrage bei unsern Klassenärzten dies in weitgehendem Maße nachgewiesen. Ohne Zweifel ist die jetzige Arbeitszeit in den meisten kaufmännischen Geschäften eine zu lange. Sie erstreckt sich selbst für die halb-wöchigen, schwächlichen Mädchen nicht selten auf 12 Stunden. Hierzu kommt, daß trotz der seinerzeitigen Agitation in vielen Geschäften noch das sogenannte Eigerbot besteht. Die Mittagspause ist größtenteils nur eine einstündige. Es reicht diese kurze Zeit oft nur knapp hin, den weiten Weg nach Hause und zurück zu machen und ein heißes oder abgekühltes Essen rasch hinunterzuschlingen. In vielen Fällen besteht sogar noch die sehr verwerfliche Uebung, den Mädchen das Mittagessen im Geschäft selbst zu verabreichen. Es entbehren die Betroffenen hierbei für den ganzen Tag der frischen Luft und Bewegung, und die Mittagspause wird thatächlich illusorisch. In einigen Geschäften mit sehr langer Arbeitsdauer besteht das Verbot, während der Arbeitszeit sowohl vormittags, als auch nachmittags einen kleinen Jandich (eine Tasse Milch, Kaffee, belegtes Brot usw.) zu sich zu nehmen. Wir können nicht umhin, dies als äußerst bedauerlich zu bezeichnen. Sehr häufig erlischt das Hungergefühl, wenn es nicht zur rechten Zeit befriedigt wird; dazu ist die Möglichkeit der Nahrungsaufnahme bei den abends übermüdet nach Hause Kommenden eine sehr geringe, es fehlt überhaupt die Lust zu essen. Eine Regelung der Arbeitszeit in den kaufmännischen Betrieben ist im Interesse der Gesundheit der kaufmännischen Angestellten das zweifelloste größte Bedürfnis. Die Beschränkung der Arbeitszeit auf 10 oder 9 Stunden mit zweifelhäufiger Mittagspause und Sonntagsruhe ist unerlässlich. Wir halten uns für berechtigt, diese Forderung zu stellen, denn außer den kaufmännischen Angestellten selbst ist niemand mehr durch diese unglücklichen Einrichtungen geschädigt, als die Krankenkassen.

Zur Lage der Arbeiter in den südrussischen Kohlenruben. Man schreibt uns: In den Steinkohlenruben des russischen Südens haben die Arbeiter Mühe und Leiden zu ertragen, wie sie in keinem anderen Industriebezirk Rußlands festgestellt worden sind. So fehlen im Donezbasin den Arbeitern die allernotwendigsten Bedingungen selbst des bescheidensten Daseins. Bereits 1898 wurde berichtet, daß den Arbeitern in die Erde eingegrabene Höhlen zur Wohnung dienen, in welchen eine Pestluft herrscht. Was die Lohnverhältnisse anbetrifft, so ist der russische Steinkohlenrubenarbeiter des Südens im Stande, sich durchschnittlich 234 Rubel (ca. 500 M.) zu verdienen, was selbst für die russischen Verhältnisse ein Hungerlohn genannt werden muß. Für die Sicherung der Arbeiterkraft gegen Unfälle und ärztliche Hilfe haben die Unternehmer bisher noch gar keine Maßnahmen getroffen. Von 169 Montanruben in Berlin haben bisher nur drei Arbeiterverfügung eingeführt, und unter diesen befindet sich keine einzige der 29 südrussischen Steinkohlen-Gesellschaften. Für die schwere Lage der Arbeiterschaft im Donezgebiet zeugt schon die unter den dortigen Verhältnissen auffallende Erscheinung, daß dort in den letzten Jahren ein großer Mangel an Arbeitern herrscht. So auch im vorigen Jahre, als die Landleute infolge des Mißwachses der Feldfrüchte sich in großer Not befanden. Sie starben buchstäblich Ueber vor Hunger, als daß sie in die Steinkohlenruben gingen. Von den Bergwerkbefizern, meist ausländischen Kapitalisten, denen ihre südrussischen Unternehmen Rußland abgeben, ist aber auch für die Zukunft eine Besserung der Lage ihrer Arbeiter kaum zu erhoffen.

Verfammlungen.

Im Wahlverein des fünften Berliner Reichstags-Wahlkreises sprach am Freitag Genosse Zuyauer über die Reformbedürftigkeit der Gewerbegerichte. Redner fordert das Obligatorium für die Gewerbegerichte und ihre Ausdehnung auch auf die Arbeiterkategorien, welche unter das Handelsgesetzbuch oder die Gewerbeordnung fallen. Weiter verlangt er das aktive und passive Wahlrecht für alle (auch weibliche) Personen über 20 Jahre und die Vereinfachung der Innungs-Schiedsgerichte. In der Diskussion spricht nur Genosse Meyer, der einen traffen Vorschlag mittel, wie man durch die Innungs-Schiedsgerichte um sein Recht kommen kann. Nach Beledigung einiger Vereinsangelegenheiten wird die Verfammlungen geschlossen.

Eine Verfammlungen der ausländigen Stelumenen tagte gestern nachmittags im „Englischen Garten“. Nach dem Bericht der Lohnkommission hat die Innung den Vorschlag der letzten Verfammlungen, daß den Gesellen auch bei der Accordarbeit ein bestimmter Lohn von 30 bezw. 35,00 M. garantiert wird, rundweg abgelehnt. Die Kommission hat infolgedessen dem Beschlusse entsprechend, diesen Vorschlag dem Einigungsamt zur Entscheidung überbreitet. Am 29. September haben dann die gemeinsamen Verhandlungen des Gesellenauschusses mit den Unternehmern stattgefunden, die aber kein zufriedenstellendes Resultat zeitigten, weil den Arbeitern keine annehmbaren Zugeständnisse gemacht wurden. Die Innung erklärte sich nur bereit, auf die Accordarbeit einen Zuschlag von 5 Proz. vom 1. März und einen Zuschlag von 10 Proz. vom 1. Oktober 1900 ab zu bewilligen. Für Ueberstunden soll wie bisher ein Zuschlag von 20 Pf. für Nachtarbeit in der Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens 85 Pf. bezahlt werden. Die Arbeitszeit soll auf den Werkplätzen, bezüglich der Frühstücks-, Mittags- und Vesperpausen sowie bezüglich der Endzeit der Arbeit wie bisher bleiben. Nur vom 1. März ab soll die Arbeit, infolge der Verkürzung der Arbeitszeit, um eine halbe Stunde später begonnen werden.

Die Herren Steinmeiermeister versuchen nun durch Artikel in der bürgerlichen Presse den Anschein zu erwecken, als hätten sie den Arbeitern schon weitgehende Zugeständnisse gemacht und als wollten die Steinmeier nur aus Luft zum Streiken die Arbeit nicht wieder aufnehmen. Nicht einmal die vom hygienischen Standpunkte aus so notwendige und gewiß leicht durchführbare Forderung, die festgesetzten Arbeitsstunden möglichst zusammenzuliegen, wurde von den Unternehmern zugestanden. Die Arbeiter wollen mit dieser Forderung nur erzielen, daß sie so früh wie möglich den Arbeitsplatz, den Seuchenherd der Lungenschwindhucht, verlassen können. Die Bewilligung von 5 Proz. zum Accordtarif vom 1. März 1900 ab, bietet für die Arbeiter absolut keinen Vorteil, wenn die von den Steinmeiern verlangten Stützen zur Erleichterung des Tarifs nicht anerkannt werden, weil es

den Unternehmern sehr leicht ist, bei der Lohnberechnung den wirklichen Verdienst erheblich zu verringern. Im gleichen Sinne ist auch die 10proz. Preiserhöhung, die gar erst nach einem Jahre erfolgen soll, aufzufassen. Allerdings ist ein Stundenlohn von 70 Pf. bei Tagelohnarbeit bewilligt worden; aber auch dieses Zugeständnis ist nicht von großer Bedeutung, wenn nicht auch den Accordarbeitern ein bestimmter Lohn garantiert wird, und weil unter diesen Verhältnissen nach wie vor die besseren Arbeiten im Tagelohn und die schlechten, wobei absolut kein auskömmlicher Verdienst erzielt werden kann, im Accord fertig gestellt werden müssen. Der Stand der Bewegung wurde von allen Rednern als ein außerordentlich günstiger geschildert und der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Bewegung sicher mit einem Erfolg der Arbeiter enden wird. Mit großer Majorität gelangte schließlich folgende Resolution zur Annahme:

Um Ruhe und Frieden wiederherzustellen, sind die Ausständigen gewillt, von den geforderten 25 Proz. auf minderwertige Arbeit, z. B. Flächen und kleinere Arbeiten, 5 Proz. abzulassen und nur 20 Proz. zu fordern. Die anderen Forderungen, wie Markierung der Profile durch Schlitzen, und die besonders namhaft gemachten Positionen nur im Tagelohn anzufertigen zu lassen, wurden aufrechterhalten.

Nach längerer Debatte wurde sodann beschlossen, den Generalkrieg aufzuheben und daß bei solchen Firmen, welche die aufgestellten Forderungen bewilligt haben und wo keine Arbeiten für geprüfte Firmen angefertigt werden, die Arbeit wieder aufgenommen werden kann. Die Arbeit darf jedoch nur dann erst aufgenommen werden, nachdem die Kommission mit den betreffenden Unternehmern alles geregelt und entsprechende Weisungen gegeben hat. Mit einzelnen Firmen sind bereits derartige Abmachungen getroffen worden.

Eine öffentliche Versammlung der Schlächtergesellen, zu der auch die Schlächtermeister eingeladen waren, tagte am Sonntagabend bei Gohm, Deußstraße. Georg Wagner hielt zunächst einen Vortrag über die Bedeutung der Organisation, wobei er auf die Erzeugnisse der gut organisierten Gewerkschaften hinwies und die schlechten Verhältnisse im Schlächtergewerbe schilderte, die es den Schlächtergesellen doppelt zur Pflicht machen, von dem gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrecht in jeder Weise Gebrauch zu machen. Die Ausführungen des Referenten über die Mißstände im Schlafstellenwesen und Stellenvermittlung, über die niedrigen Löhne, schlechte Behandlung usw. wurden von den Versammelten durch stürmische Beifallsbekundungen bestätigt und die Zwischenrufe, durch die sich einige Meister bemerkbar machten, verstummten daraufhin sehr bald.

In der Diskussion wurde festgestellt, daß sich die Zustände im Schlächtergewerbe in den letzten Jahren nicht verbessert haben und daß insbesondere in Berlin eine maßlose Ausbeutung der Arbeitskräfte vorherrscht. Die Arbeitszeit dauert durchschnittlich 17, 18 und noch mehr Stunden ohne Unterbrechung. Vielfach werden noch nicht einmal die notwendigen Pausen zum Einnehmen der Mahlzeiten gestattet. Die Löhne sind allgemein so niedrig, daß sie kaum ausreichen für Wäsche und Kleidung, viel weniger aber zu den sonstigen Bedürfnissen. Dabei muß nicht selten auch noch Sonntags, ohne daß es notwendig wäre, bis spät nachmittags gearbeitet werden, so daß den Arbeitern jahraus jahrein keine freie Zeit zur eigenen Verfügung steht. Infolge der überaus langen und anstrengenden Arbeitszeit schlafen die Gesellen schließlich bei der Arbeit ein. Die Schlafräume befinden sich meistens im Keller oder auf dem Boden, ohne Luft und Licht. Die Betten werden selten überzogen und sind meistens eckelhaft schmuggig. Die Behandlung seitens der Meister ist in vielen Fällen eine solche brutale, wie sie in anderen Berufen unüblich ist. Mit gemeinen Schimpfwörtern, mit Klauen wie Ochse, Hundvieh und Ähuliche, ja sogar mit Peitschel werden, wie von mehreren Rednern behauptet wurde, nicht nur etwa Lehrlinge, sondern auch Gesellen traktiert. Es wurde im weiteren darauf hingewiesen, daß ältere Gesellen, besonders verheiratete, überhaupt keine Beschäftigung in dem Berufe, wo sie in jungen Jahren ausgegerrt und ausgebeutet und schließlich zum Krüppel wurden, mehr bekommen und einen anderen Beruf ausüben müssen. Außerdem wurde angeführt, daß sich die Schlächtermeister mit Vorliebe an die privaten Stellenvermittler wenden, bei welchen die Gesellen für den Nachweis einer Stelle 10, 15 M. und noch mehr bezahlen müssen. Von allen Rednern aus den Reihen der Gesellen wurden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einer herben Kritik unterzogen und zum festen Zusammenschluß in der Organisation aufgefordert. Auch die Vertreter des Verein „Arbeiterbund“ forderten eine Regelung der Arbeitszeit, Festsetzung eines Minimallohnes, Abschaffung der Sonntagskündigung bzw. Sonntagsentlassung und vertreten den Standpunkt, daß von einem guten Verhältnis und von einer Harmonie zwischen Meister und Gesellen keine Rede sein könne, sondern daß die Gesellen sich selbst bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erringen müssen. An der Diskussion beteiligten sich auch zwei Meister, die wohl zugaben mußten, daß Mißstände bestehen, aber die Erfüllung der doch gewiß berechtigten Forderungen hielten sie nicht für möglich, vertrottelten vielmehr die Gesellen darauf, daß sie ja später auch einmal selbständig werden können. Besonders einer dieser Herren verfuhrte die Versammelten vor der Sozialdemokratie, der er allerlei ungerichtetes Zeug andichtete, grüßlich zu machen und behauptete unter anderem, daß die Leitung der Versammlung von der sozialdemokratischen Partei engagiert sei und nur der Jwed verfolgt werde, das „gute“ Einvernehmen zwischen Meister und Gesellen zu zerstören. Von dem Referenten sowohl als auch von den übrigen Rednern wurden die Ausführungen der Meister gebührend geleuznet.

Es wurde schließlich eine Resolution beschlossen, in der die Versammlung die Abschaffung der Sonntagskündigung resp. die Sonntagsentlassung als durchaus notwendig erachtet und in der sie erklärt, daß diese Forderung in allen Schlächterbetrieben Berlin und Umgebung ohne besondere Nachteile für die Meister sehr gut durchgeführt werden kann. Ferner wird die Forderung und die freie Vereinigung der Fleischermesser aufgeführt, in den verschiedenen Stadtteilen Stellenmacherei für die Gesellen zu errichten, um dadurch den privaten Stellenvermittlern, den sogenannten Seeleu, verkäuflichen ihr unlautes Handwerk zu legen. Eine Kommission und der derzeitige Gesellen-Ausschuß sollen der Forderung und der freien Vereinigung diese Forderungen unterstützen und einer demnächst stattfindenden Versammlung über das Resultat der Verhandlungen Bericht erstatten. In die Kommission wurden Freitag, Fischer, Percier, Puhlen und Markmann gewählt. Es wurde sodann noch aufgefordert, Fragebogen zu entnehmen und alle Fragen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse wahrheitsgetreu zu beantworten und an die bekannten Personen wieder abzugeben. Da auch die dem Verein „Arbeiterbund“ angehörenden Schlächtergesellen Fragebogen herausgaben, so soll das von beiden Richtungen gesammelte Material dann gemeinsam bearbeitet werden.

Die Formner und Gießerei-Arbeiter hielten am Sonntag eine gut besuchte Versammlung im Luisenstädtischen Konzerthause. Alte Jakobstraße, ab in der Räter und Köster über den Stand der Lohnbewegung berichteten. Danach haben eine Anzahl Firmen die aufgestellten Forderungen ohne weiteres bewilligt, während in mehreren Betrieben eine gegenseitige Verständigung dergefallen erzielt worden ist, daß eine Lohnaufbesserung sofort und die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit auf eine spätere, aber bestimmte Zeit schriftlich zugesprochen wurde. Am Sonntagabend ist die Arbeit in fast allen Gießereien niedergelegt worden, aber noch im Laufe des Tages wurden von verschiedenen Unternehmern die Forderungen anerkannt. Bis Sonntag waren, soweit dies festgestellt werden konnte, in 27 Betrieben die Arbeitsbedingungen zur Zufriedenheit der Arbeiter endgültig geregelt. Mit mehreren Firmen schweben die Verhandlungen noch und wird die Bewilligung in den nächsten Tagen erwartet. In 18 Betrieben und zwar bei Gohle, Spin u. Sohn, Bernh. Joseph, Kramme, Löw in der Gartenstraße, Eitner, Teichmann, Kneifel, Muskulus, Schwindlinski, Sped. Gladenbeck und Brotsch sind etwa 1800 Metallarbeiter gegenwärtig im Ausstand.

Die Zahl der Ausständigen dürfte sich aber in den nächsten Tagen erheblich vergrößern, da in mehreren der größeren Betriebe auch die Gürtler, Dreher, Fräser, Schleifer, sowie alle übrigen Metallarbeiter, wo dies bisher noch nicht geschehen ist, in den Ausstand treten werden, wenn die Forderungen keine Anerkennung finden. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, daß die schwebenden Verhandlungen der Kommission mit den Betriebsleitungen bald zu Gunsten der Arbeiter zum Abschluß gelangen und dadurch die Zahl der Ausständigen wieder vermindert wird.

Trotzdem von den leitenden Personen des Verbandes der Metallwaren-Fabrikanten und auch der Innung die allgemeine Einführung des Restrukturierungstages in sichere Aussicht gestellt worden ist, hat die Versammlung, die am Freitag getagt hat, doch, allerdings mit nur 71 gegen 64 Stimmen beschlossen, die Verkürzung der Arbeitszeit abzulehnen. Dieser Beschluß, der nur mit einer Majorität von 7 Stimmen gefaßt worden war, soll hauptsächlich auf das Betreiben des Kommerzienrats Pintsch zu stande gekommen sein.

In den einzelnen Betrieben wurde die Arbeit von den Formern und Gießerei-Arbeitern und auch von den übrigen in Betracht kommenden Branchen, die sich an der Bewegung beteiligen, fast einmütig niedergelegt. Unter den Ausständigen, das ergab auch die Diskussion, herrscht eine sehr launische Stimmung. Alle Redner gaben der Meinung Ausdruck, daß die Bewegung sicher mit einem Siege der Arbeiter enden wird, trotz des Beschlusses der Unternehmer. Die Geschäftsjunktur ist eine sehr günstige und die Ausständigen sind verhältnismäßig gut organisiert, so daß die Vorbereitungen zu einer erfolgreichen Lohnbewegung vorhanden sind.

Eine öffentliche Kontobucharbeiter-Versammlung, welche am Dienstag bei Feuerstein stattfand, beschäftigte sich mit dem Streik bei Moritz u. Kummer und mit der Lage der Arbeiterinnen in den Kontobuch-Fabriken. Vergmann führt der Versammlung zunächst vor Augen, daß in Berlin verhältnismäßig wenig Streiks aus der Kontobuch-Branche zu verzeichnen sind. Die Ursachen des jetzigen Streiks waren Preisreduzierungen bis 20 Proz. Nachdem die Verhandlungen der Kollegen, wie auch der Vertrauenspersonen der Organisation mit dem Chef ergebnislos verlaufen, stellte das Personal die Arbeit ein, worauf die Firma sämtliche Streitenden als entlassen erklärte. Das Rundschreiben der Herren an die hiesigen Kontobuch-Fabriken, in dem es heißt, die Arbeiter hätten die Arbeit niedergelegt, weil den ungeliebten Arbeiterinnen der Mindestlohn von 13,50 M. nicht bezahlt würde, ist so wenig beachtet worden, daß eine hiesige große Firma auf unserem Ratweis gerade streifende Arbeiterinnen von Moritz u. Kummer verlangte. Auch ein organisierter Liniierer hielt es für seine Pflicht, seine Stellung in diesem Kunsttempel zu kündigen. Die Herren nahmen die Kündigung, welche eine vierwöchentliche war, nicht nur an, sondern ließen den Mann sogleich ziehen, welcher nun die nächsten 4 Wochen weiter nichts thun braucht, als sich jeden Sonnabend seinen Lohn abzuholen. Leider haben sich aber auch Leute gefunden, welche den Streitenden in den Rücken gefallen sind. Es wird bei dieser Gelegenheit auch das Verhalten des Werkführers Schärne, welcher die Hauptschuld am Ausstand trägt, einer scharfen Kritik unterzogen. Daß auch die Polizeibehörde die nötigen Mannschaften (1 Lieutenant mit ca. 5 Schutzleuten) zum Schutz der Arbeitswilligen sandte, braucht wohl nicht erst gesagt zu werden. Beim zweiten Punkt zeigt Lemser an einer Statistik, daß die Löhne der Arbeiterinnen in der Kontobuch-Branche bedeutend niedriger sind, als in Buchbindereien. Die Schuld hieran tragen die Arbeiterinnen selbst, da sie sich der Organisation nicht anschließen; diese Notwendigkeit ist von den Arbeiterinnen der Buchbindereien schon in viel größerem Maße eingesehen. Doch kann auch den Kontobuch-Arbeitern der Vorwurf nicht erpart bleiben, daß sie ihre Mitarbeiterinnen hierbei zu wenig unterstützen, und wird von verschiedenen Seiten die Mahnung laut, mehr als bisher die Arbeiterinnen als gleichberechtigten Faktor zu betrachten.

Die Lage des Wosamentierstreiks wurde in einer am Sonntagabend abgehaltenen öffentlichen Versammlung folgendermaßen dargestellt: Der Verlauf der Lohnbewegung sei ein fortdauernd günstiger, nur 78 Kollegen befinden sich noch im Ausstand. Wenn sich auch die Arbeiterinnen der Firma Elöner u. Hausig, wie zu erwarten, dem Streik nicht anschließen, so thue das dem günstigen Fortgang der Bewegung keinen Abbruch. Von besonderer Bedeutung sei es, daß nunmehr auch die Firma Bleschke die Forderungen bewilligt hat, dem hierauf würden im Laufe der Woche jedenfalls noch eine ganze Anzahl derjenigen Firmen bewilligen, die sich bisher am hartnäckigsten sträubten, und der volle Sieg der Bewegung sei daher in nächster Zeit zu erwarten.

Die Marmor- und Granitarbeiter hielten am Sonntag eine mit schwach besuchter öffentlicher Versammlung ab. Wie Gertsenberger berichtet, ist die Lohnbewegung in der Hauptsache durchgeführt. Dreißig Firmen haben die Forderungen bewilligt, und nur vier Arbeitgeber weigern sich, den Tarif anzuerkennen. Von diesen vier Arbeitgebern kommt aber nur die Firma Jank in Betracht, während die anderen drei für die Bewegung ganz bedeutungslos sind. Ueber die Erzeugnisse, die fast ohne Kampf erreicht worden sind, herrsche unter den Kollegen Meinungsverschiedenheit. Wenn auch einzelne derselben durch den neuen Tarif nicht gebessert seien, so sei doch die Lage der großen Mehrheit der Kollegen erheblich gebessert worden und man könne deshalb mit dem Resultat der Lohnbewegung zufrieden sein. Zur Zeit seien nur noch 8 Streikende resp. Arbeitslose zu unterrichten. Den Vortrag zum Unterstützungsfonds leitete die Versammlung auf 5 Prozent des Arbeitsverdienstes fest.

Die Holzer- und Rohrputzler waren am Sonntagmorgens wieder versammelt, um über die von den Unternehmern gestellten Bedingungen schlüssig zu werden. Die Unternehmer, welche sich durch gegenseitige Vereinbarung verpflichteten, keinen der Ausständigen zu beschäftigen, haben nunmehr ihr abkündendes Verhalten geändert, indem sie sich bereit erklärten, auch eventuell vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt mit den Arbeitern zu verhandeln. Die Arbeiter selbst haben sich ebenfalls entgegenkommend gezeigt, um nicht länger die Streikunterstützung von anderen Berufen annehmen zu müssen. Nach längerer Beratung gelangte eine Resolution mit allen gegen vier Stimmen zur Annahme, des Inhalts, daß bei dem bisherigen einmütigen Zusammenhalten der Ausständigen durch das Entgegenkommen der Unternehmer zwar nicht alle, doch aber die meisten Forderungen der Arbeiter erfüllt sind. Da unter den gegenwärtigen Verhältnissen weitere Vorteile nicht zu erlangen sind, soll die Arbeit am Montag, den 2. Oktober, unter den zugestandensten Bedingungen der Unternehmer wieder aufgenommen werden, wenn diese durch ihre Unterschrift sich dazu bereit erklären, gleichzeitig aber keine Mahregelungen stattfinden. Ein besonderer Antrag: daß es Pflicht der Lohnkommission sein müsse, in jeglicher Weise die etwaigen Gemahregelungen zu unterstützen, auch durch Zuweisung vorhandener Beschäftigung, sowie über alle Arbeitsstätten, wo überhaupt Mahregelungen stattfinden sollten, die Sperre zu verhängen etc., gelangte einstimmig zur Annahme. In einer im Laufe der Woche stattfindenden Versammlung hat die derzeitige Lohnkommission über alle Vorkommnisse Bericht zu erstatten. Die Delegierten zu den Verhandlungen beim Einigungsamt haben im Sinne der Resolution zu verhalten. Es wurde besonders hervorgehoben, daß die Unternehmer geneigt sind, eine Unternehmerorganisation über ganz Deutschland zu schaffen, um die leidige Schmutzkonkurrenz zu beseitigen und die Forderungen der Arbeiter in vollem Umfang, durch entsprechende Berechnung der Arbeiten, bewilligen zu können. — Als Mitglieder der neuen Lohnkommission wurden Praetzel, Geinr. Jahn und Beckmann gewählt.

In einer öffentlichen Versammlung der Möbelpolierer am 25. September bei Möhring, Admiralstr. 18a, referierte Weber über den Indifferentismus der Kollegen in der Nähmaschinen-Branche. Den längeren Ausführungen Weber war zu entnehmen, daß die betreffenden Arbeiter sich stets von der Bewegung der Möbelpolierer zurückgehalten haben. Daher konnte es auch, daß

diese unter viel schlechteren Arbeitsbedingungen arbeiten und eine viel längere Arbeitszeit haben, als die organisierten Kollegen. In der Diskussion stellte K a r y e mit, daß die Kollegen bei L a b o r e n z in Nixdorf gewillt sind, ihrem Arbeitgeber eine Lohnforderung vorzulegen, und ersucht die Kollegen der anderen Werkstätten, ihnen eventuell bei einem Streik nicht in den Rücken zu fallen.

Teile Nachrichten und Depeschen.

Zum Ministerwechsel in Oestreich.

Wien, 2. Oktober. (B. Z.) Heute vormittag hielt die deutsche Fortschrittspartei eine Konferenz ab, in welcher Dr. Bergelt über seine Audienz beim Kaiser berichtete. Schließlich wurde beschlossen, die Fortschrittspartei habe vorläufig eine abwartende Haltung gegenüber der neuen Regierung zu beobachten. Nachmittags hält die deutsche Volkspartei in der gleichen Angelegenheit einen Kongreß ab. Von den Klub-Obmännern der Parteien ist für Donnerstag eine Konferenz einberufen, um über ihre Haltung gegenüber der neuen Regierung zu beraten.

Wien, 2. Oktober. (B. Z. B.) Der Kaiser hat heute die Demission des Kabinetts Thun angenommen und die Ministerliste des Grafen Clary-Aldringen, welcher mit dem Vortritt im Ministerrate des neuen Kabinetts betraut ist, genehmigt. Die Zusammenziehung des neuen Ministeriums ist folgende: Graf Clary-Aldringen Vortritt im Ministerrate und Ackerbau, Graf Belfersheim verbleibt Minister für Landesverteidigung, der ehemalige Minister Koerber Inneres, der bisherige Eisenbahnminister Dr. von Mittel verbleibt in gleicher Eigenschaft, der bisherige Oberlandesgerichts-Präsident in Triest Dr. v. Rindinger Minister für Justiz, Grelendowski, bisheriger Hofrat im Ministerium für Galizien, Minister ohne Portefeuille für Kultus und Unterricht, Leiter dieses Ministeriums, Amiazolucki, bisheriger Sektionschef im Finanzministerium, zum Leiter dieses Ministeriums, und Dr. Stribar, bisheriger Sektionschef im Handelsministerium unter dieses Ministeriums. Die Vereidigung der neuen Minister erfolgt morgen.

Transvaalfrage.

London, 2. Oktober. (B. Z. B.) Das „Netherische Bureau“ veröffentlicht eine Depesche aus Kapstadt, der zufolge die Nachricht der „Southafrican News“, es sei ein Sonderzug zur Abholung des britischen Agenten Greene von Kapstadt nach Pretoria abgegangen, amtlich für unrichtig erklärt und in der hinzugefügt wird, daß an den britischen Agenten keine Instruktion gesandt worden ist, Pretoria zu verlassen.

London, 2. Oktober. (B. Z. B.) „Ball Mall Gazette“ veröffentlicht aus Johannesburg folgende pessimistische Meldung: Die Boeren haben alles vorbereitet, um die nach Rhodesia führende Eisenbahn zu zerstören. Die Lage der englischen Truppen ist sehr kritisch. Thatsächlich besteht eine mangelhafte Organisation. Wenn nicht bald Verstärkungen eintreffen, ist eine Niederlage unvermeidlich. In dem Telegramm wird noch hinzugefügt, daß in der ganzen Kapkolonie offenkundig Verrat getrieben wird.

London, 2. Oktober. (B. Z. B.) Aus Johannesburg wird gemeldet, daß die telegraphische Verbindung zwischen Johannesburg und Natal zerstückt ist. — Die „Times“ melden aus Blaufing: Die Boeren werden erst im letzten Augenblick an die Bevölkerung verteilt werden. Die Unruhe unter denselben ist sehr groß, da die Boeren große Truppenabteilungen an der Grenze ansammeln.

London, 2. Oktober. (B. Z. B.) Der Dampfer „Bibengla“, mit Artillerie nach dem Kap unterwegs, ist nicht, wie früher gemeldet, bereits nach dem Kap abgegangen, sondern liegt noch im Werfshafen. Der Grund des weiteren Aufschubes ist unbekannt.

London, 2. Oktober. (B. Z. B.) Die „Standard and Diggers News“ veröffentlicht ein Telegramm aus Johannesburg, wonach die Mobilisation der Boeren rasch vor sich gegangen ist und umfassende Bewegungen gegen die Grenze in wenigen Stunden sich vollzogen haben. Männer von 16 bis 60 Jahren liegen sich einreihen. Den Kommandos gehören an Mitglieder des ausführenden Rats, deren Söhne, der Staatssekretär, viele Verwandte des Präsidenten, Mitglieder der Raads, Richter, Anwälte sowie andere Angehörige höherer Berufsarten. Das französische Korps zählt 150 Mann. Bei dem Abzuge der Kommandos herrschte großer Enthusiasmus.

Amsterdam, 2. Oktober. (B. Z. B.) Der Transvaal-Gesandte Dr. Verds notifierte den Mächten, daß Transvaal, ohne eine Kriegserklärung abzuwarten, noch im Laufe dieser Woche die Feindseligkeiten eröffnen werde.

Hamburg, 2. Oktober. (B. Z. B.) Als der heute Abend von Norden kommende Zug mit eingezogenen Rekruten — meistens Dragoner, welche nach Reg und Diedenhofen bestimmt waren — in den Klosterthor-Bahnhof eingelaufen war, stiegen viele Rekruten gegen den Befehl des kommandierenden Offiziers aus und blieben auf dem ersten Geleise stehen. Gleich darauf lief ein Zug von Blankensee ein und fuhr in die Menge hinein. Drei Rekruten wurden getötet, etwa 30 erlitten Verletzungen. Von allen Seiten sind Kräfte und Ambulanzwagen zur Hilfeleistung an der Unglücksstelle eingetroffen.

Kopenhagen, 2. Oktober. (B. Z. B.) Der Reichstag ist heute eröffnet worden. Das frühere Präsidium wurde wiedergewählt.

Paris, 2. Oktober. (B. Z. B.) Die Anwälte der royalistischen Gruppe der Angeklagten in der Komplottaffäre haben das Stadium der Anklageakten beendet. Die Aktenliste werden nunmehr den Anwälten der Gruppe der Antimilitären zugestellt werden.

Paris, 2. Oktober. (B. Z. B.) Der sozialistische Abgeordnete Breton hat einen Brief an den Kriegsminister Galliffet gerichtet, worin er diesem mitteilt, er werde ihn bei Wiederzukommen in der Kammer über seinen Tagesbefehl an die Truppen, sowie über die von verschiedenen Offizieren daran geknüpften Kommentare interpellieren. — Der „Tamps“ demontiert die Meldung, wonach General Pierzon als Armeezinspektor den General Régier ersetzt habe.

London, 2. Oktober. (B. Z. B.) Dem „Netherischen Bureau“ wird aus Simla gemeldet: Ein Mullah, welcher Verbera an der Somalifüste bedrohte, giebt sich für den Mahdi aus und siffert in der Gegend Unruhe. Die englische Regierung wies daher die indische Regierung an, ein Eingeborenen-Kavallerie-Regiment von Bombay nach Verbera abzusenden. Ferner gehen von Aden 400 Mann Infanterie nach Verbera.

Peierburg, 2. Oktober. Der russischen Telegraphen-Agentur“ meldet ihr Vorgesandter Specialkorrespondent über Semlin: Der russische Geschäftsträger Ranzuraw hat Belgrad verlassen, um eine Urlandsreise anzutreten und hat den zweiten Legationssekretär Kellbow mit der Erledigung der laufenden Geschäfte betraut, nachdem er die erste Aufmerksamkeit der serbischen Regierung auf den peinlichen Eindruck gelenkt hatte, welcher überall, namentlich aber in Rußland, durch die außerordentliche Härte des Urteils hervorgerufen sei, welches das Staugericht in einem politischen Prozeß, trotz des Mangels an hinreichendem Beweisen, über die Angeklagten verhängt habe.

Die derselbe Korrespondent weiter erfährt, haben infolge geschehener Verständigung durch den russischen Geschäftsträger die Vertreter Frankreichs und Italiens auf Befehl ihrer Regierungen gleiche Schritte bei der serbischen Regierung getan.

Sofia, 2. Oktober. (B. Z. B.) Bei den geistlichen Ergänzungen wahlen zur Sobranje wurden 34 Kandidaten der Regierungspartei und zwei Mitglieder der Opposition gewählt, drei Wahlergebnisse stehen noch aus.

West, 2. Oktober. (B. Z. B.) Hier sind 48 neue Erkrankungen und 2 Todesfälle am gelben Fieber vorgekommen.

Der „Klub der Harmlosen“ vor Gericht.

In jener großen Spieler-Affaire, die schon seit Jahresfrist so viel Staub aufgewirbelt hat und ein würdiges Seitenstück zu dem hannoverschen Spielerprozess des „ollen ehrlichen Seemann“ bildet, wurden am Montag vor dem dritten Strafkammer hiesigen Landgerichts I die Verhandlungen begonnen. Sie gestatten einen tiefen Einblick in die Geheimnisse der Spielgesellschaften, die sich in verschwiegene Zimmern hiesiger Hotels und Restaurants zusammenfinden, um bei perlendem Selt der Glücksgöttin ihre Huldigungen darzubringen.

Als Angeklagte erschienen: 1. Regierungsdirektor Bruno v. Kayser, 30 Jahre alt, Lieutenant d. R. im II. Garde-Ulanen-Regiment, seit 8 Monaten in Untersuchungshaft sitzend. 2. Hans Reinhold v. Kröcher, in Strahburg i. G. geboren, 23 Jahre alt, Lieutenant der Reserve im II. Garde-Feldartillerie-Regiment, gleichfalls seit 8 Monaten in Untersuchungshaft. 3. Alexander Paul v. Schachtmeier, Kaufmann, 27 Jahre alt, Unteroffizier der Reserve im Feldartillerie-Regiment Nr. 3. Alle drei Angeklagten sind evangelischer Religion und unbefristet. Sie werden beschuldigt, aus dem Glücksspiel ein Gewerbe gemacht zu haben.

Seit einer Reihe von Jahren besteht in Berlin eine Gesellschaft von Offizieren, jungen Beamten und Lebemannern aller Art, die sich — oft in Anknüpfung an die Pferdebrennen — in besonderen Räumen hiesiger Kaffeehäuser und Hotels zusammenfinden, um beim Baccarat das Glück zu versuchen. Man spielte vor Jahren bei Lauter, dann vorübergehend im Savoy-Hotel, im Café Jolly am Potsdamer Platz, im Restaurant von Philipp Albrecht in der Mohrenstraße, bei Hecht in der Jägerstraße, in der Eremitage in der Jägerstraße, bei Knoop in der Potsdamerstraße, bei Wittkop in der Kleinen Mauerstraße etc. Die drei Angeklagten haben schon verhältnismäßig früh Eingang in die Zirkel der eleganten Lebenden gefunden und da die Leidenschaft für das Glücksspiel bei ihnen sehr ausgebildet ist, so haben so manche lange Nacht am Spieltische zugebracht und bei diesen nervenerregenden Schachspielen eine hervorragende Rolle gespielt. Sie sind auch verschiedentlich zu auswärtigen Rennen gefahren und haben an dem Jeu, das sich dort an den sportlichen Teil angeschlossen, lebhaft teil genommen. In den Spielabenden, die in den Jahren 1894—96 vorzugsweise im hiesigen Victoria-Hotel stattfanden und bei denen namentlich Sonnabends ganz gewaltige Summen gewonnen und verloren wurden, soll sich namentlich v. Kayser hervorgetan und oft Unbegabten bei den Würfeln hervorgehoben haben durch die Klugheit, mit der er pointierte und durch die gewisse Klugheitslosigkeit, die er beim Eintreten von Spielschulden zeigte, während er andererseits wiederholt die Rücksicht in Anspruch nahm, wenn er im Verlust war und Spielschulden zu begleichen hatte. Die drei Angeklagten sollen namentlich an den „großen“ Spielabenden, des Sonnabends, erlaunlich großes Glück gehabt und oft so lange gespielt haben, bis die übrigen alle völlig ausgepumpt waren. Neben v. Kayser trat in den Spielzirkeln besonders der Angekl. v. Kröcher durch seinen Wagemut hervor. Aus dem ganzen Auftreten und der Lebenshaltung der Angeklagten soll sich der Schluss ergeben, daß dieselben nicht nur — wie so viele andere auch — entragierte Freunde eines dauerhaften Jocus gewesen sind, sondern aus dem Glücksspiel geradezu ein Gewerbe gemacht haben. Der Spielklub im Victoria-Hotel ging eines Tages infolge eines unglücklichen Vorfalles in die Brüche. Man hatte einen der Bankhalter — einen Herrn v. Sch. — in dem Verdacht, an jenem Abende unredlich gespielt zu haben und dieser Verdacht wurde dadurch bekräftigt, daß, als man die Karten nachzählte, sich herausstellte, daß statt sechs vollständiger Spiele, d. h. statt 312 Karten, deren 300 vorhanden waren. Der unerquidliche Vorfall führte zur Auflösung der Spielgesellschaft im Victoria-Hotel und es fand nun eine Scheidung statt. Der eine Teil bestand zum Teil aus Offizieren, die nach dem Vorfalle das Bedürfnis einer größeren Erläuterung empfanden und von da an mehr unter sich ihre Spielabende, insbesondere im Savoy-Hotel und bei Philipp Albrecht in der Mohrenstraße abhielten. Die drei Angeklagten hielten zu dem anderen Teile, die ihre Klublokale wechselten. Im Winter tauchten in diesen Spielkreisen zwei Personen auf, die durch Herrn v. Kröcher eingeführt sein sollen. Der eine war der in Spielkreisen bekannte Ernst Levin, der andere der über beleumundete Glücksspieler Hermann Wolff, derselbe, der in den letzten Jahren einmal in Gemeinschaft mit dem Spieler Reuter dem Fabrikbesitzer Arthur Prinz-Reichenheim in der Tiergartenstraße in einer Nacht über 100 000 M. im Spiel abgenommen hat. Er ist deswegen bestraft worden und hat auch sonst schon erhebliche Vorstrafen erlitten. Der jetzt etwa 60 Jahre alte Herr, der als „sehr anständiger, reicher Rentier“ eingeführt wurde, hat im Kreise der jungen Leute seinen Ruf als „Kartenzücker“, wie er früher genannt wurde, glänzend bewahrt, denn er ist sowohl, als auch die drei Angeklagten, hatten ein solches Glück, daß den übrigen mehr als einmal unheimlich dabei wurde. Als man gegen ihn mißtrauisch wurde, gingen v. Kröcher und v. Kayser an die Gründung eines ganz neuen Spielklubs, des „Klub der Harmlosen“, dessen Sitz das Centralhotel wurde.

Für den Klub, dessen Statuten und sonstige Papiere der Angeklagte v. Schachtmeier in seiner Wohnung aufbewahrt, wurden im Centralhotel ein Saal und zwei Zimmer für monatlich 1000 M. gemietet und der Klub am 15. Oktober 1898 durch ein glänzendes Dinner eröffnet. Für das Unternehmen war die Werbetrommel mächtig in Bewegung gesetzt worden, man hatte mehrere hundert Einladungen an die Offiziere aller wohlhabenden Regimenter erlassen, aber auch Herrn Wolff nicht vergessen. Der Klub hat zwei Monate bestanden, er siedelte Ende November vorigen Jahres in das Minerva-Hotel über, weil der Pächter des Central-Hotels schließlich doch Unannehmlichkeiten befürchtete und die Auflösung des Mietvertrages durchsetzte. Im Dezember brachte dann das „Berliner Tageblatt“ Aufsehen erregende Artikel über das Leben und Treiben in dem Klub der Harmlosen. Die Artikel waren von einem Zeitnehmer an den Spielabenden, Herrn Dr. Kornblum, inspiriert und hatten den Effekt, daß das Klubunternehmen schleunigst zusammenbrach und Wolff, Levin und auch der Klubdiener von der Bildfläche verschwand.

Die Anklagebehörde hat erst auf dem Standpunkte gestanden, daß die Angeklagten den wahren Charakter des Wolff als Hazardspieler sehr wohl gekannt, mit ihm gemeinschaftliche Sache gemacht und auch falsch gespielt hätten. Die Beschlußkammer des Landgerichts hat aber die Beweise für diese Annahme vernichtet und es abgelehnt, das Verfahren wegen Betruges zu eröffnen. Auf Verweisung der Staatsanwaltschaft ist das Kammergericht der Ansicht der Beschlußkammer beigetreten und so haben sich die drei Angeklagten nur wegen gewerbmäßigen Glücksspiels zu verantworten. Ursprünglich sollte auch Anklage gegen Dr. Kornblum erhoben werden, gegen ihn ist wegen mangelnder Beweise das Verfahren gänzlich, gegen Wolff und Levin aber wegen ihrer Abwesenheit nur vorläufig eingestellt worden.

Die Verhandlungen unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Denis finden im großen Schwurgerichtssaal statt. Der Zutritt zum Hörsaalraum ist nur gegen besondere Einlasskarten gestattet. Unter den zahlreichen Zeugen, die bei Aufruf der Sache in den Saal treten (es sind weit über 100 Zeugen geladen), befinden sich viele Offiziere, die zum Teil Kavallerie-Regimenten angehören.

Die drei Angeklagten v. Kayser, v. Kröcher und v. Schachtmeier werden aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Ihnen stehen Dr. Schachtel, Justizrat Dr. Sello, Dr. Schwindt und Vincius als Verteidiger zur Seite. Die Anklage wird durch den ersten Staatsanwalt Dr. Jienbiel und den Staatsanwalt Keller vertreten. Wie der Vorsitzende mitteilt, wird die Verhandlung mehrere Tage in Anspruch nehmen, doch ist noch nicht vorherzusehen, wie weit sie sich ausdehnen wird. Eine große Anzahl der vorgeladenen Zeugen teilten sich beim Aufruf nicht. Der Grund ihres Ausbleibens ist sehr verschieden. Der Zeuge Dr. phil. Kornblum ist „nicht auffindbar“ gewesen, Zeuge Graf Müntzer ist auf ein Jahr nach Afrika beurlaubt, ein anderer Zeuge befindet sich in Norwegen auf der Jagd, ein dritter in Amerika, mehrere haben Krankheitsatteste eingereicht. Die Schauspielerin Lona Kuffinger hat ihr Wegbleiben damit entschuldigt, daß sie bei Nichtwahrnehmung ihrer Berufspflichten eine Konventionalstrafe von 500 M. würde zahlen müssen. Sie erklärt sich bereit, sich in Hannover vernehmen zu lassen. Ein Zeuge, Prinz Thurn und Taxis, ist vorläufig abbestellt worden, die Verteidigung erklärt jedoch, bei allem Entgegenkommen, auf die Durchlaucht nicht verzichten zu können. Als Zeugen sind u. a. auch die Kriminalkommissare v. Mantuffel und Damm zur Stelle, ferner als Sachverständige der Väterrevisor Reuter und der Taschenspieler Hermann. Von der Verteidigung war noch ein Herr v. Derge von Unionklub als Sachverständiger geladen worden, derselbe hat aber abgelehnt, als Sachverständiger zu fungieren. Rechtsanwält Dr. Schachtel giebt anheim, an seiner Stelle einen anderen Herrn zu laden, der weder Kriminalkommissar noch Taschenspieler ist. Er glaube, daß die Mitglieder des Unionklubs, die als solche ohne weiteres Gentlemen seien, zur Abgabe eines Gutachtens besonders geeignet seien. Er beantrage, den Kommissar v. Arnim als Sachverständigen zu laden. Dies wird befohlen. — Dr. Schachtel verweist darauf, daß die Verteidigung einen Wert darauf lege, daß ein Zeuge aus Frankfurt a. O. über die Arbeitsamkeit und den Reumund des Angeklagten v. Kayser vernommen werde. — Der Vorsitzende erklärt, daß der Gerichtshof durchaus nicht bezweifeln wolle, daß der Angeklagte v. Kayser existiert und fleißig gearbeitet habe. Der Vorsitzende habe sich sogar die Mühe genommen, die schriftliche Prüfungsarbeit des Herrn v. Kayser durchzusehen und habe den Eindruck gewonnen, daß es sich um eine fleißige und wertvolle Arbeit handle. — Rechtsanwält Dr. Schachtel: Nachdem dies vom Gerichtshof anerkannt ist, erbringt sich die Vorladung des Reumundzeugen; bisher waren über Herrn v. Kayser durch die Zeitungen andere Ansichten verbreitet worden.

Nachdem festgesetzt worden, welche Zeugen fehlen und welche Schritte zu thun sind, um die nicht erschienenen zur Stelle zu schaffen, werden fast sämtliche Zeugen für heute, einige sogar bis Freitag entlassen.

Vor Entlassung der Zeugen spricht der Vorsitzende die Zurechtweisung, daß sämtliche Zeugen bei Abgabe ihres Zeugnisses recht gewissenhaft verfahren werden. Sollte der eine oder der andere auch ein leidenschaftlicher Spieler sein und vielleicht das Gefühl haben, daß auch er etwas gewerbmäßig gespielt hat, so sei er berechtigt, in letzterer Beziehung die Aussage zu verweigern.

Dr. Kornblum. Rechtsanwält Dr. Schachtel giebt anheim, ob es nicht noch Mittel gebe, den Dr. phil. Kornblum als Zeugen herbeizuschaffen. Der Dr. Kornblum sei die Seele der ganzen Belastung, er habe die Zeitungsaufsätze inspiriert, er habe Herrn von Mantuffel instruiert und es würde für die Verteidigung eine wahre Freude sein, diesen Herrn persönlich zur Stelle zu haben, um von ihm zu hören, aus welchem Grunde er die Angeklagten für schuldig hält. Es wäre interessant, zu erfahren, welche Recherchen die Staatsanwaltschaft zur Ermittlung des Dr. Kornblum angestellt sind. — Oberstaatsanwalt Dr. Jienbiel: Die Staatsanwaltschaft hat alle Mittel, die ihr zu Gebote stehen, erschöpft, um den Aufenthalt des Dr. Kornblum zu ermitteln, er sei aber nicht zu ermitteln. — Dr. Schachtel: Die Verteidigung hat alle Veranlassung, anzunehmen, daß dieser Hauptbelastungszeuge sich von dem Zeugnis drücken möchte und sie hat lebhaftes Interesse daran, diesen Zeugen hier an Gerichtsstelle zu haben. Nach Zeitungsbereichten soll er sich in Brüssel befinden. — Oberstaatsanwalt Dr. Jienbiel giebt anheim, die gerichtliche Aussage des Dr. Kornblum vorzulegen. — Dr. Schachtel widerpricht diesem Vorschlage ganz entschieden.

Justizrat Dr. Sello: Bei dem erheblichen Interesse, welches die Verteidigung an der Vernehmung des Herrn Dr. Arthur Kornblum habe, erbittet sie Auskunft, welche Schritte zur Ermittlung dieses verhafteten Zeugen gethan sind. Aus den Akten wird festgesetzt, daß die verschiedensten Schritte vergeblich gethan sind; Dr. Kornblum ist „zu einer Reise nach Italien“ abgemeldet. — Rechtsanwält Dr. Schachtel macht darauf aufmerksam, daß das Zeugnis des Dr. Kornblum nicht werde vernommen werden können. Er habe dies Zeugnis seiner Zeit nicht als Zeuge, sondern noch als Angeklagter abgegeben. Das Verfahren gegen ihn sei erst später eingestellt worden. — Oberstaatsanwalt: Nach der Rechtsprechung sei dies ganz gleichgültig.

Nachdem beschlossen worden, den Versuch zu machen, einige sehr wichtige Zeugen durch Depeschen nach Italien, Montreux etc. herbeizuholen, wird in die materielle Verhandlung eingetreten. Der Anklagebeschluss sowohl als auch der Beschluß, durch welchen die Eröffnung des Verfahrens wegen Betruges abgelehnt wird, wird verlesen. Die auf das betrügerische Spiel bezüglichen Behauptungen der Anklage werden in dem gut Beschlus als unermwiesen oder auf gewagten Schlussfolgerungen beruhend widerlegt. Das Kammergericht hat die hiergegen eingelegte Beschwerde der Staatsanwaltschaft zurückgewiesen, da die Strafkammer selbst zu prüfen haben werde, ob in einheitlichem Zusammenhang mit dem gewerbmäßigen Glücksspiel etwa auch Betrug vorliege.

Der Angeklagte v. Kayser. Man kommt nunmehr zur Vernehmung der Angeklagten. Herr v. Kayser erklärt, er sei der Sohn des verstorbenen Oberst a. D. Edwin v. Kayser, seine Mutter sei mit dem Ober-Kaufmannsministerialdirektor Donner eine zweite Ehe eingegangen. Am Tage nach seiner Verhaftung sei er durch Verfügung des Bezirkskommandos zur Garde-Landwehr-Kavallerie übergeführt worden. Zwei jüngere Brüder seien Offiziere, der eine sei sehr reich verheiratet. Seine Mutter habe in den letzten Jahren etwa 70 000 M. für ihn bezahlt, darunter befinden sich im Jahre 1894 17 000 M. Spielschulden, dann sei ihm, als er als Referendar in Berlin in das große Leben eintrat, ein Kapital von 12 000 M. überwiesen, durch Vermittlung seiner Mutter sei ihm ein Legat von 4000 M. überwiesen worden, außerdem habe er durch seine Brüder und andere Personen Darlehen erhalten. Seine Mutter sei jederzeit in der Lage und bereit gewesen, Schulden in bedeutender Höhe zu bezahlen. Er habe im Jahre 1895 große Spielverluste gehabt, die teilweise auch darauf zurückzuführen seien, daß er einmal in großer Trunkenheit sich auf Spiele eingelassen habe, in die er in nächsterem Zustande nicht hinein gegangen wäre. Er sei im Winter 1894/95 nach anfänglichen Verlusten im Glück gewesen, so daß er über 80 000 M. besessen habe, die aber im nächsten Winter wieder verloren gegangen seien. Schon im Oktober 1898 habe er seiner Mutter einen großen Posten Spielschulden bezahlen müssen. Jetzt habe er 14 000 Mark Spielschulden, dagegen stehen ihm etwa 15 800 Mark von anderen Herren zu. Auf Befragen des Vorsitzenden giebt der Angeklagte zu, den Oberkellner Roy manchmal an Spielabenden ausgeborgt zu haben. Der Angeklagte meint, daß dies mit seiner Behauptung, zur Regulierung seiner Spielschulden fähig gewesen zu sein, nicht im Widerspruch stehe. Auch ein Kleiderhändler würde, wenn ihm während des Spieles einmal das Geld ausgeinge, sich Geld borgen, da er des Rechts doch nicht auf die Pant geben könne. — Vorsitz.: Sie haben aber doch manchmal recht bedenkliche Neugierigkeiten geübt, die mit Ihren jetzigen Angaben im Widerspruch stehen. So haben Sie dem Lieutenant von Reymann gezeigt: Sie sind Offizier, Sie bekommen nichts, ich bin zudem gänzlich mittellos. — Angekl.: Ich bestreite das. — Vorsitz.: Herr von Reymann hat aber die Neugierung beschworen. — Angekl. v. Kayser: Wenn ich etwas derartiges gezeigt habe, kann es nur in der Trunkenheit geschehen sein. Ich habe auch schließlich Herrn von Reymann einen Teil meiner Schulden abbezahlt, er hat also dadurch den besten Gegenbeweis von meiner Vermögenslage bekommen.

Das Zeugnis der Mutter. Der Vorsitzende läßt nun die Aussage der Mutter des Angeklagten v. Kayser, die jetzt mit dem Oberforstmeister von Donner verheiratet ist und wegen Krankheit kommissarisch vernommen worden ist, verlesen. Sie giebt an, daß sie von der Spielgesellschaft ihres Sohnes bis zu einer großen Reichte nichts gewußt habe, daß sie aber jederzeit die Spielschulden aufstandslos bezahlt habe. Ihr Sohn habe einmal 17 000 M. und einmal 4000 M. Erbschaftsbeiträge ausgezahlt erhalten, außerdem habe er jährlich 3—4000 M. Unterhalts-Gelder bekommen, auch sonst ab und zu größere Beträge; sie habe ihm kein Versprechen, nicht mehr zu spielen, abgenommen, und er habe wohl darauf rechnen können, daß sie ihm nochmals aus der Not helfen würde.

Vors.: Sie sollen ein sehr luxuriöses Leben geführt haben. Angekl. v. Kayser: Das bestreite ich ganz entschieden. Ich habe nicht übermäßig gelebt. Ich habe gearbeitet und stand vor dem Affesorenamen. In der letzten Zeit hatte ich auch viel Pech, wurde sehr von den Gläubigern getrieben und mußte immer um Stundung bitten. Große Ausgaben konnte ich nicht machen. — Vorsitz.: Nun, Sie haben doch ein Verhältnis mit einem Fräulein Frieda Vogt gehabt. Das muß Sie doch viel Geld gekostet haben. — Angekl.: Nein, Fräulein Vogt war Schauspielerin und verfügt selbst über einige Mittel. — Vorsitz.: Nun, Sie haben ihr doch kostspielige Geschenke gemacht? — Angekl.: Nein. — Vorsitz.: Sie hat doch einen Brillanten erhalten. — Angekl.: Ja, das ist richtig. — Vorsitz.: Haben Sie sie denn sonst nicht für ihre Liebesdienste entschädigt? — Angekl.: Nein. (Weiterlekt.) — Vorsitz.: Von Herrn Kröcher wird erzählt, daß er jährlich etwa 30 000 M. ausgegeben hat. Sie waren doch mit ihm befreundet und haben wohl einen ähnlichen Aufwand getrieben? — Angekl.: Nein, keineswegs. Mein Aufwand ist mit dem des Herrn v. Kröcher gar nicht zu vergleichen. Ich habe mit Frieda Vogt einen ganz bescheidenen Hausstand geführt.

Vors.: Waren Sie nicht mit v. Kröcher sehr befreundet? — Angeklagter v. Kayser: Befreundet eigentlich nicht, erst später sind wir uns näher getreten. — Vorsitz.: Es liegen aber Postkarten v. Kröchers an Sie aus Monte Carlo recht freundschaftlichen Inhalts vor. — Die Karten werden verlesen. Sie sind in sehr beschuldiger Weise gehalten. Es finden sich nur für Spieler verständliche Ausdrücke darin, auch von zarten Beziehungen des Absenders spricht der Inhalt. (Die Verlesung der Karten erregt oft die Heiterkeit auch der Gerichtsbesitzer.) Die eine Karte schließt: „Hals jetzt Schicksel von O übernommen. Hier ist jetzt alles da, unbar wird aber nicht angenommen.“

Auf Befragen erklärt der Angeklagte weiter: Er habe immer ein großes Spielinteresse gehabt, als Korpsstudent sei ihm aber das Hazardspiel verboten gewesen. Erst als er als Referendar nach Berlin kam und von seiner Mutter ihm das Kapital überwiesen worden war, sei er hier in die Spielgesellschaft geraten, die im Hotel Lauter zusammenkam. Er sei da gleich am ersten Abend von einem Grafen Platonow ganz gehörig angezogen worden; im übrigen habe er bei Lauter etwa 30 000 M. gewonnen, die er im nächsten Jahre im Victoria-Hotel auf Heller und Pfennig wieder verloren habe.

Die Gründung des Klub der Harmlosen. Im Jahre 1897 sei er selbst in Kotbus gewesen und nur ganz sporadisch einmal des Sonnabends nach Berlin gekommen. Die Gesellschaft spielte zunächst bei Hecht, welches ein widerliches, ungemühtliches Lokal war und da man gern von dem Herrn Kornblum los sein wollte, habe man es vorgezogen, die Spielabende nach dem Central-Hotel zu verlegen. Die Persönlichkeit des Wolff sei für diese Ueberiedelung gleichgültig gewesen. Es handelte sich darum, daß die Offiziere und anderen Kavaliere, die von ganz anderem Holz geschnitten waren, als der Mann mit dem großen Verlen im Hemde, sich von Kornblum zurückziehen wollten. — Präsi.: Es wird behauptet, daß Sie von Dr. Kornblum wirtschaftlich abhängig gewesen seien. — Angekl.: Das behauptet bis jetzt nur die Anklage. Der Herr Dr. Kornblum kennt, weiß, daß dies ganz unmöglich war. — Präsi.: Der Zeuge Moos hat Sie und Dr. Kornblum als „flameische Zwillinge“ bezeichnet. — Angekl.: Mit viel größerem Recht würde man behaupten können, daß die Zeugen Moos, Moers und Dr. Kornblum ein Tertzett aufgeföhrt hätten. — Präsi.: Nun lassen Sie sich einmal über den Artikel im „Tageblatt“ aus. — Angekl.: Dr. Kornblum ist eines Tages zu mir gekommen und hat allerlei Verdächtigungen über Wolff ausgeprengt. Er hat dies aber auch bezüglich anderer Personen gethan, er hat sämtliche Kempffbesitzer, die Mitglieder des Kurklubs usw., in der schamhaftesten Weise verdächtigt, ebenso seine eigene Verwandtschaft. Bezüglich des Wolff hat er mir nur gesagt, ich solle einmal auf diesen achten und mich in den Kreisen der Buchmacher nach einem Mann erkundigen, der den Spitznamen „Oberförster“ trage. Ich habe mit Herrn von Schachtmeier darüber Rücksprache genommen und wir hatten beide beschlossen, auf Wolff möglichst acht zu geben. Inzwischen erschien aber plötzlich der Artikel im „Berl. Tagbl.“ Oberstaatsanwalt Jienbiel stellt bezüglich des Angeklagten Kayser fest, daß er außer der Wohnung in der Weststraße auch die Wohnung der Frau Vogt in der Lüneburgerstraße bezahlt habe. Er rechne dem Angeklagten nach, daß er 500 M. monatliche reguläre Ausgaben hatte, die er mit regulären Einnahmen nicht decken konnte. — Angekl.: Ich habe eben Schulden gemacht, das kommt doch aber hier nicht in Betracht. — Oberstaatsanwalt: Das ist für mich aber von allergrößter Wichtigkeit, ich will eben beweisen, daß der Angeklagte erheblich über seine Verhältnisse gelebt hat. Wie groß waren Ihre Spielverluste? — Angeklagter: In der ganzen Periode 56 000 Mark. Seit der Gründung des Klubs habe ich nicht mehr wie 25 000 M. verloren. Ich hätte mich für das Geld, was mir meine Mutter gegeben hat, tausendmal besser amüsieren können, wenn ich nicht gespielt hätte. — Oberstaatsanwalt: Das mag sein. Sie sprachen nun vorher von „Dr. Kornblum und den anderen Juden“. Was meinten Sie damit? — Angekl.: Herrn Stern, Herrn Konjul Moos, Herrn Tomi, einen Herrn Reyer. — Oberstaatsanwalt: Haben Sie denn Einwendungen gegen die Ehrenhaftigkeit dieser Herren zu machen? — Angekl.: Nein, sie haben nur immer die Gelder sehr rigoros eingetriben.

Seitens des Oberstaatsanwalts wird nun dargelegt, daß die Anklagebehörde sich alle Mühe gegeben hat, des Zeugen Dr. Kornblum habhaft zu werden, leider erfolglos. Justizrat Dr. Sello stellt fest, daß hiernach Dr. Kornblum schon außerhalb Deutschlands sich befinden habe, als er noch sehr stark Angezogen war. — Rechtsanwält Dr. Schwindt behält sich die Ladung des Adjutanten des Generalkommandos des Gardecorps vor, um zu beweisen, daß sein Klient v. Kröcher J. S. freiwillig aus dem aktiven Dienst geschieden ist.

b. Kröcher. Es folgt die Vernehmung des Angeklagten v. Kröcher. Es ist der Sohn des Generalmajors v. K., war Lieutenant im II. Garde-Feldartillerie-Regiment. Mit 21 Jahren habe er aus Gesundheitsrücksichten seinen Abschied genommen und beabsichtigt, das Literaturisten-Examen zu machen und zu studieren. Diese Absicht sei durch seine schwere Erkrankung verhindert worden. Als er wieder gesund geworden, habe sein Vater, der da tougte, daß er zwar leichtsinnig war, aber einen soliden Kern besitze, ihm 10 000 M. zur Verfügung gestellt zur Beteiligung an der Holzhandlung von Otto Kleinmann. Diese 10 000 M. seien ur-eigenes Vermögen seines Vaters gewesen. Die Annahme, daß sie nicht Vermögen des Vaters, sondern seine eigenen Spielergewinne gewesen seien, erklärt der Angeklagte für absolut falsch. — Präsi.: Sie sollen beim Spiel viel gewonnen haben. — Angekl.: Meine Gelder stammten nicht vom Spiel her, sondern vorwiegend aus Renngevinnen durch mein Rennpferd „Hage-

Das Zeugnis der Mutter. Der Vorsitzende läßt nun die Aussage der Mutter des Angeklagten v. Kayser, die jetzt mit dem Oberforstmeister von Donner verheiratet ist und wegen Krankheit kommissarisch vernommen worden ist, verlesen. Sie giebt an, daß sie von der Spielgesellschaft ihres Sohnes bis zu einer großen Reichte nichts gewußt habe, daß sie aber jederzeit die Spielschulden aufstandslos bezahlt habe. Ihr Sohn habe einmal 17 000 M. und einmal 4000 M. Erbschaftsbeiträge ausgezahlt erhalten, außerdem habe er jährlich 3—4000 M. Unterhalts-Gelder bekommen, auch sonst ab und zu größere Beträge; sie habe ihm kein Versprechen, nicht mehr zu spielen, abgenommen, und er habe wohl darauf rechnen können, daß sie ihm nochmals aus der Not helfen würde.

Vors.: Sie sollen ein sehr luxuriöses Leben geführt haben. Angekl. v. Kayser: Das bestreite ich ganz entschieden. Ich habe nicht übermäßig gelebt. Ich habe gearbeitet und stand vor dem Affesorenamen. In der letzten Zeit hatte ich auch viel Pech, wurde sehr von den Gläubigern getrieben und mußte immer um Stundung bitten. Große Ausgaben konnte ich nicht machen. — Vorsitz.: Nun, Sie haben doch ein Verhältnis mit einem Fräulein Frieda Vogt gehabt. Das muß Sie doch viel Geld gekostet haben. — Angekl.: Nein, Fräulein Vogt war Schauspielerin und verfügt selbst über einige Mittel. — Vorsitz.: Nun, Sie haben ihr doch kostspielige Geschenke gemacht? — Angekl.: Nein. — Vorsitz.: Sie hat doch einen Brillanten erhalten. — Angekl.: Ja, das ist richtig. — Vorsitz.: Haben Sie sie denn sonst nicht für ihre Liebesdienste entschädigt? — Angekl.: Nein. (Weiterlekt.) — Vorsitz.: Von Herrn Kröcher wird erzählt, daß er jährlich etwa 30 000 M. ausgegeben hat. Sie waren doch mit ihm befreundet und haben wohl einen ähnlichen Aufwand getrieben? — Angekl.: Nein, keineswegs. Mein Aufwand ist mit dem des Herrn v. Kröcher gar nicht zu vergleichen. Ich habe mit Frieda Vogt einen ganz bescheidenen Hausstand geführt.

Vors.: Waren Sie nicht mit v. Kröcher sehr befreundet? — Angeklagter v. Kayser: Befreundet eigentlich nicht, erst später sind wir uns näher getreten. — Vorsitz.: Es liegen aber Postkarten v. Kröchers an Sie aus Monte Carlo recht freundschaftlichen Inhalts vor. — Die Karten werden verlesen. Sie sind in sehr beschuldiger Weise gehalten. Es finden sich nur für Spieler verständliche Ausdrücke darin, auch von zarten Beziehungen des Absenders spricht der Inhalt. (Die Verlesung der Karten erregt oft die Heiterkeit auch der Gerichtsbesitzer.) Die eine Karte schließt: „Hals jetzt Schicksel von O übernommen. Hier ist jetzt alles da, unbar wird aber nicht angenommen.“

Auf Befragen erklärt der Angeklagte weiter: Er habe immer ein großes Spielinteresse gehabt, als Korpsstudent sei ihm aber das Hazardspiel verboten gewesen. Erst als er als Referendar nach Berlin kam und von seiner Mutter ihm das Kapital überwiesen worden war, sei er hier in die Spielgesellschaft geraten, die im Hotel Lauter zusammenkam. Er sei da gleich am ersten Abend von einem Grafen Platonow ganz gehörig angezogen worden; im übrigen habe er bei Lauter etwa 30 000 M. gewonnen, die er im nächsten Jahre im Victoria-Hotel auf Heller und Pfennig wieder verloren habe.

Die Gründung des Klub der Harmlosen. Im Jahre 1897 sei er selbst in Kotbus gewesen und nur ganz sporadisch einmal des Sonnabends nach Berlin gekommen. Die Gesellschaft spielte zunächst bei Hecht, welches ein widerliches, ungemühtliches Lokal war und da man gern von dem Herrn Kornblum los sein wollte, habe man es vorgezogen, die Spielabende nach dem Central-Hotel zu verlegen. Die Persönlichkeit des Wolff sei für diese Ueberiedelung gleichgültig gewesen. Es handelte sich darum, daß die Offiziere und anderen Kavaliere, die von ganz anderem Holz geschnitten waren, als der Mann mit dem großen Verlen im Hemde, sich von Kornblum zurückziehen wollten. — Präsi.: Es wird behauptet, daß Sie von Dr. Kornblum wirtschaftlich abhängig gewesen seien. — Angekl.: Das behauptet bis jetzt nur die Anklage. Der Herr Dr. Kornblum kennt, weiß, daß dies ganz unmöglich war. — Präsi.: Der Zeuge Moos hat Sie und Dr. Kornblum als „flameische Zwillinge“ bezeichnet. — Angekl.: Mit viel größerem Recht würde man behaupten können, daß die Zeugen Moos, Moers und Dr. Kornblum ein Tertzett aufgeföhrt hätten. — Präsi.: Nun lassen Sie sich einmal über den Artikel im „Tageblatt“ aus. — Angekl.: Dr. Kornblum ist eines Tages zu mir gekommen und hat allerlei Verdächtigungen über Wolff ausgeprengt. Er hat dies aber auch bezüglich anderer Personen gethan, er hat sämtliche Kempffbesitzer, die Mitglieder des Kurklubs usw., in der schamhaftesten Weise verdächtigt, ebenso seine eigene Verwandtschaft. Bezüglich des Wolff hat er mir nur gesagt, ich solle einmal auf diesen achten und mich in den Kreisen der Buchmacher nach einem Mann erkundigen, der den Spitznamen „Oberförster“ trage. Ich habe mit Herrn von Schachtmeier darüber Rücksprache genommen und wir hatten beide beschlossen, auf Wolff möglichst acht zu geben. Inzwischen erschien aber plötzlich der Artikel im „Berl. Tagbl.“ Oberstaatsanwalt Jienbiel stellt bezüglich des Angeklagten Kayser fest, daß er außer der Wohnung in der Weststraße auch die Wohnung der Frau Vogt in der Lüneburgerstraße bezahlt habe. Er rechne dem Angeklagten nach, daß er 500 M. monatliche reguläre Ausgaben hatte, die er mit regulären Einnahmen nicht decken konnte. — Angekl.: Ich habe eben Schulden gemacht, das kommt doch aber hier nicht in Betracht. — Oberstaatsanwalt: Das ist für mich aber von allergrößter Wichtigkeit, ich will eben beweisen, daß der Angeklagte erheblich über seine Verhältnisse gelebt hat. Wie groß waren Ihre Spielverluste? — Angeklagter: In der ganzen Periode 56 000 Mark. Seit der Gründung des Klubs habe ich nicht mehr wie 25 000 M. verloren. Ich hätte mich für das Geld, was mir meine Mutter gegeben hat, tausendmal besser amüsieren können, wenn ich nicht gespielt hätte. — Oberstaatsanwalt: Das mag sein. Sie sprachen nun vorher von „Dr. Kornblum und den anderen Juden“. Was meinten Sie damit? — Angekl.: Herrn Stern, Herrn Konjul Moos, Herrn Tomi, einen Herrn Reyer. — Oberstaatsanwalt: Haben Sie denn Einwendungen gegen die Ehrenhaftigkeit dieser Herren zu machen? — Angekl.: Nein, sie haben nur immer die Gelder sehr rigoros eingetriben.

Seitens des Oberstaatsanwalts wird nun dargelegt, daß die Anklagebehörde sich alle Mühe gegeben hat, des Zeugen Dr. Kornblum habhaft zu werden, leider erfolglos. Justizrat Dr. Sello stellt fest, daß hiernach Dr. Kornblum schon außerhalb Deutschlands sich befinden habe, als er noch sehr stark Angezogen war. — Rechtsanwält Dr. Schwindt behält sich die Ladung des Adjutanten des Generalkommandos des Gardecorps vor, um zu beweisen, daß sein Klient v. Kröcher J. S. freiwillig aus dem aktiven Dienst geschieden ist.

b. Kröcher. Es folgt die Vernehmung des Angeklagten v. Kröcher. Es ist der Sohn des Generalmajors v. K., war Lieutenant im II. Garde-Feldartillerie-Regiment. Mit 21 Jahren habe er aus Gesundheitsrücksichten seinen Abschied genommen und beabsichtigt, das Literaturisten-Examen zu machen und zu studieren. Diese Absicht sei durch seine schwere Erkrankung verhindert worden. Als er wieder gesund geworden, habe sein Vater, der da tougte, daß er zwar leichtsinnig war, aber einen soliden Kern besitze, ihm 10 000 M. zur Verfügung gestellt zur Beteiligung an der Holzhandlung von Otto Kleinmann. Diese 10 000 M. seien ur-eigenes Vermögen seines Vaters gewesen. Die Annahme, daß sie nicht Vermögen des Vaters, sondern seine eigenen Spielergewinne gewesen seien, erklärt der Angeklagte für absolut falsch. — Präsi.: Sie sollen beim Spiel viel gewonnen haben. — Angekl.: Meine Gelder stammten nicht vom Spiel her, sondern vorwiegend aus Renngevinnen durch mein Rennpferd „Hage-

„Schlag“ und durch Gewinne an einer Spielbank in Romur und Monte Carlo. Am lezten Orte habe ich nachweisbar 20 000 Fr. auf einen Schlag gewonnen. Ich habe mit meinen Kumpeln — es liefen noch zwei andere Pferde unter meinem Namen — etwa 8000 M. vom Rennplatz, außerdem 10 000 M. durch Wetten und habe auch noch größere Summen am Totalisator gewonnen. — Präsi.: Sie haben ein sehr flottes Leben geführt. — Angekl.: Das ist auch sehr übertrieben. — Präsi.: Sie haben ein Taschengeld von 110 M. bezogen und sollen einen Hauskassier von jährlich 30 000 M. gehabt haben. — Angekl.: Durch die Beweisnahme wird der sogenannte „Kugus“ sehr zusammengekrummt. Mein Vater stand mir, wenn ich Geld brauchte, um Spielschulden zu begleichen, hilfreich zur Seite. — Präsi.: Sie sollen den schönsten Luxuswagen, Selbstkutschierer, in Berlin gehabt haben. — Angekl.: Das steht im „Berliner Tageblatt“, darum braucht es aber doch nicht zu gelten. Der Wagen und das Pferd, welches ich kaufte, waren leinewegs sehr teuer, ich habe sie sogar mit kleinem Nutzen wieder verkauft. — Präsi.: Sie sollen eine luxuriöse Wohnung gehabt haben. — Angekl.: So luxuriös war die Sache nicht. Die ganze Einrichtung kostete etwa 4000 M. einschließlich der perfekten Teppiche, die zu kaufen ich mich eines Tages von einem Herrn beschaffen ließ. Diese Teppiche mögen auf Herrn von Rautenstufel vielleicht einen so luxuriösen Eindruck gemacht haben. — Präsi.: Sie sollen auch kostspielige Reisen gemacht haben; nach Monte Carlo, Wiesbaden, Baden. — Angekl.: In Baden war ich nicht zu meinem Vergnügen, sondern aus Gesundheitsrücksichten. — Präsi.: Sie waren auch in Paris. — Angekl.: Ich bin nach Paris gefahren, weil ich die Absicht hatte, mich an der Ausbeutung eines Patents zu beteiligen. — Präsi.: Sie sollen einen Kammerdiener Meyer gehabt haben und diesen mit der ganzen Zulage, die Sie erhielten, bezahlt haben. — Angekl.: Für mich spielte die Zulage keine Rolle, weil ich damals große Vermögensnisse hatte. — Präsi.: Sie hatten ein Verhältnis mit der Sängerin Lona Kuffinger. — Angekl.: Jawohl, drei Wochen lang. — Präsi.: Hat Sie die denn viel geliebt? — Angekl.: Nein, nur ab und zu kleinere Geschenke. — Präsi.: Solche Damen verlangen doch viel Schmutz und Geldsachen, sonst ist es bald mit der Liebe aus. — Angekl.: Die ganze Geschichte hat ja auch nur drei Wochen gedauert. (Heiserkeit.) — Präsi.: Uebrigens sagen alle die Zeugen, die Sie kennen, daß Sie mit 20 000 M. kaum Ihren jährlichen Aufwand bestreiten konnten.

Angekl.: Diese Zeugen haben ein sehr schlechtes Urteil. Ich lebe doch mit ihnen, genau so, wie sie selber, und sie werden doch nicht behaupten wollen, daß sie auch jährlich 20 000 M. ausgeben. Nur einmal habe ich größeren Aufwand getrieben, in Monte Carlo, aber wenn man den ganzen Tag in dieser Spielhölle sitzt, weiß man abends nicht recht, was man thut.

Etwas vom Spieler Wolff.

Präsi.: Wie haben Sie nun Wolff kennen gelernt? — Angekl.: In Baden, im Hotel zum großen Monarch. Dort sah er mich Schräder. Er wurde mir als Amerikaner bezeichnet, der sehr reich sei. Da er mit Schräder verkehrte, mußte ich annehmen, daß er ein Gentleman sei. Er machte mir den Eindruck eines referierten, sehr wohl erzogenen Menschen. — Präsi.: Wolff mag sich ja etwas herausgemacht haben, ich habe ihn früher beurteilt und kenne ihn ganz genau, aber er macht doch einen recht bedenklichen Eindruck gleich auf den ersten Blick. — Angekl.: Auf mich machte er auch nicht den Eindruck der Talmis-Eleganz. Mir war Wolff viel sympathischer als Kornblum und viele andere Spieler. — Präsi.: Hat sich Wolff sehr an Sie herangedrängt? — Angekl.: Nein, im Gegenteil, er verhielt sich sehr zurückhaltend; ich habe ihn zum Spielen animieren müssen. Aber ich will für mich auch keine große Erfahrung in Anspruch nehmen. Ich war damals kaum 20 Jahre alt. — Präsi.: In Baden spielten Sie nach kurzer Zeit Baccarat. — Angekl.: Ja, es entwickelte sich bald ein kleines Jeu mit einem Herrn Bancart, der absolut keine Mittel hatte. Dieser spielte gleich wie ein Wahnsinniger darauf los und verlor wieder 20 000 M. an Wolff, der an mich 10 000 M. verlor und mich an Bancart verlor. — Präsi.: Es ist doch auffällig, daß Sie sich von dem kapitalkräftigen Wolff an Bancart verweisen lassen. — Angekl.: Das entsprach gewissen Plänen, die bei solchen Regulierungen zwischen uns lagerten. — Präsi.: Von Herrn Bancart ist dann einmal ein Brief geschrieben worden, der manche bedenkliche Stellen für Sie enthält. — Angekl.: Der Brief ist zu einer Zeit geschrieben worden, als die ganz falschen Artikel im „Berliner Tageblatt“ erschienen waren. Ich hielt den Brief für eine kleine Exprossion und habe ihn selbst dem Herrn v. Mantuffel überantwortet, obgleich dieser sich alle mögliche Mühe gab, alles mögliche Belästigende gegen uns zusammenzutragen. Ich habe Herrn Bancart auf diesen Brief energisch geantwortet und von ihm einen Entschuldigungsbrief erhalten. — Präsi.: Nun war der Angeklagte Herr v. Schachmeyer auch in Baden anwesend und hat auch mitgespielt? — Angekl.: Herr v. Schachmeyer kannte ich damals noch nicht näher, er trat damals mir gegenüber noch mit der Zurückhaltung auf, die ein Unteroffizier der Reserve seinem ehemaligen Offizier gegenüber hat. Wir waren weit entfernt davon, etwa eine ganze Halbspielerbande gebildet zu haben. — Präsi.: Auffallend ist es, daß Sie, als Sie später in Wiesbaden eintrafen, dort auch wieder den Herrn Wolff antrafen und dort im Hotel Kaiserhof sofort wieder spielten und auch noch Herrn v. Schachmeyer telegraphisch nach Wiesbaden citierten. — Angekl.: Das ist ein unglücklicher Zufall; Herr Wolff, ein älterer Herr, war in Wiesbaden, um Moorbäder zu nehmen. Ich langweilte mich in Wiesbaden und da ich gern ein Jeu mache, so telegraphierte ich an Schachmeyer. — Präsi.: Eine der Depeschen, die Sie an v. Schachmeyer richteten, soll den Inhalt gehabt haben: „Anschuß in Sicht.“ — Angekl.: Eine solche Depesche existiert nicht. Sie existiert nur in der Phantasie des „Berl. Tageblattes“ und des Herrn Kornblum, die die verlogenen Artikel veröffentlicht haben. — Präsi.: Angeklagter, hüten Sie sich, daß Sie sich nicht noch eine Verleumdungsfrage zwischen Sie wissen doch, was es heißt, wenn man jemand der Lüge zeugt. Sagen Sie lieber „Unwahrheit.“ — Angekl.: Ich weiß den Unterschied sehr genau und werde dabei, daß es sich um total erlogene Geschichten handelt, um bewusste Unwahrheiten. — Präsi.: Ich kann Ihnen nur den Rat geben, sich zu möglichen. Sie haben, was ja auch auffällig ist, in Wiesbaden dem Stud. v. Schräder, der gar nicht Geld zum Spielen bei sich hatte, sofort 1500 M. verschossen, die sie ihm sofort wieder abnahmen. — Angekl.: Das ist doch nichts Auffälliges, daß man einem Spieler, der sein Geld bei sich hat, ausbittelt. — Auf weitere Fragen des Vorsitzenden erklärt der Angeklagte, daß er allerdings gar keinen Anstand genommen habe, den alten Wolff, den er hier in Berlin traf und den er als einen guten „Spieler“, d. h. Spieler, kannte, bei Decht und bei Albrecht einzuführen. Der alte Herr sei durchaus anständig aufgetreten, habe sich immer nett gezeigt und sei nicht verdächtig gewesen. Er bestreite aber entschieden die Behauptung, daß er mit Herrn v. Kaiser und Herrn Wolff immer zusammengehört habe. Wenn das Dienstmädchen des Angekl. v. Schachmeyer andere Behauptungen aufstellen wollte, so erkläre sich dies dadurch, daß sie drei natürlich nach dem Erscheinen des Artikels im „Tageblatt“ darüber berichtet, was dagegen zu thun sei. — Auf eine ganze Reihe von Kreuz- und Querfragen des Oberstaatsanwalts erklärt Angeklagter v. Schräder, daß er früher als sehr solide und sparsam gegolten habe; erst als er die großen Vermögensnisse gemacht, habe er sich natürlich nicht besonnen, das viele Geld auch auszugeben. Die Behauptung, daß er etwa 200 000 M. im Spiel gewonnen habe, sei absolut aus der Luft gegriffen. Nach allem Hin und Her, nach Abwägung seiner Spielgewinne und Verluste habe er im Laufe der Jahre höchstens ein Plus von 10 000 M. gehabt.

Der Angeklagte v. Schachmeyer,

der alsdann vernommen wird, sagt aus, daß er der Sohn eines Wissenschaftlers sei, der kein Vermögen gehabt habe. Ihm ist im Jahre 1893 ein Legat von 30 000 M. zugefallen. Schon als er Lehrling in einem Bankgeschäft war, habe er mit großem Glück an der Börse spekuliert. Er hat sich an einem Bankgeschäft als stiller Socius mit 18 000 M. beteiligt. Herrn v. Schräder kenne er aus seiner Dienstzeit her. Er bestreite, übermäßigen Aufwand getrieben zu haben; seine sogenannte luxuriöse

Einrichtung sei von Markiewicz auf Abzahlung entnommen und erst zum kleineren Teil bezahlt. Wenn er die Balance seiner fünfzehnjährigen Spielthätigkeit ziehe, so ergebe sich ihm ein Plus von vielleicht 15 000 Mark. Anfänglich habe er mit Unglück, später mit viel Glück gespielt. In Baden habe er Herrn von Kröcher, den er damals mit einer gewissen ehrfurchtsvollen Hochachtung, wie sie einem militärischen Vorgesetzten zukommt, behandelt, getroffen und mit ihm, Herrn Wolff, dem er sich vorstellte, und Bancart zum erstenmale in seinem Leben Baccarat gespielt. Er habe Wolff durchaus für einen Gentleman gehalten wie alle übrigen, die mit diesem zu thun hatten. Die Behauptung, daß v. Kröcher ihm von Wiesbaden telegraphiert habe „Anschuß in Sicht“, sei pure Erfindung. In Baden habe er selbst 400 M. verloren. Er sei dann in die Spielkreise hineingeraten, habe aber immer in beschriebenen Grenzen gespielt. Was Herrn Wolff betrifft, so seien auch nach dem Artikel des „Berl. Tageblatt“ fast alle beteiligten Personen der Ansicht gewesen, daß dieser unmöglich der vom Tageblatt gemeinte „Schwindler“ und „Gammer“ sein könne.

Im Klub der Harmlosen.

Präsi.: Nun, Angekl. v. Kaiser, sagen Sie uns einmal, welches der Grund zur Begründung des Klubs der Harmlosen gewesen ist? — Angekl.: Der Hauptgrund war, daß die besten Elemente der Spielgesellschaft nicht mehr mit Herrn Dr. Kornblum bei Decht zusammenstießen wollten. Von Herrn Kornblum seien so widerwärtige, ekelhafte Geschichten erzählt worden, daß niemand mit ihm mehr zu thun haben und am wenigsten sich von ihm terrorisieren lassen wollte. Mit Herrn Wolff sei er leinewegs in andere Verhältnisse gekommen, wie die übrigen Spieler, er sei ihm im Rausch einmal vorgestellt worden, habe aber außerhalb des Spielzimmers niemals mit ihm verkehrt. Eine besondere Formalität habe bei der Begründung des neuen Klubs nicht stattgefunden. Die Statuten, die er gewissermaßen aus Spielerei angefertigt hatte, seien niemals praktisch in Anwendung gekommen. In allen Spielkreisen sei es Mode, daß jeder Teilnehmer etwas in die „Kasse“ zahlen müsse. So sei es auch bei diesem Klub gewesen. Wer 100 M. Eintritt bezahlt hatte, mußte bei Beginn der Spielabende 10 M. in die Kasse zahlen, wer seinen Eintritt bezahlt hatte, 20 M., doch durfte dies nur zweimal geschehen. — Präsi.: Sie sollen nun aber dem Wolff besonders Erleichterungen gewährt und ihn ohne Bezahlung des Eintrittsgeldes zugelassen haben. — Angekl. v. Kaiser bestritt dies. — Angekl. v. Kröcher: Herr Wolff hatte beim Eröffnungsspieler die Bank gehalten und die Hälfte des Ertrages übernommen. — Präsi.: Das ist doch gerade auffallend. — Angekl. v. Kaiser: Niemand der Beteiligten, selbst nicht Herr v. Gall, der der eigentliche Spieler in ganz Europa ist, hat dies auffallend gefunden, nur dem Kriminalkommissarius v. Mantuffel war dies vorbehalten. Im übrigen war damals Graf Königsmark der Träger des Klubs. — Präsi.: Was wurde denn nun aus der Kasse bezahlt? — Angekl.: Wir hatten doch alleabendlich sehr große Ausgaben an Karten und sonstigen Spielen, Sekt, Rotwein, Selterwasser etc. — Angekl. v. Kröcher: Es wurden doch abends immer an die zwanzig Flaschen Sekt getrunken. — v. Kaiser (unterbrechend): Oh, viel mehr; Herr Baron Neum trank allein fünf Flaschen für seine Person. — Im weiteren Verlaufe seiner Anklage behauptet v. Kaiser, daß es nicht wahr sei, wenn die Anklage es so darstelle, als ob die Herren Graf Königsmark, Graf Gallostein und v. Kuserow gleich nach dem Eröffnungsspieler aus dem Klub wieder ausgeschieden seien. Graf Gallostein sei der Kassierer des Klubs gewesen und da sich bezüglich einer Summe von 4000 M. Unregelmäßigkeiten ergeben hätten, sei ihm gefügt worden, daß er sich dem Klub fern halten solle. Sämtliche Angeklagten bestritten — entgegen der Anklage — daß sie als Bankhalter fast wie die Karten anders, als „vom Tisch“ gezogen haben. Der Klub soll auf Antrag des Rechtsanwalts Pinkus vom jetzigen Pächter des Winternahotels eingefordert werden. — Des weitern behaupten die Angeklagten übereinstimmend, daß die ganze Art der Einladungen zum Klub (zu 500 Personen) auf den Grafen Königsmark zurückzuführen sei. — Präsi.: Auffallend ist es, daß die von den Spielern Karten in Frankfurt bestellt wurden, und zwar auf Namen Wolffs. — Angekl. v. Kröcher: Das hat sich in absolut unverdächtig Weise abgespielt; auch die Karten waren ganz unverdächtig. Freilich, nach den Theorien, die Herr v. Mantuffel verteilt, müßte jede Karte eine Baucenfängerkarte sein.

Die Sitzung wird hierauf um 4 1/2 Uhr auf Dienstagvormittag 9 Uhr vertagt.

lokales.

Den Parteigenossen und Genossinnen des zweiten Wahlkreises die Mitteilung, daß am heutigen Dienstagabend 7 Uhr eine Flugblattverteilung stattfindet. Alle, die gewillt sind, mit zu helfen, werden ersucht, sich in folgenden Lokalen einzufinden: Singer, Schützenstr. 18/19; Söh, Marktgrabenstr. 102; Boigt, Königgrätzerstr. 59; Siebert, Großbeerenstr. 54; Falser, Ballaststr. 16; Werner, Dölowstr. 59.

Die Parteigenossen des fünften Berliner Wahlkreises werden darauf aufmerksam gemacht, daß heute, Dienstagabend, eine Flugblattverteilung zur Stadivordnenwahl stattfindet. Die Parteigenossen mögen sich bei Wittschow, Kleins Hamburgerstr. 26/27, und Willner, Winöstr. 59, einfinden.

Achtung, sechster Wahlkreis! Genossen und Genossinnen, welche bereit sind, sich an der am Dienstag stattfindenden Flugblattverteilung zu beteiligen, werden gebeten, sich abends 8 Uhr am Dienstag in folgenden Lokalen einzufinden: Joh. Farr, Butlystr. 10; J. Krause, Müllerstr. 7; W. Weinmann, Prinzenallee 21; Rüdiger, Uebomstr. 23; Augustin, Kastanien-Allee 11; Hoppe, Adlerstr. 145. Um zahlreiche Beteiligung ersucht. Das Wahl-Komitee.

Der Prozeß gegen die „Harmlosen“

hat am Montag in Mainz begonnen und gleich zu recht interessanten Einblenden in die hochkaristische Berliner Spielerszene geführt. Freilich als „Harmlose“ haben sich die drei jungen Herren, die diesmal die Anklagebank zierten, leinewegs erweisen, sondern als recht gewandte Vertreter der Spielkunst, denen wohl nur schwer ein Verzug beim Spiele wird nachzuweisen sein.

Wohl kann niemals ist bei einer Prozeßverhandlung in einem so noblen Milieu förmlich erwartet worden, wie diesmal beim „Harmlosen“-Prozeß. Schon auf der Anklagebank war ja ausschließlich der Adel vertreten. Und als sich die Angeklagten zur ersten Musterung der so zahlreichen Zeugenhaft öffneten, da waren es Leute, die gewöhnlich zu den Edelsten und Besten der Nation zählen, die herrinströmten und den großen Schwurgerichtssaal sporentierend erfüllten. Ein großer Teil der Zeugen waren adlige Offiziere der Garde-Regimenter, und auch die Herren vom Civil, aber vom elegantesten Civil, waren fast ausnahmslos von blauestem Geblüt, im Besitz unzähliger Ähnen und tadelloser Halb-Schmurrbärte, Putzflamer, Pfaffen, Throta, Thun und Lapis, Hedley-Trüpfel, Meiß, Kardorf, Gallostein, Königsmark, Prünzen, Grafen, Freiherren und andere edelste Namen und Präbiate flogen nur so in der Luft herum. Auch Herr Dr. Pelpshor vom „Kleinen Journal“ war dabei. Denn; nennt man die besten Namen, dann — muß auch der seine genannt werden.

Das besonders Interesse forderten natürlich die drei Angeklagten heraus. Es sind schneidige Gentlemen, die sich in der Unterfunkthauschaft sehr gut konzentriert haben und mit vollendeter Eleganz und dem modernsten Tragen auf der ominösen Anklagebank des Schwurgerichtssaales erschienen. v. Kaiser und v. Kröcher haben sich auf einem Hofball kennen gelernt und dann gemeinsam dem Jeu geschuldet. Wenn wir diese jungen Herren, von denen noch keiner einen Verurteilten erreicht hat, mit un-

summen Herantreten sehen, wenn sie kaltsüßig erzählen, wie sie in ein Spielmach 20 000 M. gewonnen oder verloren haben, wenn sie von ihren Waitressen erzählen, die sie sich sämtlich leisteten. Das sind auch Kräfte, die berufen sind, den Kampf für Religion, Ordnung und Sitze zu führen!

Durch außerordentliche Sicherheit, fast möchte man sagen sogar Gewandtheit, zeichnet sich namentlich der erst 28 jährige Herr v. Kröcher, Sohn eines preußischen Generals, aus. Ihm imponiert der Gerichtshof offenbar in keiner Weise. Auf alle Fragen giebt er lächelnd Bescheid und weiß es immer so darzustellen, daß man in ihnen nicht gewerbsmäßige Glückspieler, sondern reiche Jungen zu sehen habe, die sich beim Jeu amüsierten. Die in Aussicht stehende Zeugenvernehmung muß es zeigen, ob sie nicht doch etwas mehr gewesen sind. Unvergleichlich war es, als der junge Kröcher die „Erleichterung“ seines Vaters schilderte, die dieser empfand, als er bei einer Spielschuldenbereinigung von seinem Sohn erfahren habe, daß die Schuld „nur“ 5000 M. betrug.

Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Denso, läßt den Angeklagten recht weiten Spielraum und zeigt sich überhaupt als ein ganz jovialer Herr, mit dem sich als Angeklagter recht gut auskommen läßt.

Am Dienstag sollen Ermittlungen über die benutzten Karten angefleht werden und ferner darüber, in welcher Weise sich betrügerische Manipulationen damit vornehmen lassen.

Der bevorzugteste „Heiratsmarkt“ ist der Oktober, wenigstens in Berlin. Er weist hier stets die meisten Eheschließungen unter allen Monaten des Jahres auf, z. B. im Jahre 1898 8168, also beinahe ein Sechstel der 19 580 Eheschließungen des ganzen Jahres. Die nächsthöchste Zahl hat regelmäßig der April, z. B. im Jahre 1898 2728 Eheschließungen. Die Bevorzugung dieser beiden Monate durch die Heiratswünscher ist zweifellos darauf zurückzuführen, daß in Berlin die Wohnungen vorwiegend zum 1. April und zum 1. Oktober vermietet werden. Sie ist im Laufe der Zeit immer deutlicher und stärker hervorgetreten. Noch vor zwei Jahrzehnten verteilten sich in Berlin die Eheschließungen viel weniger ungleichmäßig als heute über das ganze Jahr, wenigstens auch damals schon der Oktober und der April sich vor den anderen Monaten auszeichneten. Den Standesbeamten erwachsen daraus, daß sich die Eheschließungen in diesen beiden Monaten so außerordentlich drängen, mancherlei Schwierigkeiten und Verlegenheiten. Es ist ihnen da recht oft nicht möglich, die Wünsche der Heiratskandidaten und Heiratskandidatinnen zu erfüllen. Am stärksten ist der Andrang in der Regel in der ersten und meist auch noch in der zweiten Woche des Oktober, am allerstärksten an dem Sonnabend der ersten Woche. Im Jahre 1898 wurden in der ersten Oktoberwoche 800 Ehen geschlossen, davon allein 173 am Sonnabend, mehr als an irgend einem andern Tage des Jahres.

Zwei Gaderexplosionen sind zu verzeichnen. In dem Hause Mittelstr. 32, Ecke Schadowstraße, ist die Gasleitung neu gelegt. Montag früh von 6 Uhr an machte sich im vierten Stock des Vorderhauses ein Hörgeruch bemerkbar, der immer stärker wurde und die Bewohner dermaßen ängstigte, daß sie sofort alle Fenster und Thüren öffneten und einen Woten nach der Gasanstalt schickten, um die Leitung untersuchen zu lassen. Bevor der Wote zurückkehrte, war die junge Frau des Schneidemeisters Böt in der dunkeln Küche beschäftigt und zündete, um besser sehen zu können, ein Streichholz an. Im selben Augenblick erfolgte eine starke Detonation und eine große Stichflamme fuhr den ganzen Korridor entlang durch ein offenstehendes Zimmer zum Fenster hinaus. Frau Böt war von den Flammen erfaßt und stürzte, um Hilfe rufend, nach einem Arbeitszimmer, in dem Mädchen mit Schneidern beschäftigt war. Ihre mit anwesende jüngere Schwester rief sie zu Boden, warf sich über sie und erstickte dadurch die Flammen. Doch ist die Kernste im Gesicht und an den Händen über verbrannt. — Die zweite Explosion erfolgte Sonnabendabend 10 1/2 Uhr Schillingstr. 28. Hier war der Gasarm der Hängelampe defekt geworden und das sich entzündende Gas setzte Werten in Flammen, die jedoch abgelöscht werden konnten, bevor erheblicher Schaden verursacht wurde.

Zum Morde in der Wilhelmstraße. Vierzehn Tage sind nunmehr seit der Ermordung des Bildhauers Valentini verflissen und noch fehlt jede Spur der Mörder. Die von einigen Blättern gebrachte Nachricht, daß die Mörder in Breslau ergreifen seien, hat sich als unrichtig erwiesen. Ein Telegramm von dort meldet: Sonnabendabend wurden hier zwei Personen mit Namen Christoph Hein und Friedrich Wähnel verhaftet; das Gerücht, dieselben seien die Mörder des Berliner Bildhauers Valentini, wird vom hiesigen Polizeipräsidenten als unrichtig bezeichnet. Es handele sich vielmehr um zwei Hochstapler, welche in Dognau gefangen und hier verhaftet wurden. Dieselben suchten unter der Angabe, Mitglieder einer verbotenen Sängergesellschaft zu sein, in Musikerkreisen Geld zu erlangen.

Der jugendliche Mordgeselle Wegner hat bei einem neuerlichen Verhör vor dem Untersuchungsrichter nunmehr endlich zugestanden, daß er den Mordverbrech allein verübt und weder einen Mitschuldigen noch einen Mitwisser bei dem Verbrechen gehabt hat. Ebenfalls wenig vermochte er seine Behauptung aufrecht zu erhalten, daß er seinem Freunde Ernst Stoppel 20 M. Schweigegelde gegeben; Wegner hat den St., dessen Aufenthaltstort ihm gar nicht bekannt ist, schon seit längerer Zeit nicht mehr gesehen. — Der Zustand der armen Frau Kops ist erfreulicherweise durchaus befriedigend. Der Schädelknochen ist unverletzt und auch die Stichwunden sind an und für sich ungeschädlich.

Wegen versuchten Gatten- und Kindesmordes ist der 32 Jahre alte, aus Clay gestammte Kaufmann und Drogist Friedrich Ruobel aus der Friedenstraße 104 verhaftet worden. Anobel, der seit einer Reihe von Jahren in der Drogenhandlung in der Neuen Friedrichstraße angestellt ist, heiratete vor vier Jahren ein fränkisches Mädchen aus Berlin und lebte mit ihr bis vor einem halben Jahre aneinander in der glücklichsten Ehe, aus der ein jetzt 3 Jahre altes Töchterchen hervorging. Die Mutter der Frau wohnte bis vor kurzem bei dem Ehepaar. Vor etwa einem halben Jahre fiel es Frau Anobel auf, daß ihr Mann, entgegen seiner bisherigen Pflanzigkeit, öfter erst spät abends nach Hause kam. Sie schöpfe Verdacht, daß er ihr untreu geworden sei, und beschloß eines Tages, ihn mit ihrer Mutter abends vom Geschäft abzuholen. Auf dem Wege dorthin begegnete die beiden Frauen dem Manne. Der eine junge Dame am Arme führte. Von Frau und Schwiegermutter zur Rede gestellt, erklärte Anobel, sein Verhältnis zu dem Mädchen sei durchaus harmlos. Jedoch wurden die Beziehungen zwischen dem Ehepaar immer schlechter. Vor 6 Wochen erkrankte Frau Anobel eines Morgens, nachdem sie Kalas getrunken hatte. Sie ging zu einem Arzte, und dieser stellte eine Vergiftung fest. Auch das Kind, das nur eine Kleinigkeit von dem Kalas genossen hatte, erkrankte. Obwohl sie keine Beweise dafür hatte, sagte die Frau doch ihrem Manne auf den Kopf zu, daß er das Gift in den Kalas gemischt habe, um sie und das Kind langsam zu töten. Anobel wies das zurück und beschuldigte seine Schwiegermutter, die es darauf abgesehen habe, ihn zu verderben. Zu einer Anzeige kam es nicht. Die Schwiegermutter zog zu einer anderen Tochter nach Landberg, und seitdem war Anobel gegen seine Frau äußerst lebensunfähig. Wiederholt machte er ihr morgens, bevor er ins Geschäft ging, den Kalas zurecht. So auch am Mittwoch voriger Woche. Als die Frau dann nach seinem Weggange den Kalas trinken wollte, fand sie eine kleine Dose dazuliegen, die ihrer Behauptung nach ihr Mann vergessen hatte. Sie kostete von dem Pulver, von dem die Dose nur wenig enthielt, und bekam nun ein heftiges Erbrechen. Ihre Zunge schwoh an und wurde steif. In ihrer Angst ließ die Frau wieder zu einem Arzte, der eine Strömungsvergiftung feststellte und mit Erfolg Gegenmittel anwandte. Als ihr Mann mittags nach Hause kam, beschuldigte Frau Anobel ihn wieder des Giftmordes.

versucht. Sie teilte die Vorfälle ihrem in Friedrichshagen lebenden Bruder mit, und dieser brachte sie zur Kenntnis der Kriminalpolizei. Diese beschlagnahmte in der Wohnung ein Glaschen mit Gift, die Dose mit dem Rest des Strömings und vergiftete Preiselbeeren und verpackte Knobel aus dem Geschäft heraus. Bei seiner Vernehmung konnte Knobel gestern die zweimalige Erkrankung seiner Frau durch Gift nicht leugnen. Er bestritt aber jede Schuld und beichtigte wiederum seine Schwiegermutter. Er wurde jedoch in Haft gehalten und in das Untersuchungsgefängnis abgeführt.

Ueber das erste Verhör des Raubmörders Gocuzi und seiner Ehefrau in Rio de Janeiro wird von dort telegraphisch gemeldet. Gocuzi habe bei seiner Vernehmung am Sonnabend angegeben, daß er bei der Steinbruchbesitzerin Frau Schulze in Berlin angeheiratet gewesen sei. Er habe mit seiner Ehefrau Berlin aber nur Schulden halber heimlich verlassen. Als er von Berlin abreiste, lebten die Schuldschulden Frau, Mutter und Tochter, noch; den an beiden verübten Mord habe er erst bei seiner Verhaftung erfahren. Er mache darauf aufmerksam, daß Frau Schulze Maria Schulze einen Geliebten, den Weinhändler Leo L. in Berlin, besessen und diesen andauernd unterstützt habe. Er selbst habe ihm über Beiträge bis 8000 M. in ihrem Auftrag überbracht. Als er von Schulze fortgegangen sei, habe er Gehalt von den Frauen zu verlangen gehabt. Er habe 900 M. Vermögen besessen, wäre jedoch einen gleich hohen Betrag seinem Freunde Woppel schuldig gewesen, der ihn so hart bedrückt habe, daß er schließlich die Flucht ergriff. Er habe sich zunächst arbeitend nach Brüssel und von dort nach Amerika gewandt. Die Ehefrau erklärt: Sie habe die Flucht nicht angetan; aber schließlich sei sie unverstanden gewesen, daß man wegen der Schulden Berlin verlassen. Bei der Abreise hatte ihr Vater 2000 M. Schulden. Den Mord habe sie in Brüssel erst in der Zeitung gelesen. In der Furcht, in falschen Verdacht geraten zu sein und deshalb verfolgt zu werden, hätten sie beide einen anderen Namen angenommen.

Die Aussagen der beiden Inhaftierten weisen demnach bezüglich ihrer Kenntnis über den Tod der Ermordeten einen krassen Widerspruch auf. Das verhaftete Ehepaar wird gegen Weihnacht hier erwartet.

Die **Parteilagsliste 1704** vom 4. Wahlkreis, Ostern, ist vorliegen gegangen. Es sind etwa 2,50 M. darauf gezeichnet. Wo die Liste vorgezeigt wird, wollen man sie anhalten und dafür sorgen, daß sie bei Franz Tielke, Restaurateur, Pflanzstr. 56, abgeliefert werde.

Vor mehreren Wochen ging eine Notiz durch die hiesigen Blätter, laut welcher gegen den Herausgeber der Zeitschrift: „Das gute Herz“, Herrn B., eine Annoncen-Acquisitorin wegen unsittlichen Antrags Anzeige erstattete. Die eingeleiteten Recherchen erwiesen aber, daß die Anzeige jeder Grundlage entbehrte. Die Akquisitorin selbst zog die Strafanzeige zurück und mußte auch noch die gesamten Prozesskosten tragen.

Der Dampfmaschinenverkehr zwischen Kollendorferplatz, Galessee, Hubertus und Hundehöhe ist eingegangen. Am Sonntag fuhren dort zum erstenmal die durch Oberleitung getriebenen elektrischen Straßenbahnwagen der westlichen Vorortbahn.

Selbstmorde. Heute nachts gegen 2 Uhr brachte sich der Student der Medizin, Benjamin B., in seiner Wohnung in der Auguststraße mit einem Rasiermesser eine ungefährliche Wunde am Hals bei. — In der Wohnung eines Zahnarztes in der Friedrichstraße wurde der 29 Jahre alte Zahntechniker G., der erst vor einigen Tagen dort aus Mitleid aufgenommen worden war, tot aufgefunden. G. soll stark an Morphiumsucht gelitten haben und scheint durch eine zu starke Dosis dieses Giftes um das Leben gekommen zu sein. — In einem Hotel unter den Linden wurde ein etwa 28 Jahre alter Mann, der unter dem Namen Franz Reden aus Köln dort abgestiegen war, mit einer Schußwunde in der Brust tot aufgefunden. Zurückgelassene Briefschaften zufolge handelt es sich anscheinend um den Sohn eines Rentiers P. aus Arafeld.

Metropol-Theater. Mit der Kopie einer einmal erfolgreich gezeigten Idee ist es so eine eigene Sache. Die Wiederholung wirkt, auch wenn sie an sich passabel ist, selten erfrischend und leidet immer unter der Erinnerung an die Ursprünglichkeit des Originals. So ging es auch der neuen „Revue“ des Metropol-Theaters „Kun und um Berlin“. Ihr Verfasser, Herr Julius Freund, hatte viel Fleiß auf die Nachfolgende von „Berlin lacht“ verwendet und war im ersten Anlauf sogar mit einem drohenden Scheitern gekommen. In der mit Tinseltangeln reich gesegneten Wasserstraße finden sich die Direktoren der hauptsächlichsten Theater von Brahm bis Samst zu einer Versammlung zusammen. Sie wollen über einen Gewaltstreik beraten, durch den der immer gefährlicher werdenden Konkurrenz der Varietés ein Ende gemacht werden soll. In förmlicher Versammlung stellt Herr Robert Guther hierbei den Verfasser des „Weihen Röhl“ und seine kleinen Absonderlichkeiten dar. Da tritt die zehnte Waise in ihrer ruppigen Gestalt als Strahlenfängerin auf den Plan und bedeutet den hochmütigen Herren, daß sie durch ihre Verdüsterung selber die Schuld tragen, wenn das Publikum sich dem Varietés zuwendet. Direktor Schulz entsetzt das Talent der von Fried mit entzückender Frische dargestellten Dürne und macht sie auf seiner Bühne salonfähig. Auf dem Gipfel der Verühmtheit langweilt die Holde sich aber an der Trivialität ihrer Koupelwerke. Da stellt ihr treuer Freund, der Gelegenheitsdichter Brömsel, zur rechten Zeit sich ein und lehrt sie, ihre Kunst mit Geschick einzusetzen. „Greift nur hinein ins volle Menschenleben und wo ihr paßt, da ist es ein Koupel.“ Nun folgen durch einander in Sang und Tanz Darstellungen aller möglichen Dinge. Die Sonntagsgesunden des Berliner, die Friedendkonferenz, ostelbische Schweinepaläste und ostelbische Arbeitersäle, ein Ehe-Automat, Herr v. Stumm, die lex Heintze, die Ledas Schwan der Hals umdreht und den Huppen der Schloßbrücke Kösen anzieht, das letzte Droschkenpferd, die Amorsale, der vergessene Briefkasten, tollende Kavariere, welche von Plaque bis zum Plagen vollgestopft werden, ein gewaltiger Landrat und noch ein Duzend anderer Erscheinungen des Kogel lösen einander im tollen Wirbel ab, bis der Verfasser, seinen ursprünglichen Plan vollständig vergessend, in einem glühenden Auslassungsablatz die Secession verberichtet und über den gekräuselten bunten Fittler den Vorhang fallen läßt. Schade, daß sich auch diesmal der blöden Schaulust zu Vieles ein lächerlicher Gedanke völlig verflüchtigen mußte. Dies zum Uebermaß bunte Ende der Revue trug nicht zum wenigsten dazu bei, daß das Publikum ermüdet und sich resigniert an den Altas bekannten Gemeinplatz erinnerte. Herr Eindehoffer hatte das tolle Zeug in Ruß gefügt. Seine Arbeit machte sich, auch wo fremde Ideen in ihr verflochten waren, läßlich, betraute zu hübsch für eine Handlung, deren Durcheinander dem Zuschauer kaum Zeit läßt, auf das Orchester zu achten.

Sport. Das Hundertkilometer-Fahren auf der Nordrembadauslaufstrecke endete am Sonntag mit einem glatten Siege des Engländers Chase, der so flug war, sich zu Anfang des Rennens zu schonen. Dem Hundertkilometer-Fahren waren zwei Räderkonturrennen vorausgegangen. Vorher gewann das Främlingfahren und im Handicap mußte Schmidt seine reichliche Vorgabe mit bestem Resultat aus.

Rieberab-Prämienfahren. 50, 30, 20 M. und Führungsprämien. 3000 Meter. 1. Parly-Bandon, 4:11:3. 2. Siebenmann-Berlin. 3. v. d. Lign-Amsterdam. Prämien erhielten: Peter, Dahl, Albrecht, Siebenmann (2). Sehr leicht gewonnen.

Rieberab-Vorgabefahren. 100, 60, 30 M. 1000 Meter. 1. R. Schmidt-Remindorf (120 Meter). 2:7:2. 2. Albrecht-Hannover, 3. Siebenmann. Siegte mit großem Vorsprung.

Rieberab-Weitersfahrt von Europa über 100 Kilometer. Goldens Medaille und 1000, 500, 250, 100 M. 1. K. H. Galessee-London, 1 Stunde 55 Minuten 2/3 Sekunden. 2. Walters-London, 470 Meter zurück. 3. Vouhour-Paris, 500 Meter zurück. 4. Hohl-Ränken, 11 Runden zurück.

Das **Rehrprogramm der Volks-Hochschule Humboldt-Adademie** für das am 12. Oktober beginnende Herbst-Quartal ist soeben erschienen. Es

enthält auf 32 Seiten die ausführlichen Anzeigen von 85 populär-wissenschaftlichen Vorträgen und Unterrichtsstunden aus allen Wissensgebieten, welche in den Lehrplänen NW, W, II und C. (Sophienstraße, Beinhofstraße 16/17, letztere neu errichtet) von 44 Dozenten vor Herrn und Damen abgehalten werden. Im letzten Studienjahr wurden in den fünf Lehrplänen Berlin (für die Lehrpläne S. und NO. erscheinen demnächst Sonderprogramme) zusammen 241 Vorträge gehalten und Unterrichtsstunden von 7388 stündigen Hören bezeugt, ein Zuwachs von 35 Stellen und 1500 Hören gegen das Jahr 1897/98, und die höchste Frequenz, die von einer deutschen Volkshochschule jemals erreicht ist. Die neuen Programme mit allem Näheren über Ort, Zeit, Preisen und sonstigen Bedingungen sind für 10 Pf. käuflich in einer größeren Zahl bekannter Buchhandlungen, im „Anwaltsbüro“ und in den Bureaus der Akademien, den Buchhandlungen von Sturz, Unter den Linden 61 (nicht mehr Stosch), G. Haase, Potsdamerstr. 116a, Selmar Söhne, Prinzessinnenstr. 54, Th. Fröhlich, Landsbergerstr. 32, und im Bureau des Architektenhauses, Wilhelmstr. 99/93, wo überall auch Statuten des Wissenschaftlichen Centralvereins gratis erhältlich sind.

Orgelkonzert. Beim Orgelkonzert in der Marienstraße am Mittwoch, den 4. Oktober, mittags 12 Uhr, beteiligten sich außer Herrn Musikdirektor Otto Dietel die Konzertkünstlerinnen Frau Marie Karmatz und Frau Wilma Gnoquist, der Cellist Herr Paul Tress und Herr Kob. Sawielshausmann. Es folgten zur Aufführung Kompositionen von Bach, Gounod, Cornelius (Duet), Faure (Duet: Crucifix), Gunnar Hemmberg (Palm), Angelo Malchironi (Vied mit Sello), Jonas (Requiem), Weinberger (Sonate), Dietel (Wohltät mit Cello, G. G. Scherzando, beide neu) u. a. Der Eintritt ist frei.

Feuerbericht. Sonntagabend wurde die Feuerwehr nach Andreasstr. 33 gerufen, wo ein Gasrohrbruch entstanden war. Koch bevor eine Explosion erfolgte, konnte die Gefahr durch Abstellung des Hauptrohrs beseitigt werden. Vorher waren noch eine Reihe Brände abzulösen. Pappelallee 14 gingen Möbel in Flammen auf, während Sebastianstr. 61 ein Kasten Holz Feuer gefangen hatte. Wohnungsbrände verursachten Mann nach Linienstr. 108 und Emdenerstr. 4. Papierverräts und Watten waren Pflanzstr. 103 in Brand geraten, der aber große Ausdehnung nicht erlangte.

Aus den Nachbarorten.

Das **Polal von Freund auf Wilschdewer** steht, wie die Lokalkommission von Spandau mitteilt, der Arbeiterkassette jetzt wieder zur Verfügung.

Nixdorf. Die Nachtwächterfrage beschäftigt jetzt den hiesigen Magistrat. Sobald die königliche Polizei eingeführt worden ist, wird auch Nixdorf sein bisheriges Nachtwächteramt verlieren. Das Magistratsmitglied Justizrat Winkler hat nun die Schaffung eines städtischen Schliekhomes angeregt, das unter Mitwirkung der Hausbesitzer einen Ertrag bieten soll. Der Magistrat beschloß, die Einrichtung eines solchen Schliekhomes in Erwägung zu ziehen, falls die Hausbesitzer ihr Interesse dafür zu erkennen gäben. An diese soll ein Circular versandt werden und von der Zahl der Anmeldungen wird es abhängen, ob auf die Winklerschen Vorschläge eingegangen wird oder nicht. — Von der Abänderung der Nachtwächter hat der Magistrat vorläufig Abstand genommen, weil noch nicht festgestellt, wann die königliche Polizei in Nixdorf ihren Einzug halten wird. Auch sollen die Leute, wenn das Schliekhom zu Stande kommt, möglichst bei diesem angestellt werden.

Nixdorf soll demnächst auch mit elektrischem Licht und elektrischer Kraft versorgt werden. Die Gadeputation, die mit den vorbereitenden Schritten betraut worden ist, hat neuerdings über verschiedene Projekte beraten. Es herrschte die Meinung vor, daß vorläufig von dem Bau eines eigenen Werkes abgesehen werden möchte. In Frage kam außerdem die direkte Verlegung der Konsumenten durch die Werke Obersee und Union. Die Deputation entschied sich für keinen der vorgelegten Vertragsentwürfe, sondern setzte eine Unterkommission ein, die bei der Schöneberg- und bei der Charlottenburger Verwaltung Informationen einziehen soll. Ferner soll ein Gutachten eingeholt werden.

Während das Schreiben des Commers sonst meistens mit gemühten Gefühlen betrachtet wird, atmen die Bewohner der städtischen Vororte bei Beginn der kühleren Jahreszeit recht ardentisch auf. In den letzten Jahren sind nämlich in Orten wie Friedrichsfelde die Gänsemastanstalten wie Pilze aus der Erde hervorgezogen. Die Gans ist im gebrauchten Zustande gewiß ein wünschenswertes Geschöpf. Anders verhält es sich mit dieser „Gans Gottes“, aber, so lange sie an Orten mit großstädtischem Charakter regimenterweise angepöppelt wird. Dabei verbreiten die Gänsequartiere nicht allein einen abscheulichen Gestank, sondern ziehen auch eine Fülle von Ungeziefer an, das mit unheimlicher Dreifaltigkeit aller Gattungen der Haustiere spottet und die Sommerluft zu unleidlichen Qual macht. Vielleicht sind die Behörden im Stande, durch sanitäre Vorschriften das Uebel wenigstens etwas einzudämmen.

Eine heftige Explosion, die erheblichen Materialschaden anrichtete, erfolgte Freitagabend kurz nach Schluß der Arbeitszeit in einem Betriebsgebäude der königlichen Pulverfabrik zu Spandau aus unbekannter Ursache. Verletzungen von Menschen sind nicht vorgekommen.

Zeit Sonntag fahren diezüge der Wanneseebahn etwas schneller als bisher.

Geriichts-Zeitung.

Was es mit der Freiheit der Religion in Preußen für eine Bewandnis hat, davon giebt ein jetzt vom Kammergericht vorab erledigter Strafprozess ein namentlich für Katholiken recht erbauliches Bild. Die Eheleute Göy hatten ihre acht Mädchen in die katholische und ihre beiden Knaben in die evangelische Religionsgemeinschaft aufnehmen lassen. Trotzdem schickte die Mutter nach dem Tode ihres Mannes den einen Knaben, der erst jetzt das schulpflichtige Alter erreicht hatte, in die katholische Schule und ließ ihn auch am katholischen Religionsunterricht teilnehmen. Das Vormundschaftsgericht verfügte darauf, daß der Junge in den evangelischen Religionsunterricht zu schicken sei. Als Frau Göy die Anordnung nicht beachtete, wurde sie wegen Vergehens gegen eine Regierungsverordnung vom 21. Dezember 1896 mit einer Geldstrafe belegt. Diese zur Ausführung der §§ 43 und 48 II 12 Allgemeinen Landrechts erlassene Verordnung macht die Eltern und deren Stellvertreter für unzureichende Schulverhältnisse verantwortlich. — Das Landgericht als Berufungsinstanz sprach die Angeklagte frei, worauf die Staatsanwaltschaft Revision einlegte. Sie führte aus, die Reichsbehörde hätte der Verfügung des Vormundschaftsgerichts folgen müssen, nachdem sie gegen die Verfügung selbst nichts unternommen habe. Der Strafsenat des Kammergerichts wies aber die Revision mit folgender Begründung zurück: Eine Schulverweisung im Sinne der Regierungsverordnung und des Allgemeinen Landrechts liegt hier nicht vor. Der Knabe sei in die katholische Schule eingeschult worden, diese Schule sei deshalb die für ihn zuständige Schule. Da er hier den vollständigen Unterricht genossen habe, so könne von einer Schulverweisung nicht die Rede sein. Dem Vormundschaftsgericht müsse es überlassen werden, durch Anwendung von Zwangsmitteln zu erzielen, daß der Knabe in der evangelischen Religion unterrichtet werde.

Mecklenburgische Schuljähnde. Dem Landgerichte Neustrelitz ist am 3. Juni der Kaiser und Lehrer Wilhelm Volkman in Anbalt wegen fahrlässiger Körperverletzung im Amte in vier Fällen zu 70 M. Geldstrafe verurteilt worden. Er hatte durchschneidend achtzig Kinder zu „händigen“ und hat nach Inhalt des Urteils viel und fast täglich die Kinder geschlagen, so daß vielfach Klage gegen ihn erhoben wurde und der Schulinspektor zur Mäßigung ermahnte. In den intrinimenten Fällen hat er den Kindern mit einem Stöckchen Verletzungen beigebracht. — Seine Revision wurde vom Reichsgerichte verworfen, da erwiesen sei, daß er den Kindern Schmerzen zufügte, ohne daß das pädagogische Interesse es erforderte.

Vor dem Geschworenengericht in Lemberg begann am Montag der Prozess wegen der Unterschleife bei der Galizischen Sparkasse. Die Verhandlungen, zu der 60 Zeugen geladen sind, dürften mehrere Wochen dauern. Angeklagt sind, abgesehen von der inzwischen im Gefängnis gestorbenen Direktor Franz Kima, der Oberbuchhalter Eugen Bendrichowski wegen Betrages; Stanislaus Szepanowski wegen Mißbrauch am Betrage; Franz Korpiński wegen Betrages und Diebstahls; die Geliebte Kimas, Marie Fußmann, wegen Betrages.

Vermishtes.

Ueber einen erheblichen Eisenbahnunfall wird aus Dresden vom Sonntag berichtet: Heute vormittag gegen 8 Uhr ist auf Bahnhof Postschiffel in einem in der Richtung nach Hainberg vorrückenden, 40 Wagen starken Güterzuge der 21. Wagen in einer Weiche entgleist. Hierdurch wurden 4 Wagen zum Teil umgeworfen und stark beschädigt, sowie beide Geleise gesperrt. Ein Bremser, der auf einem der beschädigten Wagen saß, erlitt leichte Verletzungen am Kopfe und an der rechten Hand. Der Verkehr der Personenzüge wurde zunächst durch Umschieben aufrecht erhalten und konnte um 10 Uhr vormittag eingeleistigt, um 11 Uhr 40 Min. zweigleisig wieder aufgenommen werden.

Andrés Nordpolboje. Die kürzlich aufgefundenen Andrésche Boje wurde gestern in Stockholm geöffnet. Man stellte in Anwesenheit mehrerer Sachverständiger und Minister fest, daß die Boje die sogenannte „Nordpolboje“ ist, welche beim Cassieren des Nordpols ausgeworfen werden sollte. Die Boje wird weiterhin mikroskopisch untersucht werden.

Die Schwester Heinrich Selnes, Frau Charlotte Emden in Hamburg, wird am 18. Oktober ihren hundertsten Geburtsfeier feiern können. Die alte Dame war in der letzten Zeit mehrfach leidend.

Moderne Nordarbeit. Aus Aöln wird der „Voss. Bl.“ gemeldet: Als Ursache des Haussturzes in der Wolfstraße haben die Sachverständigen erkannt, daß das Unglück infolge schlechter Fundamentierung erfolgt sei.

Der Frähschnellzug nach Hannover, der ungewöhnlich stark besetzt war, da er hunderte Berliner Sportfreunde zu dem St. Lager-Reeting förderte, erlitt am Sonntag bei Ratzenow einen Unfall durch Bruch der Stopfbüchse. Der Zug kam mit zweifelhäftiger Verspätung in Hannover an.

In Lubaczow (Galizien) sind 360 Gebäude abgebrannt. Darunter befinden sich Rathaus, Kirche und die Schulen. Der angerichtete Schaden soll nahezu eine Million Gulden betragen.

Eine kühne Luftballonfahrt. Aus Westerville in Schweden wird berichtet: Sonntagabend ging ein großer Ballon mit zwei Insassen bei dem Dorfe Vestrum nieder. Derselbe war Sonntagabendvormittag von Paris aufgestiegen.

Bei dem Erdbeben im Wajet Aöln sind nach amtlicher Meldung 12 932 Häuser eingestürzt; 783 Personen sind ums Leben gekommen, 657 Personen sind verletzt worden.

Marktpreise von Berlin am 30. September 1899

| nach Grunderstellungen des kgl. Polizeipräsidiums. | | Schweinefleisch 1 kg | | 1,60 1,10 | |
|--|--------|----------------------|-------|-------------|------------|
| *) Weizen | D.-Gr. | 15,30 | 14,60 | Rindfleisch | 1,00 1,10 |
| *) Roggen | — | 15,50 | 13,90 | Schmalz | 1,60 1,10 |
| *) Winter-Weizen | — | 18,70 | 12,50 | Butter | 2,60 2,10 |
| *) Hafer gut | — | 15,10 | 14,40 | *) Milch | 4,50 2,80 |
| *) mittel | — | 14,30 | 12,70 | *) Käse | 2,20 1,20 |
| *) gering | — | 13,00 | 12,00 | *) Butter | 2,90 1,10 |
| *) Weizen | — | 4,72 | 4,00 | *) Milch | 2,00 1,10 |
| *) Roggen | — | 6,90 | 4,00 | *) Butter | 1,80 0,80 |
| *) Hafer | — | 4,00 | 2,50 | *) Milch | 2,80 1,40 |
| *) Weizen | — | 50,00 | 25,00 | *) Butter | 1,40 0,80 |
| *) Roggen | — | 70,00 | 30,00 | *) Milch | 12,00 2,00 |
| *) Hafer | — | 7,00 | 5,00 | *) Butter | 12,00 2,00 |
| *) Weizen | — | 1,60 | 1,20 | *) Milch | 12,00 2,00 |
| *) Roggen | — | 1,80 | 1,10 | *) Butter | 12,00 2,00 |

*) Ermittelt von Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer — Kalkulationsstelle — und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

*) Kleinhändlerpreise.

Produktenmarkt vom 1. Oktober 1899. Nach der Vageraufnahme haben die Bestände an Weizen und Roggen zugenommen, doch sind von den Beständen nur noch wenige frei. Die Vageraufnahme betrug 10 887 Tonnen Weizen (+ 9214 Tonnen gegen 1. September) und 8355 Tonnen Roggen (+ 9280 Tonnen). In Weizen lagen 100 000 Tonnen aus Rußland und von der Donau vor, die noch nicht rentabel sind. Weizen und Roggen schlossen ungefähr zu Sonnabendpreisen. Hafer demnachläßig. Rüböl schwach behauptet.

Am **Spiritusmarkt** wurden 1000 Liter 70er Loco mit 44,10 (+ 0,10) gehandelt. Im Terminhandel war Oktober zu 47,10 (+ 0,50) und November zu 47,40 besser gefragt.

Kartoffelmarkt. Heutige Kartoffelkörbe per 100 kg brutto inkl. Sack 11,90 M. Prima reine Kartoffelsäcke per 100 kg brutto inkl. Sack und Weht 21—21,25 M. Oktober-Dezember. Supra trockene Kartoffelsäcke — M. Kartoffelsack per 100 kg brutto —, Prima Kartoffelsack —, M. prompt —, M. per 100 kg.

Giermarkt vom 2. Oktober. Normale Bier je nach Qualität von 3,00—3,50 M. per Schock. Ausortierte keine Ware je nach Qualität von 2,75—2,85 M. per Schock. Halfter je nach Qualität von — bis — M. per Schock. Rinderg: still.

Briefkasten der Redaktion.

Die **juristische Dreifachdruck** findet Montag, Dienstag und Freitag abends von 6 bis 8 Uhr statt.

G. G. Der Nachtwächter Braun ist 1887 erkrankt worden. **Zwei Wettende 100.** 1. Rein, 2. Und ist eine zweite Stadt dieses Namens nicht bekannt.

Parteilagen G. P. 1. Jüdische Reservoffiziere giebt es in der deutschen Armee, jedoch in geringer Zahl — jüdische Offiziere giebt es uneres Wissens nicht. 2. Um vollstündige Wagen auf Schmalpurbahn besichtigen zu können, werden meistens auf schmalpurbahn (Kochschmel, Transporteur) geiegt. Die Kolibde besetzen aus einem Dreigesell mit einem in wogender Güter um einen Kasten beschriebenen Quersitzer, dessen beide Enden zur Aufhängung der Räder eine Art des Normalwagens dienen. Zur Auspeilung der beschriebenen Ballpumpen mit den Schmalpurbahn dienen Kuppelwagen. 3. Ob ein Socialdemokrat das Widnis Kaiser Friedrichs in einem Medaillon oder dergleichen tragen will, ist lediglich seine Privatangelegenheit. 4. Sie können den Artikel zurückfordern.

A. A. Wwe. Sie sind falsch berichtet. Das Braudrecht best dem Braut zu und durch Kündigung des Braudrechts ist die Veräußerung ihrer Schuld unterbrochen. — G. W., Nixdorf, 1. und 2. Da Ihre Winterwetterveränderungspflichtig war nach gestellt hat, steht ihr ein Recht auf Abkündigung nicht zu. 3. Ich weiß Sie mindestens 2 Tage ohne Unterbrechung dort gewohnt hat, kann sie von der hiesigen Gemeinde Krumm-Unterhütung erhalten, jetzt würde die hiesige Gemeinde im Bedarfsfälle zwar zahlen, dann aber das Bezahle von der oberhiesigen Gemeinde zurückfordern. Diese hätte dann das Recht, die Unterhütung der alten Frau nach Ostelnien zu verlangen. — G. W., 1. und 2. **Grümmkr. 42.** Die Räte enthalten keine sehr bedenklich. Fordern Sie den Wert auf, einen Denkmals 8 Tagen liegen zu lassen, widrigenfalls Sie auf seine Kosten das thun würden, und handeln Sie dann so.

Witterungsübersicht vom 2. Oktober 1899, morgens 8 Uhr.

| Stationen | Barometer | Wind | Wolken | Temper. | Stationen | Barometer | Wind | Wolken | Temper. |
|-----------|-----------|------|--------|---------|------------|-----------|------|--------|---------|
| Stettin | 756 | SO | 4 | 12 | Opavanda | 754 | NO | 2 | 11 |
| Danzig | 754 | SO | 3 | 12 | Petersburg | 753 | SO | 1 | 13 |
| Berlin | 757 | SO | 2 | 12 | Wars | 751 | SO | 4 | 11 |
| Dresden | 758 | SO | 1 | 12 | Arberden | 751 | SO | 6 | 11 |
| Hamburg | 751 | SO | 1 | 12 | Paris | 750 | SO | 4 | 11 |
| Wien | 751 | SO | 1 | 12 | | | | | |

Wetterprognose für Dienstag, den 3. Oktober 1899. Wind und teilweise Regen, vielfach wolkig mit etwad Regen und mäßigen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Der Stenographentag

Hatte am Sonntagvormittag einen Beiseitakt an der Grabstätte Wilhelm Stolzes auf dem Friedhof der Döbberngemeinde in der Döbbernerstraße veranstaltet. An dem Denkmal des Systemerfinders hatte sich eine große Festversammlung zusammengefunden und die stenographischen Körperschaften hatten zahlreiche Kränze niederlegen lassen.

Um 11 Uhr vormittags fand im Festsaal des Rathauses, der mit Blattschmuck und einer Marmorbüste Stolzes geschmückt war, eine öffentliche, für das größte Publikum bestimmte Sitzung des Stenographentages statt. Zuerst hielt hier der Direktor des Statistischen Bureaus Blend eine Ansprache zum Gedächtnis Stolzes.

Darauf sprach der Direktor der Realschule zu Kottowitz, Dr. Gads, über die Kurzschrift in der Schule. Er behandelte die Frage, ob die Kurzschrift obligatorisch in den Schulen eingeführt

werden solle und welches System hierzu geeignet sei. Die Einführung in die Schule sei deswegen nötig, weil die Stenographie in das tägliche Leben jedes Einzelnen eindringen müßte, der viel mit der Feder zu thun hat. So zum Beispiel werde die Kurzschrift immer mehr von den Kaufleuten verlangt, die sich um offene Stellen bewerben. Die Verbreitung der Stenographie sei der Zeitersparnis halber ein volkswirtschaftlicher Gewinn.

Der Generalleutnant Dumke, der danach sprach, hat sich jahrelang um die Verbreitung der Kurzschrift im Heere bemüht, hat damit aber keine besonderen Erfolge gehabt. Auch der Redner betont die Vorgänge, die eine Einführung der Systeme auf die Einführung der Kurzschrift im Heere haben müßte. Das Anwendungsgebiet der Kurzschrift im Heere sei sowohl im Frieden, als besonders

auch im Kriege ein sehr großes. Im Kadettenkorps und in den Kapitulantenjulen ist die Stenographie von Stolze-Schrey eingeführt worden.

Am Schluß des Vortrages wurde von Max Wädler mitgeteilt, daß dem Generalleutnant v. Dumke, der gleichzeitig sein fünfzigjähriges Jubiläum feierte, die Ehrenmitgliedschaft des Stenographenverbandes Stolze-Schrey verliehen worden sei. Diefelbe Ehre wiederfuhr dem Dr. Ranzel, der sich um die Aufstellung des Einigungssystems verdient gemacht hat.

Zum Schluß sprach in sehr launigen Ausführungen Justizrat Mandel über die Kurzschrift in der Rechtspflege. Er meint, wenn die Stenographie in das Gerichtswesen noch nicht tiefer eingedrungen sei, es liege dies wohl wesentlich am Finanzminister, dem die Sache vorläufig noch zu teuer sei. Wichtig verstanden handele es sich jedoch um eine Zeit- und Geldersparnis. Ramentlich für die Protokollführung sei die Stenographie dringend erforderlich, weil jetzt nur die Formalien aufgenommen werden, während gerade die wichtigen Zeugnisaussagen, die dem Gedächtnis so leicht entfallen, nicht registriert zu werden brauchen. Man sollte wenigstens vorläufig Versuche bei den Schwurgerichten mit der Einführung der Stenographie machen, dann würden sich so große Vorteile ergeben, daß man der Kurzschrift auch weitere Gebiete einräumen müsse.

Am Montagvormittag fanden noch Sitzungen des Stenographentages im Reichstagsgebäude statt, aus deren Programm wir unter anderem hervorheben, Vorträge des Herrn Ferdinand Schrey über Debattenschrift und des Herrn Max Wädler über Volksturzschrift und Fachturzschrift.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 3. Oktober. Cernhaus. Die Meisterfänger von Nürnberg. Anfang 7 Uhr. Schauspielhaus. Auf Straßelauf. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues Opern-Theater (Kroll). La Traviata. Anfang 7 1/2 Uhr. Deutsches. Rosige Crampant. Anfang 7 1/2 Uhr. Vesting. Als ich wiederkam... Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. Dolly. Anfang 7 1/2 Uhr. Schiller. Die Ehre. Anfang 8 Uhr. Neues. Colmette. Anf. 7 1/2 Uhr. Welken. Die Reife nach China. Anfang 7 1/2 Uhr. Thalia. Der Plagmajor. Anfang 7 1/2 Uhr. Weibens. Jagdfreuden. Vorder: Familien-Semper. Anf. 7 1/2 Uhr. Sulfen. Nelly Carré. Anfang 8 Uhr. Central. Die Weiße. Anfang 7 1/2 Uhr. Odeon. Am tausend Mark. Anfang 8 Uhr. Victoria. Die weiße Henne. Anfang 7 1/2 Uhr. Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Reife nach der Teufelsinsel. Anfang 8 Uhr. Metropol. Rund um Berlin. Im Reiche der Seccession! Anfang 7 1/2 Uhr. Apollo. Frau Luna. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr. Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Palast. Spezialitäten. Spezialitäten-Vorstellung. Anf. 8 1/2 Uhr. Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Urania

Taubenstrasse 48/49. Im Theater abends 8 Uhr: Der Sieg des Menschen über die Natur. Invalldenstr. 57/62: Tägl. Sternwarte. Nachmittags 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum. Geöffnet von früh bis abends. Compagnia Posilippo. Italienisches Instrumental und Vokal-Ensemble.

CASTANS PANOPTICUM. 165. Friedrichstrasse 165. Neu! Die heulenden und tanzenden Derwische! aus Ober-Aegypten! Ohm Krüger * Dreyfus Mercier * Zola.

Friedrich-Wilhelmst. Theater. Chausseest. 25/26. Abends 8 Uhr: Zum 24. Male: Die Reife nach der Teufelsinsel

Schiller-Theater

(Wallner-Theater). Dienstag, abends 8 Uhr: Die Ehre. Schauspiel in 4 Akten von Hermann Sudermann. Mittwoch, abends 8 Uhr: Nora. Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Ehre.

Odeon-Carl Weich-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132. Beste Aufführung: Um tausend Mark. Volkshaus mit Gesang von Bachholz und Fella. Anfang 8 Uhr. Vorzugsbilletts haben Giltigkeit. Mittwoch: Berlin wie es weint und lacht. Freitag zum erstenmal: Der Weltuntergang. Sonntagnachmittag 2 1/2 Uhr: Freie Volkshaus, III. Abteilung: Faust.

Central-Theater

Direktion: José Ferenczy. Die Geisha oder: Eine japanische Ehehandlung. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Diefelbe Vorstellung. Sonntag, nachm. 3 Uhr: zu halben Preisen: „Die Fledermaus“ von Johann Strauß.

Thalia-Theater.

tel. Amt IVa 6440, Dresdenstr. 72/73. Zum 25. Male: Der Plagmajor. Prachtvolle neue Ausstattung: Thomas, Tilscher, Holmörding, Junkermann.

Apollo-Theater.

Abends 9 Uhr: Frau Luna mit dem sensationellen Luftballon: „Grigolatis“. Otto Reuffer The Barras Chavita Yumata Tlero Blossoms Francis Gerard etc. etc. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Vorverkauf täglich im Theater und beim „Kunstlerdank“, Untor den Linden 69.

Wedding-Park

Müller-Strasse 178. Jeden Dienstag: Norddeutsche Säng. Begler, Wolf, Hohenberg etc. Entree 20 Pf. Vorzugsbilletts 15 Pf.

Victoria-Theater

C. Alexanderstr. 40. Fernsp. VII 1711. Direkt.: V. Bausenwein u. C. Emmorich. Anfang 7 1/2 Uhr. Zum 24. Mal mit vollständig neuer Ausstattung: Rottit! Die weiße Henne. Rottit! (La poule blanche). Baudelle in 3 Akten von Deumeguin und Ward. Deutsch v. Volten-Wäders. Musik v. B. Rager. In Paris mit feinst. Erfolge über 500 mal gegeben.

Alcazar-Theater

Variété I. Rang. Dresdenstr. 52-53. Annonstr. 42-43. Auftreten von absolut erklärrigen Spezialitäten. Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr. Entree: Wochentags 20 Pf. Sonntag 30 Pf. 23828* Die Direction: Richard Winkler.

W. Noacks Theater.

Braunstrasse 16. Heute, Dienstag, den 3. Oktober cr.: Der Stabstrompeter. Voffe mit Gesang u. Tanz in 4 Akten von Mannhardt. Musik von Steffens. Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.

Reichshallen.

Täglich: Stettiner Säng. (Miesch). Pietro, Britton, Diebl, Krone, Kirchmayer, Schneider und Schrader). Zum Schluß: Stüdes Pfingstfaher. Ensemble von 8000. Anfang wochentags 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr. Tageskasse 11-1 Uhr.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a. Täglich außer Sonnabends Hoffmanns Norddeutsche Säng. Anfang wochentags 8 Uhr. Entree (Vorverkauf) 30 u. 50 Pf. Sonntag 7 Uhr. Entree 50 u. 75 Pf. Donnerstag und Sonntag nach der Solree: Tanz-Kränzchen.

Maehrs Theater

Oranienstr. 24. Hojen aus dem Süden. Das großartige Oktober-Programm. Elsa Meiser, Kollin, Soubrette. Matr. Pauly, Contorsionist. Matr. Dobbrick, Champion-Danzhandlänfl. Franziska Held, Soubrette. Gustav Eulenburg, Dummist. Anfang 8 Uhr. Sonntag 6 Uhr. Vorzugsarten an Wochentagen gütlig.

H. Grupes Tanz-Institut.

Annonstr. 16 (früher Stubbs). Sonntags-Kursus per Monat 4 M. Dienstagabend-Kursus u. Monat 4 M. Säle und Vereinszimmer für Besammlungen u. Fechtweitem. 19004*

Fritz Linke.

Zimmerstr. 33. Gde. Marienprofessurstr. Dr. Fröhnd's, Mittags- u. Abendtisch. Französisches Billard. Jeden Dienstag: Frische Blut, Leber und Grogwurk. 2511*

Großer Möbelverkauf

In meinem großen Möbelspeicher, Neue Königstr. 59, sollen viele Einrichtungen verleben gewesener und neuer Möbel billig verkauft werden. Teilzahlung unter den constanten Bedingungen gestattet. Benutzt ohne Anzahlung. Ganz besonders zu empfehlen ist der große Vorrat verleben gewesener und gebrauchter Möbel, die wie neu sind und billig abgegeben werden. Brautleute, welche eine dauerhafte und billige Einrichtung kaufen wollen, bitte ich, ohne jeden Kaufzwang mein vollständig Lager vor Eintreten in den nötigen. Verlangen Sie auch Musterbuch gratis und franco. Durch größere Rassen-Einfälle und Ersparung der teuren Bademiete bin ich im Stande, höchste und geschmackvolle Wohnungs-Einrichtungen für 100, 200, 300 bis 400, hochelegante von 500-5000 Mark zu liefern. Kleiderpind 14, Kleiderpind 12, Kommode 10, Waschtische, Sofa 18, Spiegel 6, Rauchschleiderpind 35, Vertikale mit Matrize 18, ohne Matrize 8 Mark, Stühle 2, Kleiderkasten und Kleiderkasten für Kleiderpind, Bettstoffs 2 Mark, Waschtische mit Springbrunnen, Matrize 28, elegante Säulen-Commode 45, Salongarnituren 30, 50 und 105 Mark, selbstge Garnituren, sehr wenig gebraucht, preislich. Eigene Tapetier- und Dekorations-Werkstatt. Ganzschöner mit Sattelstühlen, Herrenstuhlschleier, ganze Speisezimmer und Schlafzimmer.

Kondor

Räder gut & billig. Filiale: N. Chausseest. 106. Reparaturen jeden Sühens! Transporträder. 20072 Leichtes Tourenrad Mk. 160 Damensrad 170 Laufmäntel 6,50 Schläuche 4,- Laufglocken 1,60 Cyclometer 3,-

Bekanntmachung.

Am 9. Oktober wird das Gewerbegericht vom Königl. Ratshaus, Breitestr. 20a nach dem früheren Sparfassen-Gebäude Zimmerstraße 90/91 verlegt. Während der Umzugszeit, und zwar vom 5. bis einschließl. 12. Oktober, sind die Büroräume für das Publikum geschlossen. Berlin, den 25. September 1899. Gewerbegericht zu Berlin. A. S. Lehmann. 126329*

Für 36 Mark

fertige seine Winter-Paletots nach Maß für 36 Mark höchste Anzüge nach Maß für 8-12 Mark seine Hosen nach Maß. 25712* Riefen-Zustellager. Krankenstr. 14. I. kein Laden.

Möbel

Abzahlung so billig wie baar. Eigene Polsterwerkstatt. Gr. Frankfurterstr. 1 Frankfurter Thor. Ecke Frieden-Strasse. J. Ostrowski jun. Fahrräder. Jedes großes Lager erstklassiger Fabrikate auf Teilsahl. ohne Vorbezahlung zu den constanten Zahlbedingungen. Katalog gratis.

Adomeit & Landau

Lothringerstr. 48 I. Nicht am Rosenthaler Thor. Kein Abtreten der Hosen mehr. Der „Prince of Wales“ ist der einfachste und beste Hofanzug und kostet nur 10 Pf. das Paar. Gebügelt bei Einwendung des Betrages in bar oder in Reichsmark, zugleich Vorzahlung. 20448

Sophaitoffe

Sauch & Reske in Alts, Damast, Crepe, Phantasie, Gobelin und Plüsch preislich! 124202* Proben franco! in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen. Berlin S., Kranienstr. Nr. 158. Emil Lefevre, Dr. 158.

Arbeiter-Notizkalender

1900. Geb. 60 Pfg. - Porto: 10 Pfg. Aus dem Inhalt haben wir heroor: Zum Gärtnischen Reichthum (Bericht, Wiesbaden, Reichshalle der Arbeiter und Arbeitervereine, wöchentliche Kinder, Geb. 1900). Reichstagswahlen von 1898 mit Angabe der in jedem Wahlkreis auf jede Partei abgegebene Stimmen, unter Befügung der sozialdemokratischen Stimmen und Prozentanteile von 1896. Postkarte und Photographie der Reichstagswahlen. Die sozialdemokratischen Landtagsparlamenten in den einzelnen Bundesstaaten. Adressen und Antidirekte der Fabrikschlichter, der deutschen Gewerkschafts-Organisationen und Arbeitervereine, Schulmeister für Zeilogramme, Postkarten, Almanachen und Ausgabebücher etc. Wie die früheren Jahrgänge dürfte auch der für 1900 seine Freunde bezeichnen. Der Verlag war insbesondere beabsichtigt, auch den dreijährigen Kalender zu einem praktischen Nachschlagebuch für Gewerkschaften zu gestalten. Buchhandlung Vorwärts Berlin SW., Genthstr. 2.

Brauerei

Berliner Bären 35 Weihenburgerstr. 35. Täglich von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends. Zungbier-Verkauf (Brauerei-Abzug). Vorsugspreise an Kontinen und Fabriten ohne Zwischenhändler.

größte Geschäft der Welt

Gänse-Artikeln. Hermann Leissner, Berlin C., Klosterstr. 94, empfiehlt Pa. Pa. Spidgans (Kollbrun) täglich frisch aus dem Rauch, hochsein im Geschmack, a Pfd. 1,50 M. Gänsefleisch a einer Band 70 Pf. Gänsefleisch a Pfd. 40 Pf. Gänsefleisch a Pfd. 60 Pf. Gänsefleisch a Pfd. 1 M. Gänsefleisch a Pfd. 80 Pf. u. Gänsefleisch, Gänsefleisch, frisch u. gepöckelt, a Pfd. 60 Pf. täglich in großer Auswahl! Festpreise. Garant reines Gänsefleisch a Pfd. 1,30. Gänsefleisch a Pfd. 2 M. Gänsefleisch. Gänsefleischwerkstätten a Pfd. 1 M. H. Kuffenbittler. Hermann Leissner, Berlin C., Klosterstr. 94 und Gedons Kaiser Wilhelmstr. 11, Central-Parfahalle Stand 26. (Telephon Amt V, 3383.)

10 öffentliche Kommunalwähler-Versammlungen

Donnerstag, den 5. Oktober, abends 8 Uhr,

in nachstehenden Lokalen:

1. Reichstags-Wahlkreis, Wahlbezirk 1: Miegol, Stralauerstraße 57.
2. Reichstags-Wahlkreis, Wahlbezirk 3, 6, 7: Gossmann, Kreuzbergstr. 48.
3. Reichstags-Wahlkreis, Wahlbezirk 16, 19: Luisenstädtisches Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37.
4. Reichstags-Wahlkreis (Süd-Ost), Wahlbezirk 15: „Süd-Ost“, Waldemarstraße 75.
4. Reichstags-Wahlkreis (Ost), Wahlbezirke 20, 21, 26, 27: Stochert, Andreasstraße 21.
5. Reichstags-Wahlkreis, Wahlbezirk 30: Borussia-Säle, Ackerstraße 6-7.
6. Reichstags-Wahlkreis, Wahlbezirke 33, 38, 40, 43, 44, 46, 47, 48: Schneiders Salon, Belforterstraße 15; Weimanns Volksgarten, Badstraße 55-56; Milbrodt, Müllerstraße 7; Ahrens Brauerei, Thurmstraße 24-26.

Tages-Ordnung in allen Versammlungen:
1. Die bevorstehenden Kommunalwahlen. 2. Diskussion. 3. Aufstellung der Kandidaten. 4. Wahl der Wahlkomitees.
Die Parteigenossen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Die Vertrauensleute.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 4. Oktober, abends 8 1/4 Uhr:

Bezirks-Vertrauensmänner-Versammlungen.

Osten und Nordosten: bei Mann, Trauhbergstr. 3.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Central-Kommission. 2. Bericht über die Verhandlungen. 3. Verschiedenes. Jede Werkstatt des Bezirks muß vertreten sein.
Der Obmann für den Osten, Kollege Hücker, wohnt Cottbusstraße 8, bei Ludwig.

Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt:

Schwedterstraße 23 bei Wornau.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission. 2. Bericht über die Verhandlungen. 3. Verschiedenes. Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Wedding und Gesundbrunnen:

im Lokale des Herrn Knabe (Kolberger Salon), Kolbergerstr. 23.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Kommission. 2. Diskussion. 3. Werkstatt- und Verbandsangelegenheiten. Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Moabit:

im Lokale des Herrn Jocksch, Turinstr. 84.

In dieser Versammlung müssen sämtliche Werkstätten vertreten sein.

Westen u. Südwesten: bei Gossmann, Kreuzbergstr. 48.

Tages-Ordnung: 1. Werkstattangelegenheiten. 2. Verschiedenes.

Südosten: bei Berend, Mantuffelstr. 95.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission. 2. Werkstattangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Besonders eingeladen sind die Kollegen folgender Werkstätten: Ritzki, Zeughofstraße 9; Bohmann, Mantuffelstraße 18b; Brämer, Kottbuserstraße 4.

Süden: bei Krieger, Wasserthorstraße 68.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Kommission. 2. Werkstattkreis. 3. Verschiedenes.

Friedrichsberg: bei Heinke, Friedrichstr. 11.

Tages-Ordnung: Werkstattangelegenheiten. Alle Werkstätten müssen vertreten sein.

Vertrauensmänner-Versammlung der Modell- und Fabrik-Tischler

bei Herrn Dieke, Ackerstraße 123.

Tages-Ordnung:

1. Wie verbessern wir unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen? 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. Jede Werkstatt, auch die Kleinsten, hat die Pflicht, einen Kollegen zu dieser Versammlung zu entsenden. Vertrauensmännerliste resp. Verbandsbuch legitimiert. Anfang 8 1/2 Uhr.

Vertrauensmänner-Versammlung der Musikinstrumenten-Arbeiter

im Lokale des Herrn Zöls (Färchenhof) Köpenickerstr. 137.

Tages-Ordnung:

Die Wirkung unserer letzten Beschlüsse, Werkstattfragen und Verschiedenes. Pflicht jeder Werkstatt ist es, einen Vertrauensmann zu entsenden.

Die Drechsler-Kommission.

Osten: bei Mühl, Köpenickerstr. 41. Norden: bei Hoppe, Ackerstraße 145. Südosten, Westen und Südwesten: bei Schönemann, Stalikerstraße 7.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Obmänner. 2. Die Werkstattkreise und Differenzen im September. 3. Verbands- und Werkstattangelegenheiten. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, dafür Sorge zu tragen, daß jede Werkstatt vertreten ist.

Zur Beachtung für den Norden: Die Jahrsliste Nr. 5 ist von der Gewerkschaft Nr. 96 nach Zöls nachgezogen. 34 verlegt; in der Gartenstraße 152 bei Thomas ist eine Jahrsliste eingerichtet.

Südwesten: Die Jahrsliste von Hubert, Lindenstr. 106, ist in das Lokal des Herrn Sah, Markgrafenstr. 102, verlegt.

Mittwoch, den 4. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

Öffentliche

Korbmacher-Versammlung

bei Wille, Andreasstraße Nr. 26.

Tages-Ordnung: Die Praxis unserer Submissions-Unternehmer und wie stellen wir uns dazu? 122/9

Ter Einberufer.

Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder und Schwager, der Klempner

Albert Böttcher

im Alter von 44 Jahren verstorben ist. Die Beerdigung findet Mittwoch nachmittags um 3 1/2 Uhr von dem Krankenhaus am Urban aus statt.

Um hilfs Geste zu danken, bitte ich die trauernden Hinterbliebenen.

Die Hinterbliebenen.

Witwe Hermann.

5 1/2 Bld. Brot 50 Bld.

H. Albrecht's Bäckerei

Wrangelstr. 9. Krautstr. 10.

Falkensteinstr. 28. Paulsenstr. 2.

Achtung! Metallarbeiter!

Mittwoch, den 4. Oktober 1899, abends 8 Uhr, im Lokale

„Arbeitsstätten“, Kommandantenstr. 20 (gr. Saal):

Öffentl. Versammlung

aller in der Deutschen Metallarbeiter-Gewerkschaft organisierten Kollegen.

Tages-Ordnung: 1. Die Spaltung der Berliner Gewerkschaftskommission. Referent: Genosse Schneider. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Delegierten in das Berliner Gewerkschafts-Konkordat. 4. Bei der hochwichtigen Tagesordnung muß jeder Kollege erscheinen.

Der Einberufer.

Achtung! Töpfer. Achtung!

Am Mittwoch, den 4. Oktober, abends 6 Uhr, im Lokale

des Herrn Storch, Andreasstraße 21:

Öffentl. Versammlung

der Töpfer Berlins und der Umgegend.

Tages-Ordnung: Bericht des Delegierten vom Gewerkschaftskomitee. Wann beginnt unser Streik? - Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Lohnkommission.

Textilarbeiter und -Arbeiterinnen!

Mittwoch, den 4. Oktober, abends 8 Uhr:

Große öffentliche Versammlung

aller in der Färberei beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen

im Lokale des Herrn Graumann, Rammstraße Nr. 27.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Paul Jahn über: „Die Arbeiterfrage der Gegenwart“. 2. Diskussion. 3. Bericht des Vertrauensmannes und Neuwahl desselben. 4. Verschiedenes.

272/14

Arbeiter-Vertreter-Verein.

Donnerstag, den 5. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des

Herrn Budde, Grenadierstraße 33:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Revisor-Kommission. 2. Die neuesten Entscheidungen aus den amtlichen Nachrichten. 3. Verschiedenes.

NB. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.

Der Vorstand.

Wilmersdorf. Volksgarten

Berlinerstraße 40.

Jeden Sonntag: Grassor Ball. Der große Saal mit Bühne steht auch Sonntag den geübten Vereinen zu Hebelnheiten zur Verfügung.

Einige Sonntage sind ebenfalls noch frei. (20160) Emil Witte.

Mietarbeiter

Mittwoch, den 4. Oktober, abends 8 Uhr:

7 öffentliche Versammlungen

in folgenden Lokalen:

1. Im Luisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37.
2. In der Urania, Wrangelstraße 9-10.
3. Bei Blekel, Hafensheide 52-53.
4. Bei Nleff, Weberstraße 17.
5. Bei Zimmermann, Badstraße 58.
6. Im Kösliner Hof, Köslinerstraße 8.
7. Bei Peters, Alt-Moabit 80-81.

Der Streik von 2000 Berliner Metallarbeitern am den Neunhunderttag.

Referenten: Carl Massatsch, Alwin Körsten, Wilhelm Pätz, Hermann Scheffler, A. Cohen, F. Schlegel, Otto Naether.

Die Kollegen aller Branchen, wie Former, Gürtler, Drücker, Dreher, Schlosser, Schleifer, Klempner werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Der Vertrauensmann der Metallarbeiter. Otto Naether, S., Annenstraße 39.

Blumenhandlung

und Kranzbinderei von Otto Knabe

10a Admiral-Strasse 10a

empfehlen Blumensträuße, Strauße, Korallen, Topfgewächse aller Art.

Kranzbinderei u. Blumenhandlung von Robert Meyer,

No. 2, Mariannenstr. No. 2.

Blumensträuße, Girlanden, Ballsträuße, Bouquets etc. werden sehr geschmackvoll und preiswert geliefert.

Buchhandlung Vorwärts

Berlin, Bouthstrasse 2.

Ersuchen ist erschienen:

Kein Kompromiss! * * * Kein Wahlbündnis!

Von Wilhelm Liebknecht.

Preis 10 Pf. Porto 3 Pf.

In der Broschüre legt Liebknecht „im Auftrage von Genossen Berlins und Umgegend“ seinen Standpunkt dar zu den gegenwärtig in der Partei spielenden Streitfragen über Bernstein, Taktik der bayrischen Landtagswahl-Kombinationen, den Eintritt Riffersands ins französische Ministerium usw. — ein Standpunkt, der schon im Titel seinen klaren Ausdruck findet. Um der Broschüre größte Verbreitungsmöglichkeit zu geben, wurde der Preis auf nur 10 Pf. festgesetzt.

Ausstellung von Gaselbst- und Fernzündern

in den Räumen der Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft, Eingang Hammerstraße Nr. 25 I. Etage, täglich von vormittags 11 Uhr bis nachmittags 5 Uhr geöffnet. Die Besichtigung steht dem Publikum gratis zur Verfügung und ist jedermann, besonders Besuchen von Schaulustigern zu empfehlen.

Achtung! Putzer. Achtung!

Am Dienstag, den 3. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale

des Herrn Keller, Köpenickerstraße Nr. 20:

Öffentl. Versammlung

der Putzer Berlins und der Vororte.

Tages-Ordnung: Der Stand unseres Streiks. Kollegen! Da in dieser Versammlung wichtige Beschlüsse gefaßt werden, so werden sämtliche Kollegen ersucht, pünktlich zu erscheinen.

191/16

J. A.: Die Lohnkommission.

Charlottenburg.

Donnerstag, den 5. d. M., abends 8 Uhr, in der Gambius-

Brauerei, Wallstraße Nr. 94:

Öffentl. Kommunalwähler-Versammlung.

Tages-Ordnung: Die bevorstehenden Kommunalwahlen. Referent: Dr. Zadok-Berlin.

250/10.

Unterrichten Sie sich!

über das Mietrecht nach dem neuen Bürgerlichen Gesetzbuch. Geschätzte Kunden! Hierüber giebt die Broschüre:

Die Rechte und Pflichten des Mieters von Rich. Lipinski. Preis einschließlich Porto 23 Pfennige. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und den Verlag von Rich. Lipinski, Leipzig, Meuburgerstraße 11.

Arbeiter-Berufskleidung

für jedes Gewerbe passend. Größtes Lager. Beste Qualitäten. Neu! Arbeiter-Schutzhose Neu! jede Größe im Maschinenbetrieb angeschlossen, empfiehlt F. Nahrstedt, Wrangelstr. 40/41.

Constante Zahlungsbedingungen! **Möbelfabrik.** Für jedes und trockenes Material garantiert! Die besten und billigsten Wohnungs-Einrichtungen kaufen Sie bei **Julius Apelt,** Tischlermeister, Stalikerstraße 6, Berlin SO., am Kottbuser Thor.